

Dr. Vera Butler (Melbourne) wirft ein Thema von höchster Aktualität auf

Der Hegemonismus

Lenins Studie des Imperialismus, 1916 verfaßt, analysierte die Entwicklung des Kapitalismus aus einem System der freien Konkurrenz zur Monopolisierung des Kapitals und der Aufteilung der Rohstoffquellen und Weltmärkte unter eine kleine Gruppe mächtiger imperialistischer Kolonialländer. Heute, 85 Jahre später, ist es notwendig, die Gültigkeit dieser Theorie unter den neuen Bedingungen zu untersuchen, welche im Laufe des 20. Jahrhunderts entstanden und die Weiterentwicklung des Kapitalismus beeinflussten.

Die Zusammenballung der wirtschaftlichen, finanziellen und militärischen Macht des Kapitals hat den Aufstieg der Vereinigten Staaten von Amerika zu einer hegemonistischen Weltmacht gefördert. Gleichzeitig wurden andere imperialistische Nationen – vor allem die alten Kolonialländer England, Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien – zur Rolle von „Satelliten“ oder Mitläufern degradiert. Der Hegemonismus ist daher ein weiteres Entwicklungsstadium des Imperialismus, dessen charakteristische Eigenschaft darin besteht, daß das Finanzmonopol ganz wesentlich von einem einzigen Land, dem kapitalistischen Hegemon, kontrolliert und gelenkt wird. Allerdings kann diese Machtkonzentration das Ende eines Systems nicht aufhalten, dessen Gier und Ausbeutungslust die Kluft zwischen Arm und Reich unüberbrückbar macht.

In Lenins Worten: „Monopole, Oligarchien, das Streben nach Herrschaft statt nach Freiheit, die Ausbeutung einer immer größeren Anzahl kleiner oder schwacher Nationen durch ganz wenige reiche oder mächtige Nationen – all das erzeugte jene Merkmale des Imperialismus, die uns veranlassen, ihn als parasitären oder in Fäulnis begriffenen Kapitalismus zu kennzeichnen.“ (LW 22/305)

Was bedeutet Hegemonismus?

Die Vereinigten Staaten gingen aus dem Zweiten Weltkrieg als die konkurrenzlose Finanz- und Handelsmacht hervor. Der Dollar wurde zur internationalen Handels-, Kredit- und Reservewährung, wodurch seit dem Abkommen von Bretton Woods (1944) die Kontrolle der im globalen Umlauf befindlichen Geldmengen und damit der Investitions- und Kreditwirtschaft bei Washington lag. Das ist bis heute der Fall. Schlagworte wie „freier Handel“ und „Wirtschaftsliberalismus“ sind daher irreführend und verschleiern die wirklichen Machtverhältnisse innerhalb des kapitalistischen Systems.

Der Hegemonismus nutzt seine technologische Führungsposition auf dem Gebiet der elektronischen Kommunikationsmedien, um seine Ideen und Werte weltweit zu propagieren. Synchronisierte Informatik und die Monopolisierung der Unterhaltungsindustrie werden zur Indoktrinierung und Bewußtseinsmanipulation mißbraucht. Satellitensysteme strahlen ihre zersetzende Desinformation in jedes Land, jeden Haushalt – eine beispiellose Invasion der privaten Sphäre im Namen der Freiheit. Eine Technologie, die zur Völkerverständigung beitragen könnte, wird zur ideologischen Dämonisierung Andersdenkender und zur Fanatisierung mißbraucht.

Kultur-Hegemonismus ist darauf bedacht, traditionelle Kulturgüter und soziale Werte zugunsten einer globalen „Geschäftskultur“ (business culture) zu verdrängen. Die monopolisierte Unterhaltungsindustrie übernimmt die Rolle eines „Kulturbotschafters“ (cultural ambassador) und schafft eine neue Typologie der „Moderne“, deren Helden mit Mobiltelefonen und Laptop-Computern herumlaufen, Coca Cola trinken, Gele-

genheitssex praktizieren und „Designer“-Drogen verfallen. Im Namen der „freien Wahl“ werden vorprogrammierte Marionetten geschaffen. Wie der amerikanische Schriftsteller Vance Packard schon 1978 bemerkte, sind ganze Teams unsichtbarer „sozialer Ingenieure“ (social engineers) am Werk, die in den entwickelten Ländern die neuesten Errungenschaften auf den Gebieten der Psychologie, der Biologie und der Computer-Technologie anwenden, um die Handlungen, Stimmungen, Wünsche und Gedanken vieler Millionen Menschen zu beeinflussen.

Die Hegemonisierung des pseudoliberalen kapitalistischen Wertesystems wird durch supra-nationale Institutionen wie die Vereinten Nationen, den Internationalen Währungsfonds, die Weltbank, die Welthandelsorganisation u. a. global verbreitet und gefördert. Allerdings stößt der Mißbrauch des Konzepts der Menschenrechte zu politischen Zwecken zunehmend auf weltweite Kritik und Ablehnung, besonders in Ländern der „Dritten Welt“, wo das elementarste Menschenrecht, das Recht auf ein menschenwürdiges Dasein, von den einheimischen Schergen des Kapitalismus, der nationalen Bourgeoisie, mit Füßen getreten wird.

Letztlich gründet der Hegemon Amerika seine Vorherrschaft auf militärische Überlegenheit. Von der ersten Atombombe auf Hiroshima am 6. August 1945 bis zum Anspruch auf die Kontrolle des Weltraums im 21. Jahrhundert haben die Vereinigten Staaten Riesensummen in den „militärisch-industriellen Komplex“ geschleust. Jedoch sieht sich Washington auf dem Gebiet der Rüstungstechnologie der Konkurrenz Rußlands und Chinas gegenüber. Selbst nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion ist Rußland noch immer eine bedeutende Nuklearmacht, und die amerikanische Konfrontationspolitik im Fernen Osten spornt China zur laufenden Modernisierung seiner Rüstungskapazitäten an. Der erneute Freundschaftsvertrag zwischen Rußland und China ist eine Warnung gegen militärische Abenteuer der kapitalistischen Hegemonialmacht, ihrer regionalen Trabanten wie Taiwan und Südkorea oder des Satelliten Japan, der seine eigenen Hegemonialansprüche in Ostasien augenscheinlich nicht aufgegeben hat.

Den robusten Versuch der Hegemonialmacht, den ABM-Vertrag zur Begrenzung der

Rüstungsexpansion im All zu brechen, konterte China kurz mit der Bemerkung: „Sollten die Vereinigten Staaten darauf bestehen, Machtpolitik zu treiben und auf Welthegemonie aus zu sein, wird dadurch nicht nur die globale Stabilität beeinträchtigt, sondern die Vereinigten Staaten werden es schwer bezahlen müssen.“

(Beijing Review, 24. 5. 2001)

Zweifellos verschärfen sich die Gegensätze. Hinter dem kriegerischen Gebaren der Hegemonialmacht lauert die Angst vor der heraufziehenden Weltwirtschaftskrise. Zur Zeit sichern noch staatliche Rüstungsaufträge Millionen von Arbeitsplätzen in Amerika und Europa, doch andere Wirtschaftszweige, besonders die Konsum-Branchen, die Elektronik und die Autoindustrie, sind die ersten Opfer der schrumpfenden Einkommen und der rapide ansteigenden Arbeitslosigkeit in den Industrieländern.

Verarmung ist nicht mehr nur auf die sogenannten „unterentwickelten Länder“ oder die früher sozialistischen „Entwicklungsgebiete“ beschränkt. Neue Technologien ersetzen die menschliche Arbeitskraft, erhöhen Profite, aber verdammen gleichzeitig Millionen zu permanenter Arbeitslosigkeit, zum Status von „unnötigen Menschen“. Das Band zwischen Arbeitsleistung und Lohn ist für immer zerrissen. Angesichts wachsenden Reichtums verlangt eine verzweifelte Menschheit nach einer neuen Weltordnung, die ein menschenwürdiges Einkommen als ein Recht, nicht als Gnade, sichert – ein Recht zu menschenwürdigem Leben. Der Kapitalismus, selbst im Stadium des Hegemonismus, ist zu einer solchen Umorientierung, einer solchen Erneuerung nicht fähig, denn es würde die freiwillige Aufgabe all dessen bedeuten, was dem System Antrieb verlieh. Doch es handelt sich nicht mehr um das Recht der freien Wahl: Ein System, das unfähig ist, die menschlichen Bedürfnisse zu sichern, hat sich überlebt und muß dem Neuen Platz machen, früher oder später.

Wie Lenin voraussah, ist der Kapitalismus zum Absterben verurteilt. In seinem Vorwort zu den deutschen und französischen Ausgaben des „Imperialismus“ spricht er von einer „weltweiten revolutionären Krise“, die ungeachtet der Dauer und der Schwierigkeiten ihrer Etappen „nicht anders enden kann als in einer proletarischen Revolution und deren Sieg“.



Welche Globalisierung notwendig wäre!

Aus: „Solidaire“, Brüssel

Die Sozialdemokratie schreckt vor nichts mehr zurück

Nur Erfüllungsgehilfe?

In der August-Ausgabe des RF habe ich die Frage aufgeworfen, ob es nicht erforderlich sei, im Rahmen unserer Imperialismus-Diskussion dem Thema „Sozialdemokratismus heute“ größere Aufmerksamkeit zu widmen. Fast zeitgleich hatte die PDS-Vorsitzende Gabi Zimmer erklärt, ihre Partei habe diesen Begriff aus ihrem Sprachgebrauch gestrichen. Es versteht sich, warum das geschah. Nicht etwa, weil er gegenstandslos geworden wäre, sondern weil sein Gebrauch einer Selbstanzeige der PDS-Führung gleichkäme.

In einer Zeit des beherrschenden Einflusses der Sozialdemokratie auf den Kurs einer ganzen Reihe führender kapitalistischer Länder Westeuropas und angesichts der zeitweiligen Niederlage revolutionärer Kräfte mag es verwegen klingen, sich dem scheinbar unaufhaltsamen Einfluß des Sozialdemokratismus entgegenstemmen zu wollen. Doch dieser Kampf ist historisch unerlässlich.

Bevor wir auf das Wesen der Sache eingehen, müssen wir zunächst den zu aktualisierenden Begriff definieren. Der Sozialdemokratismus galt bislang vor allem als reformistische Strömung in der Arbeiterbewegung, die Einfluß auf breite Schichten des Proletariats – besonders die durch Ausbeutung der „Dritten Welt“ zahlenmäßig stark angewachsene Arbeiteraristokratie – ausübt. Ihn bloß als Ausdruck und Widerspiegelung der bürgerlichen Ideologie darzustellen, reicht heute aber bei weitem nicht mehr aus. Natürlich gibt es nach wie vor Verfechter des opportunistischen Reformismus und Revisionismus, die den Werktätigen eine Politik des „dritten Weges“ zum Sozialismus vorgaukeln. So werden von der PDS-Führung noch immer solche Vorstellungen genährt. Doch der Sozialdemokratismus ist nicht mehr und nicht weniger als die totale Absage an Marxismus und Sozialismus. Übrigens hat Georgi Dimitroff diese Entwicklung schon auf dem VII. Weltkongreß der Komintern (1935) klar vorausgesehen. Seine Weitsicht ist durch die Geschichte bestätigt worden.

Wir brauchen dringend eine umfassende marxistische Analyse zum Wesen des Sozialdemokratismus unserer Tage. Daran zu arbeiten, ist natürlich Aufgabe der Theoretiker. Ich möchte im folgenden nur einige vorläufige Überlegungen thesenhaft dazu beitragen. Erstens: Frühere Begriffsbestimmungen bedürfen unbedingt der Aktualisierung. Der heutige Sozialdemokratismus ist nur noch bürgerliche Ideologie. Man kann davon sprechen, daß er sich selbst hundertprozentig in das kapitalistische System eingereicht hat und sich dazu offen bekennt. Er spielt nicht länger nur die Rolle des Erfüllungsgehilfen, des „Arztes am Krankenbett“ des Kapitalismus, sondern stützt und gestaltet aktiv das politische Herrschaftssystem, die kapitalistis-

che Wirtschaftsordnung und die imperialistische Globalisierung, wie sie im Weltherrschaftsanspruch der USA zum Ausdruck kommt. Dort, wo die Sozialdemokratie Regierungsverantwortung trägt, werden die Interessen des Großkapitals oft noch rigider als durch andere bürgerliche Parteien verfochten. Es geht heute nicht um Zugeständnisse an die Monopole, sondern um maximale Verflechtung mit ihnen. Der Sozialdemokratismus ist ein verlässliches Standbein des Kapitalismus geworden. Das Blair-Schröder-Papier liefert dafür den Beweis. Sozialdemokratische Parteien, deren Regierungsgewalt inzwischen eine Standardvariante kapitalistischer Machtausübung darstellt, sind mit den übrigen bürgerlichen Parteien beliebig austauschbar, ohne daß die Bourgeoisie irgendeine Gefahr darin erblickt. Es gibt nur noch partielle taktische Unterschiede zwischen ihnen. Diese Situation macht es beispielsweise der CDU/CSU so schwer, ihre Oppositionsrolle in der BRD zu finden.

Zweitens: Der zeitgenössische Sozialdemokratismus besitzt kein eigenes theoretisches Fundament mehr. Er ist inhaltlich allein durch das „Wertesystem“ und die Ideologie der „freien Marktwirtschaft“ geprägt. Er braucht seine eigene Geschichte nur noch, um das „Traditionsbewußtsein“ der Mitglieder zu nutzen, sie auf den Kurs der rechten Führer einzuschwören.

Drittens: Die soziale Funktion des Sozialdemokratismus besteht darin, Bedürfnisse der Arbeiterklasse den Profitinteressen des Kapitals anzupassen. Einen gewissen Widerstand leisten noch die Gewerkschaften. In der BRD befinden sie sich zwar im Schlepptau der SPD, sind aber dennoch die einzigen originären Arbeiterorganisationen mit Massenbasis. Der Sozialdemokratismus soll sie unter den Bedingungen imperialistischer Globalisierung systemkompatibel machen. Ähnliches gilt für andere hochentwickelte kapitalistische Staaten.

Viertens: Schon 1914 hatten die rechten Führer der Sozialdemokratie ihre antimilitaristische Haltung aufgegeben. Heute steht die Spitze der westeuropäischen Sozialdemokraten voll auf den Positionen imperialistischer

Interventions- und Aggressionspolitik. Sie betrachtet den Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen – „legitimen“ – Mitteln. Der Sozialdemokratismus ist eines der gefährlichsten, da wirkungsvollsten Instrumente der NATO. Er heizt den Nationalismus und Chauvinismus an. Repression nach innen und außen stehen auf seinem Programm. Schily und Scharping bürgen dafür.

Fünftens: Gemeinsam mit den Ideologen des USA-Imperialismus, die sich einst für den „Brückenschlag nach Osteuropa“ stark machten, war die Sozialdemokratie mit Brandts „neuer Ostpolitik“ und der Bahrschen Strategie des „Wandels durch Annäherung“ eine tragende Kraft bei der Konterrevolution gegen den realen Sozialismus, bei der Liquidierung der DDR und der kapitalistischen Restauration in Osteuropa. Ihre Ideologie ist zugleich Grundlage der revisionistischen „Mutation“ kommunistischer Parteien.

Angesichts dieser erweiterten und potenzierten Rolle des Sozialdemokratismus in der kapitalistischen Gesellschaft der Gegenwart und in Anbetracht seiner zerstörerischen Wirkung in der Arbeiterbewegung und in kommunistischen Parteien bleibt die schon vom VII. Weltkongreß der Komintern erhobene Forderung gültig: „Unversöhnlicher Kampf gegen den Sozialdemokratismus als Ideologie und Praxis.“

Dieser Kampf steht keineswegs der dringenden Aufgabe entgegen, linke Kräfte zusammenzuführen und deren Aktionseinheit zu fördern. Das Gegenteil ist der Fall. Es war stets eine Leninsche Forderung, zwischen rechten Führern und der Masse der einfachen Sozialdemokraten zu unterscheiden. Es geht darum, sie dem Einfluß solcher Führer zu entziehen und für den revolutionären Kampf gegen das kapitalistische System zu gewinnen. Die Chancen dafür werden in dem Maße zunehmen, in dem die Zuspitzung der Klassengegensätze den Erosionsprozeß in der Sozialdemokratie begünstigt. Erste Anzeichen dafür sind zu spüren. Die Formierung neuer sozialer Bewegungen, allerdings noch mit unklarer Orientierung, ist nicht zu übersehen. Genua hat es gezeigt.

Dieter Itzerott



Über einen Programmentwurf, der den Sozialismus ablehnt

Fern von Marx

1. Die PDS wird im Entwurf als „kapitalismuskritische“ Partei bezeichnet, an mehreren Stellen ist zwar von „über den Kapitalismus hinausführend“ die Rede, aber an keiner Stelle wird erklärt, daß das Ziel der Partei darin bestehe, die kapitalistische Gesellschaftsordnung durch eine sozialistische zu ersetzen. Der Begriff „Sozialismus“ wird als „Ziel, Bewegung und Wertesystem“ definiert, aber nicht als Gesellschaftsordnung, die gesetzmäßig den Kapitalismus ablöst. Der existierende Sozialismus wird als „Staatssozialismus“ bezeichnet und abgelehnt. Generell sind für die Verfasser des Entwurfes sozialistische Staaten mit „Staatssozialismus“ identisch und dies wird pauschal verworfen. Damit wendet man sich prinzipiell gegen die Existenz sozialistischer Staaten. A. Brie wird in seinem Interview mit der Berliner Zeitung noch deutlicher, indem er sagt: „Wir haben Abschied genommen vom Etatismus, von der Staatsfixiertheit“ des Sozialismus, „wir haben uns auf den libertären Sozialismus besonnen“. Damit wird die Errichtung eines sozialistischen Staates abgelehnt, „Sozialismus“ soll im Rahmen des kapitalistischen Staates existieren. Es handelt sich hier um eine neue Definition des Sozialismus, die mit dem marxistischen Sozialismusverständnis nichts mehr zu tun hat.

Die Bezeichnung der PDS als „moderne sozialistische Partei“ ist demnach nicht zutreffend. Der Entwurf ist nicht das Programm einer sozialistischen Partei. Bei seiner Annahme würde die PDS einige sozialistische Elemente, aber keine sozialistische Gesellschaftsordnung anstreben. Die Macht des Kapitals bliebe unangetastet.

2. Die PDS sei nach Darstellung des Entwurfes in den „Umbrüchen des Herbstes 1989“ und aus dem Willen, „vollständig mit den Inhalten und Erscheinungen stalinistischer und nachstalinistischer Entstellungen der sozialistischen Idee zu brechen“, entstanden. Die Wurzeln einer Partei,

die den Anspruch erhebt, sozialistisch zu sein, können so nicht beschrieben werden.

Die PDS sei, wie es im Entwurf heißt, „dem Erbe von Marx und Engels ... kritisch verbunden“. Eine Erklärung dieser verwaschenen Formulierung gibt es nicht. Sie läßt eine grundsätzliche Ablehnung der Lehren von Marx und Engels zu. Die PDS soll ein „Zusammenschluß unterschiedlicher linker Kräfte“ sein, sie sei an „keine bestimmte Weltanschauung, Ideologie oder Religion gebunden“. Die Annahme des Entwurfes würde deshalb bedeuten, daß die PDS keine marxistische Partei ist, nicht auf dem Boden des Materialismus steht und den wissenschaftlichen Sozialismus ablehnt.

3. Die PDS „bekennt sich zu einem konsequenten Internationalismus“, heißt es im Entwurf. Aber dazu erfolgt keine Inhaltsbestimmung. Er wird lediglich der Wille zum Dialog und zur Zusammenarbeit der Linken in der BRD, in Europa und weltweit erklärt, besonders zur Kooperation mit den Kräften, die um eine „Erneuerung sozialistischer Politik“ ringen. Die Verfasser wollen damit im Programm der PDS festschreiben, daß die Partei besonders mit solchen Kräften zusammenarbeitet, die sich vom Marxismus, vom wissenschaftlichen Sozialismus abgewandt haben. Die Zusammenarbeit mit kommunistischen Parteien wird damit explizit ausgeschlossen. Auch die solidarische Unterstützung progressiver, demokratischer Kräfte und Bewegungen, z. B. in Ländern der „Dritten Welt“, soll nicht Aufgabe der PDS sein.

4. Die Darstellung der kapitalistischen Gesellschaft ist auf einige Elemente begrenzt, aber ihr Wesen wird nicht analysiert. Es fehlt der Ausgangspunkt, daß es sich um Ausbeutung und private Aneignung des geschaffenen Mehrwertes handelt. „Gerechte Teilhabe“ am „Reichtum“, wie es im Entwurf heißt, ist keine konsequent sozialistische Aufgabenstellung, es geht auch und vor allem um die Überwindung der vom Ka-

pital weltweit hervorgebrachten Armut. Die „modernen kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse“ sind nach Auffassung der Verfasser des Entwurfes „überwiegend unpersönlicher Natur“, „sie erscheinen als Zwänge des Marktes oder der Bürokratie“ – dies entspricht nicht den Tatsachen. Diese Herrschaftsverhältnisse sind durchaus mit Namen verbunden, und es ist nur zu hoffen, daß sich darunter künftig keine Namen von Menschen befinden, die sich Sozialisten nennen.

5. In der Eigentumsfrage wird im Entwurf eine Position bezogen, die mit am deutlichsten die Abkehr vom Marxismus kennzeichnet. Es heißt: „Die Alternative zum kapitalistischen Eigentum besteht für uns nicht im allumfassenden Staatseigentum“, die Eigentumsfrage sei nicht primär eine Frage der „Rechtstitel“, sondern der „Verfügung“. Dies ist die konsequente Fortsetzung der Ablehnung der Existenz des Sozialismus in staatlicher Form.

Kein ernstzunehmender Marxist versteht unter sozialistischem Eigentum „allumfassendes Staatseigentum“, so beginnen die Autoren des Entwurfes schon mit einer Unterstellung. Aber Staatseigentum ist die einzige bisher verwirklichte historische Alternative zum Privateigentum an Produktionsmitteln. Damit wird von den Verfassern des Entwurfes nochmals deutlich gemacht, daß sie eine Veränderung der Produktionsverhältnisse nicht als Ziel betrachten. Außerdem sind „Rechtstitel“ und „Verfügung“ nach allen Erfahrungen kaum prinzipiell voneinander zu trennen. Und schließlich wird als Alternative lediglich das „genossenschaftliche Eigentum“ genannt, das nach allen Erkenntnissen unter Bedingungen der Herrschaft des Großkapitals kein sozialistisches Eigentum werden kann. Die genannte „tatsächliche Vergesellschaftung“ bleibt also eine Phrase. Nochmals wird das in der unhaltbaren Formulierung deutlich: „So wie im politischen System die Gewaltenteilung eine Bedingung für Demokratie ist, so ist die Teilung von ökonomischer Macht Bedingung einer sozialen und ökologischen Wirtschaftsordnung“. Daraus folgt logisch die Auffassung, „Unternehmertum und betriebswirtschaftliches Gewinninteresse“ seien wichtige „Bedingungen von Innovation und Effizienz“. Damit würde sich die PDS auf die Position der Legitimität der Ausbeutung und der kapitalistischen Verwertung des Mehrwertes stellen.

Es ist zu konstatieren, daß im Entwurf die Position vertreten wird, das kapitalistische Eigentum grundsätzlich nicht anzutasten.

6. Der Entwurf enthält eine nicht zu akzeptierende Gesamtverteilung der SED und der DDR sowie die Behauptung, die „Vereinigung der beiden deutschen Staaten“ habe „beachtliche Gewinne für die ostdeutsche Bevölkerung“ gebracht. Im Entwurf werden Politik und Gesellschaftsstruktur in den ehemals sozialistischen Ländern Osteuropas und der UdSSR mit Begriffen wie „Staatssozialismus“, „kommunistische Einparteiendiktatur“ usw. bezeichnet. Es wird „allen staatssozialistischen Gesellschaften“ angelastet, sie seien „unfähig, sich wirtschaftlich, politisch und kulturell den Erfordernissen einer zusammenwachsenden Welt ... zu öffnen“. Völlig unerwähnt bleibt die Existenz und erfolgreiche Entwicklung solcher sozialistischen Länder wie der VR China, Kubas, der Sozialistischen Republik Vietnam. Auch bei der Benennung von „drei Zentren“ („Nordamerika, Japan, Westeuropa“) und im Zusammenhang mit der Globalisierung wird eine solche Macht wie China einfach ausgelassen.

Rolf Berthold

Zur Strafsache gegen mich: (...)

5. Zu einer Bemerkung meines Verteidigers:
Ich erstrebe allerdings die Schwächung und Brechung auch gerade der **K r i e g s m a c h t** des Deutschen Reiches, sofern sie eben die Kriegsmacht der kapitalistischen Regierung und der herrschenden Klassen Deutschlands ist (die ihnen zu imperialistischen Kriegszwecken und zur politischen und wirtschaftlichen Vergewaltigung der Volksmassen dient); freilich zugleich die Schwächung und Brechung der Kriegsmacht aller anderen kapitalistischen Staaten.
Das ist das, was ich bereits wiederholt ausgeführt habe. (...)

Armierungssoldat Liebknecht

(Karl Liebknecht wurde am 13. August 1871 in Leipzig geboren und am 15. Januar 1919 in Berlin ermordet.)

„Zur linken Programmdebatte in der BRD“

Streitbar und kulturvoll

Unter dem oben genannten Thema hatten der Marxistische Arbeitskreis bei der Historischen Kommission der PDS, die Marx-Engels-Stiftung e. V. Wuppertal und die Geschichtskommission der DKP für den 22. und 23. September zur einer Konferenz eingeladen – übrigens schon die 19. Veranstaltung in diesem Kreis. Die Teilnahme von etwa 100 Besuchern, rund 25 Diskussionsreden, 5 Hauptreferate sowie eine vergnügliche Buchlesung von Herrmann Kant waren Beweis, daß diese Einladung bei Linken Resonanz gefunden hatte.

Die streitbare und kulturvolle Beratung hat wichtige Gedanken zur Weiterführung der linken Programmdebatte beigetragen. In seiner abschließenden Wertung betonte H.-J. Krusch, daß er den Austausch von Gedanken „marxistisch orientierter Mitglieder der sich als pluralistisch verstehenden PDS mit Positionen der sich auf die Klassiker des wissenschaftlichen Sozialismus berufenden DKP“ für bemerkenswert halte, zumal die Konferenz gezeigt habe, daß sie sich in wichtigen Fragen sehr nahekämen. Einen ersten Schwerpunkt der Tagung bildete der Meinungsaustausch über die Weltherrschaftspläne, die von den USA nach den schlimmsten Terroranschlägen vom 11. September nun noch offener verfolgt werden. B. Mahlow referierte einleitend zu diesem Thema. „Nicht bin Laden befindet sich im Fadenkreuz der US-Militärmaschinerie, sondern die ganze Menschheit wird als Geisel benutzt.“ Der einzige Gewinner der in den USA entfesselten Pogromstimmung sei die Rüstungsindustrie, die mit dem Löwenanteil der vom US-Kongreß zusätzlich bereitgestellten 40 Mrd. Dollar rechnen könne. Bisher gebe es keinerlei Nachweis, daß es sich bei den Anschlägen um von außen gesteuerte Aktionen handle. Das Referat führte Stellungnahmen mehrerer kommunistischer Parteien und offizielle Aussagen anderer Staaten an, so den Moskauer Generalstabschef, der erklärt hatte: „Die russische Armee wird an Racheaktionen der USA nicht teilnehmen.“ Der Referent kam zu dem Schluß, daß die „globale Katastrophe“ nicht am 11. September 2001, sondern mit der Errichtung der unipolaren Weltordnung seit 1989/90 begonnen habe. Heute bekämen wir nur die Folgen präsentiert.

Mehrere Diskussionsredner gingen auf den aktuellen Zusammenhang mit der Programmdiskussion in der PDS ein. Am deutlichsten sprach dazu wohl E. Brombacher, die Erklärungen G. Gysis in einem Interview zitierte, wo er sich für begrenzte Militärschläge in dem Fall ausgesprochen hatte, daß ein Staat Auslieferungsforderungen nicht erfülle. Sie zeigte sich erleichtert, daß die PDS-Bundestagsfraktion am 19. September nicht in diesem Sinne abgestimmt hatte. Dennoch wertete sie die ursprünglichen Bemerkungen Gysis im ARD-Morgenmagazin als erneuten Versuch, einer der Koalitionsbedingungen der SPD nachzukommen, nämlich der Bündnistreue gegenüber der NATO – und dies trotz der eindeutigen Beschlußlage seit dem Parteitag in Münster.

Ein weiterer Schwerpunkt der Diskussion wurde durch das Referat von I. Wagner zum Thema „Epoche und sozialistische Programmatik“ bestimmt. Zunächst betonte er, daß er in Übereinstimmung mit anderen Theoretikern die alte Definition des Charakters der gegenwärtigen Epoche als der des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab nach wie vor für richtig halte (wie übrigens auch im „RotFuchs“ Nr. 42 von P. Köbele entwickelt). Er stützte diese These durch Überlegungen zur Dialektik des Entste-

hens wichtiger Voraussetzungen des Sozialismus im Schoße des Kapitalismus. Gerade diese Seite wurde in einem schriftlich übergebenen Beitrag des Mitglieds des ZK der KPRF V. Truschkow zur Thematik Globalisierung und Sozialismus ausführlich dargestellt. Die Debatte hierzu zeigte, daß auch unter den Teilnehmern erheblich divergierende Meinungen bestanden. So bezeichnete z. B. H. Neubert die im Referat vertretenen Thesen als Übernahme mechanistischer Geschichtsauffassungen. Sie vernachlässigten die Rolle der subjektiven Seite des revolutionären Prozesses – die allerdings im Referat ausführlich behandelt worden war. Nicht im unmittelbaren Bezug, jedoch im sachlichen Zusammenhang damit informierte W. Teuber faktenreich über die Situation in der deutschen Gewerkschaftsbewegung und wies auf zahlreiche Initiativen der unteren Ebene hin, die mit den Positionen der DGB-Führung z. T. erheblich kontrastieren. M. Hermann fragte, ob denn der Imperialismus wirklich schon alle Möglichkeiten der Produktivkraftentwicklung „ausgereizt“ habe und ob es denn noch gerechtfertigt sei, von faulendem oder sterbendem Kapitalismus zu sprechen. Ihr antwortete K. Gossweiler, der nachwies, daß allein die Funktion der Rüstungsindustrie als Motor der technischen Entwicklung die Leninsche Charakteristik unter aktuellen Beweis stelle.

Zum eigentlichen Konferenzthema wurden drei Referate gehalten. Zunächst entwickelte R. Berthold wichtige Gedanken zur linken Programmdebatte in der BRD unter Beachtung von Erfahrungen der KP Chinas. Diese habe sich „auf Grundprinzipien festgelegt, die sichern, daß der sozialistische Weg der VR China weiter stabil beschritten wird“. Im Entwurf der PDS (gemeint ist der im April veröffentlichte von BrieKlein/Brie) hingegen würden in allen Grundfragen, also in der Eigentumsfrage, der Machtfrage und auf dem Gebiet der Ideologie Positionen vertreten, die den Charakter dieser Partei neu bestimmen. Ähnlich äußerte sich U.-J. Heuer in seiner Rede. „Die Geschichte der Programmdiskussion in der PDS wurde immer mehr die Geschichte des Kampfes für oder gegen einen Richtungswechsel der Partei.“ Der Redner rief wichtige Stationen dieses

Kampfes, z. T. mit treffsicheren satirischen Seitenhieben, ins Gedächtnis der Teilnehmer. Seine Hauptkritik am PDS-Entwurf betraf das Fehlen jeglicher Analyse als Ausgangspunkt für eine Positions- und Aufgabenbestimmung. Statt dessen fungierten „das Individuum und seine politische Freiheit“ (Brie) und sogenannte Freiheitsgüter als Ausgangspunkt der Politik. Die Analyse der gegenwärtigen Welt und der in ihr real wirksamen Kräfteverhältnisse werde jedoch verweigert.

In der gesamten Diskussion wurden die substantiellen Aussagen dieser Referate bestätigt. So unterzog K. Höpcke die „Freiheitsgüter“ einer scharfen Kritik, und keiner der folgenden Redner meldete Protest an. Selbst der herzugeweihte stellvertretende PDS-Vorsitzende D. Dehm polemisierte nicht zu den Sachfeststellungen der Referate, sondern beschränkte sich auf Beschwörungen zu Verfahrensfragen. Dagegen stellten mehrere Diskussionsteilnehmer fest, daß das Material vom April für eine Überarbeitung ungeeignet sei. Leider spielten die Gegenentwürfe, vor allem der von Kallabis, Krusch und Wagner, in der Debatte nur am Rande eine Rolle.

Im deutlichen Unterschied zu den Eskapaden des Programmwerfers der PDS konnte die stellvertretende DKP-Vorsitzende N. Hager in ihrer Information zum Stand der Programmdiskussion in ihrer Partei mitteilen: „Die DKP ist und bleibt Systemopposition.“ Als grundlegende Frage bezeichnete sie die Analyse des gegenwärtigen Imperialismus. Ihre persönliche Sympathie gehört offensichtlich jener Auffassung, die mit dem Wirken der transnationalen Monopole eine neue Qualität in der „Grundqualität“ des Imperialismus sehen – eine Wertung, die allerdings schon während des Hearings der DKP-Programmkommission im März auf heftigen Widerspruch gestoßen war.

Dem Berichterstatter blieb eigentlich nur ein Wunsch offen: Daß an künftigen Veranstaltungen dieser Art weitere Kräfte, so auch Genossen der KPD, beteiligt werden mögen.

Frank Mühlefeldt

GNN-Verlag, Schkeuditz 2001 – ISBN-Nummer 3-89819-096-8, 128 Seiten, 15,- DM

Nicht Rädchen...

Nicht Rädchen sondern Triebkraft will ich sein.
Meinem Naturell als Mensch entsprechend.
Und finde mich schmarotzend vom Blute anderer.

Zum Ausbeuter nicht sondern zum Schöpfer wurde ich geboren.
Wie jedes Exemplar meines Geschlechts.
Und sehe mich im Spiegel auf Milliarden krummer Buckel stehen.

Im Schweiß meines Angesichts soll ich wie Du die Erde mir erobern.
So wissen es wir Menschen von allem Anfang an.
Und doch mein Tun, sogar als Arbeitsloser noch, speist nur den Minotaurus –
Von Menschenfleisch sich nährendes Getüm.

Wie wär's, wenn ich mich selbst vergiftete und ihm zum Fraß mich böte?
Doch ach! Er würgt, um nachher nur noch rasender zu schlingen.
So geht es nicht.

Nicht Nicht-Sein – Sein bereitet ihm den sicheren Garaus.

IRIS RUDOLPH, 26. September 2001

Über Theorien, die die Theorie auf den Kopf stellen

Wunderliches von Wunderlich

Im vergangenen Sommer hat man sich über manchen Artikel in der UZ freuen können. Besonders die Veröffentlichungen rund um den 13. August – die Beiträge der Generäle des MfS, aber auch der redaktionelle Kommentar Rolf Priemers zu dieser Thematik – atmeten Klarheit und Bekennernut. In Übereinstimmung sahen sich viele Leser – nicht zuletzt aus dem Osten – mit Patrik Köbeles in der UZ veröffentlichten Darlegungen zu einigen in der Partei strittigen Fragen.

Doch wo Licht ist, ist oft auch Schatten. Erstaunen ruft die Tatsache hervor, daß ausgerechnet auf der Seite, die marxistische Theorie und Geschichte zu propagieren beansprucht, immer wieder Thesen Verbreitung finden, die diesem Maßstab wohl kaum entsprechen. Niemand zieht Hans Wunderlichs Treue zur Arbeiterbewegung in Zweifel. Doch das, was er am 31. August 2001 auf der UZ-Theorieseite über „Kommunismus des 21. Jahrhunderts“ zum besten gab, war doch recht wunderbar. Der Autor kolportierte hier zwar nur die Auffassungen eines Stuttgarter Künstlers, machte sich aber zugleich zu deren Makler.

Da tritt uns das ganze Repertoire an Stanzen gegenüber, das wir bereits aus der Sozialismus-Debatte und den dabei kreierte „Vorstellungen“ kennen. Zum Ausgangspunkt wird abermals nicht das Bekenntnis zur DDR als der größten Errungenschaft in der Geschichte der revolutionären deutschen Arbeiterbewegung genommen, sondern die „ehrfache, selbstkritische Aufarbeitung des vergangenen Sozialismus“. Ein „neuer Anlauf“ brauche die Unterstützung der „überwiegenden Mehrheit der Menschen“. Das hört sich gut an, ist aber lebensfremd, da immer nur ein Teil der Menschen in Bewegung gerät. Geht es um gesellschaftlichen Wandel, muß er in der Tat möglichst groß sein. Es gehe um eine „sozialistisch-freiheitliche Grundordnung“, zu der „individuelle Freiheitsrechte, Gewaltentrennung, Recht auf Wahl und Abwahl sowie das Recht auf Opposition“ gehörten. Es handelt sich hierbei nicht um den Katalog der Forderungen einer proletarischen Revolution, sondern um Anleihen bei der bürgerlichen Demokratie. Das dürfte selbst dem Autor aufgefallen sein. „Überlegt werden muß, wie beim nächsten Anlauf mit einer bürgerlichen Opposition umgegangen wird, die zurück zum Kapitalismus will.“ Beim Sozialismus geht es nicht darum, die Ausbeuterklassen und deren Politiker zeitweilig in die Opposition zu schicken, sondern sie für immer von der politischen Herrschaft auszuschließen. Es geht nicht um alternierende Macht von Bourgeoisie und Proletariat – je nach Wahlergebnis.

In Verdrehung der Tatsachen heißt es bei Wunderlich, der Mausner referiert: „Verstaatlichung genügt nicht, um die wirkliche Vergesellschaftung der Produktionsmittel zu erreichen.“ Das sei „eine wichtige Lehre aus dem gescheiterten Anlauf“. Künftig seien „betriebliche Selbstverwaltung“ und „dezentralisierte Eigentumsformen“ anzuraten. Waren Wunderlich und Mausner nie mit einer Delegation in der DDR? Hat sich ihnen das Eigentum der LPG, der VdgB und des Konsums wirklich als Staatseigentum dargestellt? Welche Verzerrung der Wirklichkeit des realen Sozialismus, welches Zerrbild auch des künftigen Sozialismus!

Doch es wird noch besser. Es stelle sich die Frage, ob „sozialistisches Unternehmertum“ entstehen könne und „welchen Handlungsspielraum“ privates Unternehmertum im Sozialismus haben werde. Eindrucksvoll sind auch die Erkenntnisse von

Mausner und Wunderlich zum Marxismus, der „als geschlossene Weltanschauung“ infrage gestellt werden müsse. Natürlich bleibe man beim dialektischen Materialismus – aber „ohne Säulenheilige“. Nie mehr dürften „Marxisten ihre Grundpositionen anderen aufzwingen“. So widerspiegelt sich ideologischer Klassenkampf in den Hirnen mancher Genossen. Natürlich wird auch dem Begriff „Arbeiterklasse“ zuleibe gerückt, „der immer weniger taugt“. Neue Machtverhältnisse ließen sich allein durch „Gewinnen und Aktivieren der überzweigenden Mehrheit der Menschen“ herbeiführen. Dieser Prozeß könne „vielleicht sogar Jahrhunderte dauern“.

Natürlich ist es nützlich, in der kommunistischen Presse freie Diskussionstribünen einzurichten, bei denen Richtiges und weniger Durchdachtes gesagt werden kann. Aber unter „marxistischer Theorie“ versteht man wohl doch etwas anderes.

Übrigens ist Patrik Köbeles Bemerkungen zum Charakter der Epoche – der weltweite Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus macht in der Tat eine ganze Epoche aus – auf der Theorieseite der UZ vom 7. September kräftig einer übergeben worden. Obwohl er präzise formuliert, attackiert der Autor Manfred Höfer „weitschweifige Äußerungen“, die „penetrant an den offenkundigen Tatsachen vorbeigehen“. Von einem Übergang zum Sozialismus sei heutzutage nirgends etwas zu entdecken, formuliert er weltfremd. Selbst die Chinesen – ein Fünftel der Menschheit – hätten „ihre sozialistische Staatsordnung nur dank einer Wendung zur Wiederzulassung des Kapitalismus retten können“. Höfer weist Köbeles „voll-

mundige Prognose“, wir befänden uns nach wie vor in der Epoche des weltweiten Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus, als „offenkundig widerlegte Losung“ zurück. Das sei „demonstrative Unwilligkeit, kritische Lehren aus der Geschichte zu ziehen“. Gewiß, wir stehen noch immer in der Talsohle einer verheerenden Niederlage – zumindest in Europa. Da gibt es keinen Grund zu kühnen und kurzfristigen Prognosen. Doch wenn man die Epochenfrage stellt, dann besteht doch wohl kein Zweifel daran, daß die historischen Signale nach wie vor auf die Ablösung des Kapitalismus gestellt sind. Was sollte sonst – zieht man die gesetzmäßig aufeinanderfolgenden Gesellschaftsformationen in Betracht – wohl auf der Tagesordnung der Geschichte stehen?

Auch in einer anderen prinzipiellen Frage wird Köbele angegriffen. Höfer will ihm weismachen, daß der sozialistische Staat „strikt auf die Übergangsperiode begrenzt“ ist. Die Formel vom „Sozialismus in staatlicher Form“ sei also „purer logischer Widersinn“. Hier haben wir also einmal mehr die unmarxistische These vom frühen Absterben des Staates. Übrigens wird auch dem realen Sozialismus noch ein kräftiger Fußtritt versetzt, indem ihn der Autor als „zu einem doktrinären Experiment mutierten und daher zum Scheitern verurteilten Sozialismus“ stempelt.

Wie man sieht, herrscht auf den Theorieseiten der UZ ein rechter Wirrwarr. Und dabei hatte man nach den ermutigenden Veröffentlichungen des Sommers doch schon die Hoffnung geschöpft, es gehe aufwärts.

S. R.

Sind die 11 Forderungen „gestorben“?

Verrechnet

Zugegeben, um die 11 Forderungen der DKP-Gruppe Nordost, die der „RotFuchs“ in seiner Februar-Ausgabe verbreitete und sich dadurch zu eigen machte, ist es in den vergangenen drei Monaten still gewesen. Andere Dinge standen zeitweilig im Vordergrund. Wir mußten zunächst die Zeitung reorganisieren. Das mag bei einigen die irrtümliche Vorstellung ausgelöst haben, wir hätten uns von diesem hervorragenden Kampfprogramm für den Osten, das auch den fortschrittlichen Kräften im Westen nützt, endgültig verabschiedet. Manche mögen sogar dem Trugschluß verfallen sein, wir hätten gewissermaßen die Fahne zugunsten jener gesamtdeutschen Melange aus halben und ganzen Forderungen, wie sie im Beschluß der 5. Tagung des PV der DKP zum Ausdruck kommt, eingerollt. Das ist ganz und gar nicht der Fall. Der Vorstand des „RotFuchs“-Fördervereins (i. G.) hat sich mit der Thematik beschäftigt, stellt sich uneingeschränkt hinter die 11 Forderungen und vertritt zugleich die Auffassung, dieses programmatische Dokument weiter zu qualifizieren. Die 1. Mitgliederversammlung unseres Vereins wird sich Anfang November auch mit dieser Frage beschäftigen.

Rekapitulieren wir noch einmal den Ablauf der Ereignisse: Die 11 Forderungen – zunächst als Entwurf veröffentlicht – sorgten für Wirbel. Eine Reihe von Grundorganisationen der DKP – darunter Leipzig und Teterow/Neubrandenburg – erklärten dann das überarbeitete und von Nordost beschlossene Dokument zu ihrem eigenen. Daraufhin gab es den unqualifizierten Vorstoß des Genossen Jürgen Horn aus Berlin, der sich noch zwei Mitunterzeichner seines Pamphlets gesucht hatte. Er bezeichnete die 11 Forderungen kurzerhand als „Spaltungversuch“ und griff sie in der gesamten Substanz massiv an. Obwohl die Unsinnigkeit seiner Äußerungen auf der Hand lag, wurde diese Erklärung vom Sekretariat des PV als Dokument zirkuliert. Die 5. Tagung des PV, zur der die drei Verfasser der 11 Forderungen eingeladen worden waren, wies diese zurück und verabschiedete statt dessen ein eigenes Material. Daraus zu folgern, die Sache habe sich erledigt und bedürfe keiner weiteren Erwähnung, mag für die DKP gelten, nicht aber für den „RotFuchs“. Deshalb kommen wir darauf zurück.

Einige Leser werden sich noch daran erinnern können, daß wir die Stellungnahme der DKP-Gruppe Teterow/Neubrandenburg zur 5. Tagung, in der die 11 Forderungen ausdrücklich aufrechterhalten werden, in unserer Zeitschrift auszugsweise abgedruckt haben. Wie wir jetzt erfahren, haben sich die Mitglieder des Koordinierungsrates der DKP Thüringen einstimmig dieser Einschätzung angeschlossen. Die Diskussion geht also weiter, auch wenn manche sich schon für Sargträger oder Erben gehalten haben. Die 11 Forderungen sind nicht beerdigt, wohl aber Illusionen, sie seien bereits vom Tisch.

R. F.

Marx und Engels zum Parlamentarismus (I)

Nachdem das Berliner Wahlspektakel überstanden ist, wird der „mündige Staatsbürger“ im nächsten Jahr zu den Bundestagswahlen an die Urnen gerufen. Dieser Vorgang bietet Anlaß, geschichtlichen Erfahrungen mit dem bürgerlichen Wahlsystem erneut nachzugehen.

Der Parlamentarismus gehört zu den politischen Erscheinungen, die seit mehr als 200 Jahren im Brennpunkt der Diskussion stehen. Von bürgerlichen Ideologen als „Kriterium“ der Demokratie gepriesen, wird der Parlamentarismus andererseits von ultralinken und rechtsextremistischen Kreisen verurteilt. Auch in der Arbeiterbewegung war – und ist – die Frage, wie sich die proletarische Partei zum Parlamentarismus verhalten soll, heiß umstritten. Im 19. Jahrhundert wurden – nicht nur! – von Lassalle und seinen Anhängern die Beteiligung an Parlamentswahlen und die aktive Betätigung im Parlament als alleiniger Weg zum Sozialismus verabsolutiert und propagiert. Michail Bakunin und seine Nachfolger dagegen verurteilten die Teilnahme am parlamentarischen Kampf, wie Politik überhaupt, als Verrat an der Sache der Arbeiterklasse. Lenin hatte sich Anfang der 20er Jahre wiederholt mit dem „linken Radikalismus“ auseinandergesetzt, und auch heute sind immer wieder Rückfälle in die eine oder andere Auffassung zu beobachten.

Die durch bürgerliche und sozialdemokratische Wortführer stets betonte Identität von Demokratie und Parlamentarismus wird auch Marx und Engels unterstellt. Man behauptet, beide hätten 1852, nach Abschluß ihrer „blanquistischen“ Phase, die Arbeiterklasse auf den parlamentarischen Kampf = Demokratie, auf einen nichtrevolutionären, demokratischen ergo parlamentarischen Weg zum Sozialismus orientiert.

Nun haben Marx und Engels nicht gegen den Parlamentarismus schlechthin polemisiert oder das Parlament „an sich“, als Abstraktum, kritisiert, sondern die Frage stets unter bestimmten historischen Bedingungen untersucht. Die Rolle der bürgerlichen Parlamente im Kampf gegen die feudale Reaktion war für sie eine andere Frage als die der Ausnutzung des bürgerlichen Parlaments durch die Arbeiterpartei im Kampf um die Eroberung der politischen Macht. Zu keiner Zeit haben Marx und Engels, weder in ihren Früh- noch in ihren Spätschriften, Parlamentarismus mit Demokratie identifiziert.

Der bürgerliche Parlamentarismus mit seinen Zwei- oder Mehrparteiensystemen war für sie nichts anderes als die politische Widerspiegelung der Konkurrenz zwischen verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisie und zugleich eine der Erscheinungsformen des Klassenkampfes zwischen Bourgeoisie, Grundbesitzern und Proletariern, soweit letz-



tere im Parlament vertreten waren. Das ist in jenen kapitalistischen Ländern, welche noch parlamentarisch regiert werden, bis in die Gegenwart so geblieben. Dabei soll angemerkt werden, daß eine funktionierende bürgerlich-parlamentarische Demokratie nur in einer begrenzten Anzahl kapitalistischer Staaten existiert, und daß gegenwärtig die Tendenz des Übergangs zu autoritären Formen der Machtausübung unübersehbar ist.

Auf das Problem des Parlamentarismus waren Marx und Engels schon frühzeitig gestoßen. Davon zeugen nicht zuletzt die Marxschen Notizen in den „Kreuznacher Exzerpten“ von 1843. Marx hatte sich dort sehr eingehend mit der Entstehungsgeschichte und dem Vergleich parlamentarischer Vertretungen in England, Frankreich und den USA beschäftigt. Den Klassencharakter des bürgerlichen Parlamentarismus hatten Marx und Engels schon vor der Revolution von 1848 erkannt. In dieser Periode arbeiteten sie dann die Kriterien einer revolutionären Volksvertretung aus, nach 1852 untersuchten sie vor allem den Funktionsmechanismus des bürgerlichen Parlamentarismus. Besonders beschäftigte sie die Frage, in welchem Maß die Arbeiterpartei das allgemeine Wahlrecht und das bürgerliche Parlament für den proletarischen Emanzipationskampf ausnutzen kann.

Ein Grundproblem des Parlamentarismus, mit dem sich Marx eingehend befaßte, war die Frage nach der Mehrheit. Bereits bei der Untersuchung des Rheinischen Landtages im Jahre 1842 hatte er festgestellt, daß Mehrheit im Landtag und reale Mehrheit des Volkswillens zwei ganz verschiedene Dinge sind – ein Sachverhalt, der bis heute von bürgerlichen Ideologen bewußt umgangen wird. Die angewandten Wahlverfahren sind dabei unterschiedlich und variieren in den einzelnen Ländern mit parlamentarischen Regimes. In England vollzog sich Anfang der 50er Jahre die Wahl in zwei voneinander getrennten Handlungen – einmal der Kandidaten durch „Handzeichen“, woran das Volk teilnehmen konnte, zum anderen durch „Abstimmung“, zu der nur die wahlberechtigten Bürger, nach Besitzzensus verlesen, zugelassen waren. Und so kam dann die parlamentarische „Mehrheit“ zustande: Die durch „Handzeichen“ ausgesuchten Kandidaten wurden bei der „Abstimmung“ nicht

gewählt, und umgekehrt, durch „Handzeichen“ nicht nominierte Kandidaten erhielten am Ende die „Mehrheit“.

Ähnlich in Frankreich. Bei den Wahlen vom 10. März 1850 kam eine „sozialistische Koalition“ von Proletariat und Kleinbürgertum zustande. Marx resümierte, wenn der Inhalt des allgemeinen Stimmrechts nicht mehr die Bourgeoisie sichert, verliert die Verfassung für die Bourgeoisie ihren Sinn, ist das Stimmrecht „neu“ zu regeln. Die Verfassung will das „Vernünftige“, d. h. die Macht der Bourgeoisie, und wenn diese bei Wahlen nicht zu garantieren ist, muß man eben den Modus so ändern, daß sie gewährleistet wird. Solches geschah mit der Aufhebung des allgemeinen Wahlrechts durch das Gesetz vom 22. Mai 1850, und siehe, die „Vernunft“ hatte wieder die erforderliche „Mehrheit“.

Im 20. Jahrhundert war man dann weniger zimperlich. Da steckte man den Reichstag einfach an oder schoß – wie später in Moskau und oder Belgrad – die Parlamente zusammen; danach fanden Neuwahlen statt – oder auch keine – und siehe, die „Vernunft“ hatte wiederum triumphiert. Natürlich gibt es auch heute noch subtilere Formen wie das „Zurechtschneiden“ der Wahlbezirke, die Änderung der Berechnungsmodalitäten zur Aufschlüsselung der Parlamentssitze, das Mehrheitswahlsystem u. a. Die Bourgeoisie ist da sehr findig.

Doch über das Zustandekommen einer Parlamentsmehrheit entscheidet nicht nur der Wahlmodus. Marx wies in seinen Untersuchungen des englischen Parlamentarismus auf die Wahlkorruption hin, die oftmals den Ausgang mitbestimmte. In der Bestechung erkannte er „eine ebenso brutale wie populäre Form, in der sich die relative Stärke der kämpfenden Parteien zeigte – die Mittel ihres Einflusses und ihrer Herrschaft, die sie ansonsten in normaler Weise geltend machen, werden dann einige Tage lang in abnormer und in mehr oder weniger burlesker Weise angewendet“. Die Formen der Wahlmanipulation und Korruption reichten von sogenannten Registrierungskampagnen, der Verhinderung der Eintragung von Wählern gegnerischer Parteien in die Wahllisten und dem Kauf von Wählerstimmen bis zum Einsatz von Rowdies. In einzelnen Fällen seien Bestechungsgelder sogar in gefälschten Banknoten gezahlt worden.

Inwieweit die Verallgemeinerung, die Marx daraus ableitete, noch für den bürgerlichen Parlamentarismus unserer Tage relevant ist, möchte ich dem Leser überlassen. Und noch einmal Marx: „Die Wahlphilosophie der Parlamentskandidaten besteht demnach einfach darin, daß sie ihrer linken Hand erlauben, nicht zu wissen, was ihre rechte Hand tut, und so waschen sie beide Hände in Unschuld. Ihre Hosentaschen zu öffnen, keine Fragen zu stellen und an die allgemeine Tugend der Menschheit zu glauben – das dient ihren Absichten am allerbesten.“ (MEW 13/527)

Ulrich Huar

Leseempfehlung:

Karl Marx: *Die Wahlkorruption* (MEW 8/351–357),

Wahlkorruption in England (MEW 13/525–530)

Als Parteisekretär im VEB Kühlautomat (9)

Umstrittene Härten

Genosse Wegener litt nicht wie Pauli (s. RF 44) an zu großem Durst, sondern an seinem weichen Gemüt. Ich hatte ihn der Kreisleitung für die Überprüfung von privaten Geschäftsleuten gemeldet. Damals waren von 15 000 Industriebetrieben noch 13 000 in privatem Besitz. Dieser überwog auch im Einzelhandel, im Handwerk und im Bauwesen. Um angesichts der damals wachsenden Kriegsgefahr die nötigen Mittel zusammenzubekommen, zogen wir die Steuerschraube an, trieben rigoros Rückstände ein.

„Ich kann das nicht mehr! Gib mir ‚nen anderen Parteauftrag.“

Genosse Wegener sah aus wie Hans Albers, war aber weich wie Butter. „Was ist denn los?“ Er erzählte, daß seine Arbeitsgruppe vergangene Woche eine Kohlenhandlung überprüft hatte. Alles in Ordnung. Dann fanden sie doch noch eine nicht inventarisierte Schreibmaschine. Steuerhinterziehung! Enteignung!

„Die Olle hat jeweeent. ‚Ne olle Frau, Witwe, Mensch! Die beeden Kerle, ihre Kohlenträger, waren geklatscht. Weene nich, Mutter Reschke, hat der eine jesacht. – Ich kann das nicht!“

„Aber daran erinnerst Du Dich doch wohl, wie die Händler uns behandelt haben, im Krieg und in den ersten Jahren danach, wenn wir was wollten? Zehn Kohlen wolln Se haben? Ham Se Zigaretten? Mir ist noch gut im Gedächtnis, wie mich der Kerl in dem Buttergeschäft, dort, wo ich wohnte, angepiffen hat, wenn ich in seinen Laden kam und ‚Tag‘ sagte: ‚Heil Hitler heißt det!‘, wurde ich angeschnauzt!“

„Is ja alles richtig. Aber ich kann das nicht mehr. Die Olle tut mir leid.“ „So ist das immer. Wir sind für den Sozialismus und die Enteignung der Ausbeuter. Aber wenn der Ausbeuter ne olle Frau ist, werden wir weich. Wer wird denn mit uns Mitleid haben?“ „Is ja richtig, nee, ich weiß nich, ob’s ganz richtig is ... Die Olle und ihre beiden Kerle ..., gibt mir ‚nen andern Parteauftrag.“

Ich hatte beobachtet, wie Genosse Wegener mit leuchtenden Augen den Motor eines Flugzeugmodells betrachtet hatte, das der eben gegründeten GST-Gruppe der Lehrwerkstatt übergeben worden war. „Guck mal, ein kleiner Diesel“, hatte er sich gefreut. „Kümmere Dich um die GST, um die Lehrlinge!“ Genosse Wegener war glücklich. Unsere GST-Gruppe wurde zu einer der besten im Kreis Treptow.

Zu meinem Erstaunen verurteilten fast alle Arbeiter unser Vorgehen gegen die privaten Händler. Die bekamen nämlich ab März 1953 keine Lebensmittelkarten mehr. Sollten sie eben zu hohen Preisen in der HO einkaufen! Damals gab es ein doppeltes Preissystem. Die Lebensmittelkarten begrenzten nicht mehr den Bezug, sie waren zu Anrechtscheinen für den Kauf einer bestimmten Menge von Waren zu sehr niedrigen Preisen geworden. Wollte man mehr Butter, Brötchen, Wurst, konnte man das zu höheren Preisen im staatlichen Einzelhandel kaufen. Damit war der Schwarze Markt erledigt. Aber die Preise waren gepfeffert. Eine Bockwurst kostete auf Marken 90 Pfennige, in der HO fast 5 Mark!

Die Arbeiter erklärten rundheraus, es sei Quatsch, den Händlern die Lebensmittelkarten zu entziehen. „Woher wer’n se denn ihre Butter neh’m? Denkste, die kaufen se in de HO? Quatsch! Die schneiden se von unsere Butter ab, Mensch! Die sind doch nich dämlich!“ Dem konnte ich nichts entgegenzusetzen.

Es lag auf der Hand. Sah die Parteiführung das nicht?

Es kam noch schlimmer. Die Händler befürchteten, daß man sie alle enteignen würde. Viele türmten nach Westberlin. Die Läden blieben geschlossen, das Einkaufen wurde immer beschwerlicher. Die Unzufriedenheit wuchs. Sie wuchs noch mehr, als wir den Lebensstandard der Arbeiter direkt senkten. Die verbilligten Arbeiterwochenkarten für öffentliche Verkehrsmittel wurden abgeschafft, die Marmeladepreise heraufgesetzt. Sehr schwierig wurde es, als das ND diese Erhöhung für den wichtigsten Brotaufstrich auch noch als Verbesserung des Lebensstandards hinstellte. „Wat soll denn det!!!“ Darauf wußte ich auch keine Antwort. Darum ginge es nicht, sagte ich. Wir müssen jetzt alle Mittel zusammenkratzen, auch auf manches verzichten, um erst mal die Schwerindustrie aufzubauen. Dann werde es schnell besser gehen.

Die Arbeiter respektierten meine Haltung. Aber sie stimmten mir nicht zu. Sie waren bedrückt. Der Elan, der langsam gewachsen war, bröckelte wieder ab. Die Debatten wurden schärfer, ehemalige Nazis brachten ihr Gift in die Diskussionen ein. Unsere Genossen hatten einen schweren Stand. Trotzdem wuchs die Parteiorganisation, wurde der Zusammenhalt fester, weil alle klare Aufgaben erhielten, die sie erfolgreich bewältigen konnten und weil wir keiner Frage der Belegschaft auswichen. Natürlich wurde bei weitem nicht jedes unserer Argumente akzeptiert. Aber unsere Meinung war bekannt. Keiner konnte sagen, wir drückten uns um etwas herum. Und wir halfen, wo wir konnten.

Da kam ein Schlosser zu mir, fragte, ob er nicht mehr Geld verdienen könne, er käme mit seinem Lohn nicht aus. Ich hütete mich zu sagen, wer tut das schon, sondern fragte, woran das liege, er verdiene doch nicht schlecht. Er erzählte, daß seine Frau geistesgestört sei und er für Pflegekosten in der Psychiatrie teilweise aufkommen müsse. Damals waren noch keineswegs alle medizinischen Leistungen unentgeltlich. Außerdem müsse er zweimal in der Woche eine Frau bezahlen, die die Wäsche mache und für seine drei Kinder sorge. Wochen-

heime und Kindergärten gabs erst wenige, das Leben eines Schichtarbeiters in solcher Lage war sehr schwer. Ich fragte, was denn passiert sei, bei der Heirat sei seine Frau doch sicher noch gesund gewesen. „Wir sind aus Breslau. Als wir raus mußten, haben die Polen zuletzt auch noch die Nähmaschine von unserem Handwagen geholt. Das hat meiner Frau den Rest gegeben.“ Ich dachte lange nach. Dann sagte ich vorsichtig: „Das kann ich verstehen, daß Deiner Frau das so nahegegangen ist. Aber habt Ihr auch mal daran gedacht, daß die meisten Polen weit mehr als eine Nähmaschine verloren haben? Sechs Millionen wurden ermordet!“ „Ja, aber dafür kann ich doch nichts! Ich hab in Breslau im Reichsbahnausbesserungswerk gearbeitet ...“ „Und in den Waggons wurden Juden und Polen nach Auschwitz ins Gas und unsere Soldaten zum Verheizen an die Front geschickt!“ Der Schlosser schwieg. „Ich weiß, daß Du nichts dafür kannst. Oder richtiger: Wir alle können dafür, weil wir das nicht verhindert haben. Mehr Lohn für Deine Arbeit können wir Dir nicht zahlen. Aber ...“

Ich überlegte. Der Mann war als guter Facharbeiter bekannt. Politisch galt er als eine Null. Aber er war zum Parteisekretär gekommen, wahrscheinlich hatten Kollegen ihm das geraten. Was sollte ich tun? Im Betrieb gab es keine Stelle, an der er mehr verdienen konnte als jetzt, noch dazu ohne Schichtarbeit. „Ich werde den Obermeister der Lehrwerkstatt fragen, ob er Dich haben will. Dort fehlen Ausbilder.“ Der Schlosser war zufrieden.

Der Obermeister sagte mir später, daß der Mann sich große Mühe gebe. Bei ihm lernten die Jungen etwas! Und auch Ordnung und Disziplin! An seinen Werkbänken fände man nach Feierabend keinen Metallspan und keinen Tropfen Öl! Die Maschinen seien blank wie Messermuster! Politisch sei er völlig passiv. „Aber da sind wir ja auch noch da, die Genossen und die FDJ!“ **Walter Florath**

(Der Beitrag „Die Eiskalten und das Emilbäumchen“, dessen 9. Folge wir hier veröffentlichen, wurde dem Buch „Spurensicherung. Zeitzeugen zum 17. Juni 1953“, GNN Verlag 1999, entnommen.)



„Ich zahle null Franc Steuern und ich finde, das ist schon viel zu viel!“

Aus: „Solidaire“, Brüssel

Warum sich die DDR kampflös ergab

Annäherung an ein Thema

Vor einiger Zeit stellte ein DKP-Genosse in Schwerin die Frage, ob es denn überhaupt richtig sei, auch heute noch die DDR zu verteidigen. Ohne Bedenken bejahte ich, denn für mich ist die DDR nicht teilbar: hier ein bißchen gut, dort ein bißchen schlecht. Soll ich die bisher größte Errungenschaft der deutschen Arbeiterklasse nur deshalb verleugnen, weil wir sie wieder verloren haben und weil sie sich zum Teil selbst aufgegeben hat? Sicherlich ist die Frage berechtigt, ob uns heute die Mehrheit der Menschen versteht, wenn wir die DDR im historischen Sinne als eine solche Errungenschaft definieren. Immerhin tut sich selbst die Führung einer kommunistischen Partei damit recht schwer. Doch wir können nicht auf unseren Standpunkt verzichten, um dem „Zeitgeist“ zu genügen. Solches Einlenken überlassen wir getrost der PDS-Spitze. Niemand von uns leugnet Mängel, Fehler und Irrtümer der sozialistischen Revolution: Die zunehmende Trennung der Partei vom Volk, hochmütiges Unumkehrbarkeitsdenken und Unterschätzung der Aggressivität des Imperialismus gehören zu den schwerwiegendsten. Dennoch: Die DDR verkörperte eine Gesellschaft ohne Ausbeutung – ein epochaler Fortschritt gegenüber den tausende Jahre währenden Ausbeuterordnungen.

Und weil sie auch ohne Ausplünderung fremder Völker existierte, erreichte sie ihren bescheidenen, aber soliden Lebensstandard vor allem aus eigener Kraft, worauf viele DDR-Bürger stolz waren.

Eine Ursache der Niederlage war die weitverbreitete Auffassung von der angeblichen Überlegenheit des Imperialismus. Sind die Ausbeutung von Milliarden Menschen, der Reichtum einer schmalen Schicht bei Teilhabe fast aller Angehörigen einer Ausbeuternation an den Extraprofiten (was manche Sozialstaat nennen) ein Zeichen von „Überlegenheit“ im Vergleich mit einer auf eigenen, wenn auch noch schwachen Füßen stehenden sozialistischen Gesellschaft? Man sieht den Gurken nicht an, wer sie eingesammelt hat. Sie schmecken genauso, ob selbst gepflückt oder von „billigen“ polnischen Saisonkräften aufgelesen. Ein Automobilfacharbeiter in Südafrika (BMW, Daimler, VW) verdient ohne irgendwelche Versicherungen etwa 1 200 DM monatlich. 30 000 so Beschäftigte bringen den Konzernen einen Ex-

traprofit von mindestens 1,4 Milliarden DM pro Jahr – verglichen mit gleicher Produktion in Deutschland. Davon kann man durchaus dem „Sozialstaat“ etwas stiften, um dem eigenen Volk „Überlegenheit“ zu suggerieren. Auch heutige PDS-Politiker sind von dieser „Effizienz“ beeindruckt. Doch der relative Reichtum der Mittelschichten in Deutschland und die soziale Absicherung von Arbeitern und selbst Arbeitslosen sind nicht Ergebnisse einer „überlegenen Wirtschaftsordnung“, sondern Resultate perfektionierter Unmenschlichkeit, doppelter Ausbeutung in anderen Regionen der Welt. Die DDR hat sich nie auf so etwas gestützt. Auch deshalb muß man sie im nachhinein verteidigen.

Vielleicht beantwortet diese Sicht auf die angeblich höhere Effizienz, von der auch Gysi schwadroniert, zum Teil die Frage, warum Millionen Bürger die DDR einerseits mit Überzeugung aufbauten, ebensolche Millionen sie und sich am Ende dem Imperialismus freiwillig auslieferten. Wir kommen der Sache schon näher, wenn wir die Frage stellen: Wer hat eigentlich wann und warum die DDR verlassen? Das war zu verschiedenen Zeiten sehr unterschiedlich. Unmittelbar nach dem Krieg türmten jene, welche – z. T. durchaus berechtigt – Angst vor den „Russen“ hatten: Die großen und nicht wenige kleine Nazis begaben sich unter die Fittiche der Amis. Auch die Denunziation und Verhaftung mancher schuldlos Verdächtigter hat zu dieser Fluchtwelle beigetragen. Nach 1948 bildeten Wirtschaftsflüchtlinge, denen das Leben in „Zone“ und DDR zu armselig, der Aufbau einer neuen Gesellschaft zu mühsam war, das Gros der Weglaufenden. Diese Menschen wollten sofort am „Wirtschaftswunder“ teilhaben, wie die westliche „Überlegenheit“ damals genannt wurde. An der harten Deutschen Mark. 1952 bis 1961 kamen Groß- und Mittelbauern dazu. Sie folgten der imperialistischen Propaganda oder flohen unter dem Druck und der flachen Agitation mancher Funktionäre, entzogen sich dem Eintritt in die LPG. Ende 1959 wurde von westdeutschen Statistikern festgestellt, daß das „Wirtschaftswunder“ als Motiv die wichtigste Rolle beim Verlassen der DDR spielte. Hinzu kam gezielte Abwerbung von Spezialisten. Auch die durch die westlichen Medien systematisch geschürte Kriegspsychose veranlaßte viele, sich

in „Sicherheit“ zu bringen und zum vermeintlichen Sieger überzulaufen. Bis 1961 waren die wenigsten ausgesprochen politische Flüchtlinge, obwohl sich die meisten dafür ausgaben.

Als sich am Beginn der 70er Jahre ökonomische und soziale Probleme in der DDR stark zuspitzten und einige kommunistische Parteien nicht nur des Westens auf offen oder verdeckt antisowjetischen Kurs gingen, wuchs auch unter Intellektuellen und anderen DDR-Bevölkerungsschichten die Skepsis in bezug auf einen Sieg des Sozialismus. Ungeschicklichkeiten, Borniertheit und Arroganz mancher Leiter taten das Übrige. Reformistische Gedanken faßten innerhalb der SED Fuß. Bald war der größte Teil der Mitglieder auf den „Erneuerer“ Gorbatschow eingeschwenkt. Der Glaube an die „Überlegenheit“ des kapitalistischen Systems und das revisionistische Abgehen von Klassenpositionen bewirkten einen ideologischen Massenumschwung zugunsten des nun auf einmal für „friedensfähig“ erklärten Imperialismus. All das trug zwangsläufig zur Niederlage bei. Für mich war schon 1986/87 frappierend, wie ein beträchtlicher Teil des Volkes der DDR ein instinktives Gespür für die eingetretene negative Veränderung des Kräfteverhältnisses entwickelte und sich in relativ kurzer Zeit ideologisch mehr und mehr auf die andere Seite schlug. Nun waren alle Warnungen in den Wind gesprochen. Der naive Glaube, mit Hilfe „marktwirtschaftlicher Reformen“ – also des Kapitals – leichter zu einem besseren Leben zu gelangen, hat ja bekanntlich auch die Mehrheit der Sowjetbürger dazu geführt, von ihren Vätern Errungenes zu verachten und den Sieg über den deutschen Faschismus zu verspielen.

Warum aber haben auch die der sozialistischen Sache treu Gebliebenen die den Kapitalismus restaurierende Enteignung ihrer Wohnviertel, Ländereien und Betriebe kampflös zugelassen? Es fällt schwer, darauf präzise zu antworten. Das Wichtigste aber ist: Die Partei hatte ihre Vortrupprole aufgegeben und ihren Vertrauenskredit verloren, sie war als Ganzes gelähmt, in Auflösung begriffen. Wer noch kämpfen wollte, wartete vergeblich auf Impulse aus einer Zentrale. Die einen Führer waren bei aller Redlichkeit handlungsunfähig, die anderen – die sogenannten Reformer – gaben bewußt die falschen Signale. Das verheerendste davon hieß: Auflösung der Partei-Betriebsgruppen. Auch die sozialistische Staatsmacht befand sich in der Agonie. Unter Modrow wurde – symptomatisch dafür – das Ministerium für Staatssicherheit ersatzlos aufgelöst, während Armeen gegnerischer Agenten nun ungehindert eindringen und Schlüsselpositionen besetzten. Die sowjetischen Streitkräfte waren ja ohnehin – auf Gorbatschows Weisung – diesmal in den Kasernen geblieben, um den Moskau abgekauften „deutschen Einigungsprozeß“ nicht zu erschweren. Der Verrat grassierte. Unter diesen Umständen gab es für einen ernsthaften, erfolgreichen Widerstand keine Chance mehr. Im Gegenteil, die Gefahr eines Bürgerkrieges, der nur mit dem Sieg einer blutigen Konterrevolution hätte enden können, mußte abgewendet werden.

Norbert Pauligk



Wie die Haager Farce vor aller Augen geplatzt ist

Milosevic als Ankläger

Wenn sich Antifaschisten in den vergangenen Wochen an den Reichstagsbrand erinnern, gab es dafür zwei Hauptgründe. George W. Bush und die USA-Rüstungslobby nahmen die Attentate in New York und Washington zum Anlaß, allen den Krieg zu erklären, die sich nicht dem amerikanischen Diktat unterwerfen wollen ... Andererseits: Genau 10 Tage nach den Anschlägen – am 21. September – jährte sich zum 68. Mal der Tag des Beginns des faschistischen Schauprozesses gegen Dimitroff und Genossen, den von Göring zur Legitimierung des Terrorfeldzugs ausgewählten „kommunistischen Brandstiftern“. Unvergessen bleiben der Sieg des Hauptangeklagten über seine Ankläger, die Entlarvung der Nazi-Provokation vor der ganzen Welt. „Sie mögen uns zerbrechen, sie beugen uns doch nicht ...“, schrieb einst Karl Liebknecht.

Seitdem wollten Klassengerichte immer wieder ihnen ausgelieferte Gegner mundtot machen und moralisch wie physisch zerstören. Auch darin errang das „Reich des Guten“ die Palme der Rechtsstaatlichkeit: Als 1969 Bobby Seale, Vorsitzender der Black Panther Party, aufgrund einer zusammengezimmerter Anklage vor ein US-Gericht gezerrt wurde, ließ ihn der rassistische Richter in Ketten legen und knebeln, um ihn an seiner Verteidigung zu hindern.

Ein solches selbst Liberale empörendes Vorgehen führte bald zu technischen „Verbesserungen“: Mikrofon und Panzerglas sollten nun zu Knebeln der Angeklagten in politischen Prozessen werden. In der BRD praktizierte man das erstmals im Stammheim-Prozeß gegen die Führung der RAF. Der Vorsitzende entzog den Angeklagten, die den Widerstand gegen die USA-Aggression in Vietnam zum zentralen Thema ihrer Verteidigung machten, ebenso wie den Anwälten per Knopfdruck willkürlich das Wort oder unterbrach sie dutzendfach nach Belieben. Panzerglas ließ kaum einen Laut in den Zuhörerraum dringen. Zugleich setzten die Staatsschutzorgane auf die Wirkungen langandauernder Isolationshaft: Als offiziell bestellte Gutachter eine stark eingeschränkte Verhandlungs- und Verteidigungsfähigkeit der Angeklagten monierten, erklärte das Gericht, diese hätten ihre Situation selbst verschuldet. Und der Gesetzgeber ließ schnell eine Änderung der Strafprozeßordnung folgen, die eine Verhandlung in Abwesenheit von Angeklagten ermöglichte.

Dies alles macht verständlich, was in Den Haag gegen Slobodan Milosevic in Stellung gebracht wurde. Seine Isolationshaft dauert an. In der ersten Zeit nach der Verschleppung aus Belgrad wurde die Zelle Tag und Nacht beleuchtet, um ihn am Schlafen zu hindern. Jede seiner Bewegungen wird ununterbrochen von Videokameras überwacht. Das

war selbst so beim Besuch seines zweijährigen Enkels. Auch Milosevics Frau wurde bei dieser Gelegenheit wie eine Gefangene behandelt. Unüberwachte Anwaltsbesuche – ein Recht, das jeder verurteilte Strafgefangene hat – verweigert das „Tribunal“ unter dem Vorwand, Milosevic lehne es ja ab, sich vor Gericht verteidigen zu lassen. Sein juristische Berater, der frühere USA-Justizminister und heutige Antiimperialist Ramsey Clark, erklärte, dies alles ziele darauf ab, den Gefangenen zu brechen: „Ich habe derartige in vielen Ländern gesehen. Die Behörden versuchen, einen politischen Häftling zu desorientieren und zu schwächen, insbesondere in den ersten Phasen der Inhaftierung.“ Als Milosevic bei seiner „Anhörung“ am 30. August auch die Isolationshaft zur Sprache brachte, kam die Haager Inszenierung auf den Punkt: Anklägerin Del Ponte tippte grinsend an ihr Mikrofon, worauf Richter May als Vorsitzender Milosevic „elektro-

**„Sie mögen uns
zerbrechen, sie beugen
uns doch nicht ...“**

KARL LIEBKNECHT

nisch“ das Wort entzog. Trotz alledem haben die NATO-Juristen einen schweren Stand gegen den sicher und entschlossen kämpfenden jugoslawischen Präsidenten. Selbst CNN und BBC mußten einräumen, Del Ponte habe eine Niederlage erlitten. Zwei Jahre nach dem Krieg um das Kosovo und noch weit länger nach dem Blutvergießen in Kroatien und Bosnien hat sie keine Anklage zusammenzuzimmern vermocht. Ihr fehlen offensichtlich jegliche Beweise. Selbst der Vorsitzende rügte das und setzte der Anklägerin eine kürzere Frist, als sie verlangt hatte. Auch mit dem Ansinnen, einen Zwangsverteidiger für Milosevic zu bestellen, scheiterte Del Ponte. Ein Beisitzer mußte sie daran erinnern, daß das Statut so etwas nicht zulasse. Wird es nun abgeändert?

Milosevic verfolgte dieses Scheingeplänkel souverän und mit einem Ausdruck von Verachtung. „Sie haben die Geheimdienste und die Medien, Sie haben alles – ich habe nur die Wahrheit“, sagte er den NATO-Marionetten. Eine von ihm vorbereitete umfassendere Erklärung über die Illegitimität des Haager Tribunals abzugeben wurde dem politischen Gefangenen des Imperialismus verweigert. Die Wahrheit ist dort ebenso unerwünscht wie vor 68 Jahren in Leipzig. Doch sein Statement wurde der Welt bekannt. Darin weist Milosevic nach:

- Die UN-Charta ermächtigt den Sicherheitsrat nicht zur Schaffung eines Strafgerichtshofs. Vielmehr war diese Gerichtskreation für das frühere Jugoslawien „ein gesetzloser Akt politischer Berechnung durch die USA, zur Dämonisierung und Zerstörung eines Feindes bestimmt und zudem, um die Schaffung eines legitimen Internationalen Strafgerichtshofs zu blockieren“.

- Ein Sondertribunal, das auf ein Land zielt, geschaffen von einer internationalen politischen Macht, um ihren geopolitischen Zielen zu dienen, ist nicht zu Gleichbehandlung fähig. Es vergewaltigt grundlegende Rechtsprinzipien und verletzt vor allem das Rückwirkungsverbot.

- Das Haager Tribunal ist außerstande, fundamentale Rechte einzuhalten oder wirkliche Rechtsprechung zu gewährleisten. Es kennt keine Unschuldsvermutung bei jugoslawischen Bürgern, geht jedoch von der absoluten Unschuld seiner NATO-Auftraggeber aus.

Slobodan Milosevic hat, begründet auf internationales und nationales Recht, die ganze Illegitimität der Haager Inszenierung und seiner Entführung aus Jugoslawien entlarvt. Er hat den Hauptzweck des Geschehens bloßgelegt: Vertuschung und Rechtfertigung aller Verbrechen, die die von den USA geführte NATO in seinem Land begangen hat und begeht. So ist er zum mutigen Ankläger des imperialistischen Kriegspaktes geworden. Das kann unter den komplizierten Bedingungen der Gefangenschaft und Isolationshaft nicht hoch genug bewertet werden.

Mag die Lage auf dem Balkan seit „Pearl Harbor in Manhattan“ auch in den Hintergrund geraten sein: Jugoslawien ist seit zehn Jahren NATO-Angriffsziel, um jede Spur von Sozialismus und Selbstbestimmung aus Europa zu tilgen. Der offene und verdeckte Krieg des Aggressionspaktes in dieser Region dient insbesondere auch zur Außerkraftsetzung bzw. „Neuauslegung“ der fundamentalen Normen des Völkerrechts sowie zur weiteren Entmündigung der UNO, deren „Gewaltmonopol“ die USA an sich gerissen haben. Im Haager „Tribunal“ fand all das eine erste institutionelle Form. Seit US-Präsident George W. Bush aber die Parole „Gott mit uns“ ausgegeben und verkündet hat, „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns“, scheint selbst das Haager Pseudorecht ausgehebelt zu sein. Jetzt ist die „Auslöschung von Staaten“ anvisiert. Der Texaner im Weißen Haus hat die Katze aus dem Sack gelassen: Globalisierung – so wie er sie versteht – heißt in Wahrheit Errichtung der amerikanischen Weltherrschaft. Dem muß globaler Widerstand entgegengesetzt werden.

Werner Hoppe

Begegnungen im portugiesischen Herbst

Wo Kommunisten Kraft besitzen

Kurz vor einem der beiden Einlaßstore zum riesigen parteieigenen Gelände in der Arbeiterstadt Seixal, wo wie in jedem Jahr das Hunderttausende anziehende Fest der portugiesischen KP-Zeitung „Avante!“ stattfindet, treffen wir auf einen alten Bekannten. Es ist der Liedermacher und Sänger der Portugiesischen Revolution der 70er Jahre, der bekannte Philosophieprofessor José Barata Moura. „Was macht die Arbeit?“, frage ich den Freund, mit dem ich in bewegten Zeiten harter Klassenkämpfe so manches gemeinsam erlebt habe. „Zwei schwere Jahre liegen hinter mir“, erwidert er. „Warum?“ „Ich bin jetzt Rektor der Lissabonner Universität“, sagt er so, als sei das das Selbstverständlichste von der Welt. Und in der Tat: In Portugal besitzen die Kommunisten, deren Partei als einzige 48 Jahre Faschismus intakt überstand und 1974 an die Spitze einer bürgerlich-demokratischen Revolution trat, die weiter vorstieß als jeder andere antikapitalistische Befreiungsversuch in Westeuropa, noch immer großes Prestiges. Das Fest beweist es. Während Rock und Pop an den folgenden Tagen immer jüngere Besucher für sich einnehmen, findet am ersten Abend vor 30 000 Zuhörern ein Open-Air-Konzert des Lissabonner Sinfonieorchesters statt. Der renommierte Klangkörper spielt die 9. Sinfonie von Ludwig van Beethoven. Kein anderes Fest in Portugal ist so groß, so repräsentativ und so farbig wie dieses 25. Avante-Fest. Während sich die seit 80 Jahren bestehende PCP mit einem zentralen Pavillon, der ihre kampferfüllte Geschichte darstellt, ins Bild setzt, ist zugleich viel Platz für Kunst und Kultur. Da signiert der Kommunist und Nobelpreisträger José Saramago im geräumigen Literaturzelt sein jüngstes Buch und endlose Schlangen bilden sich. Und da findet wieder die begehrte Biennale statt, auf der die besten Maler, Grafiker und Bildhauer des Landes ihr Können zeigen. Da gibt es Hunderte Verkaufsstände und Restaurants der regionalen Parteioorganisationen, aber es fehlt der kapitalistische Kommerz, der beim Pressefest der französischen „Humanité“ ein an Konzerne vermietetes Drittel des Geländes beansprucht.

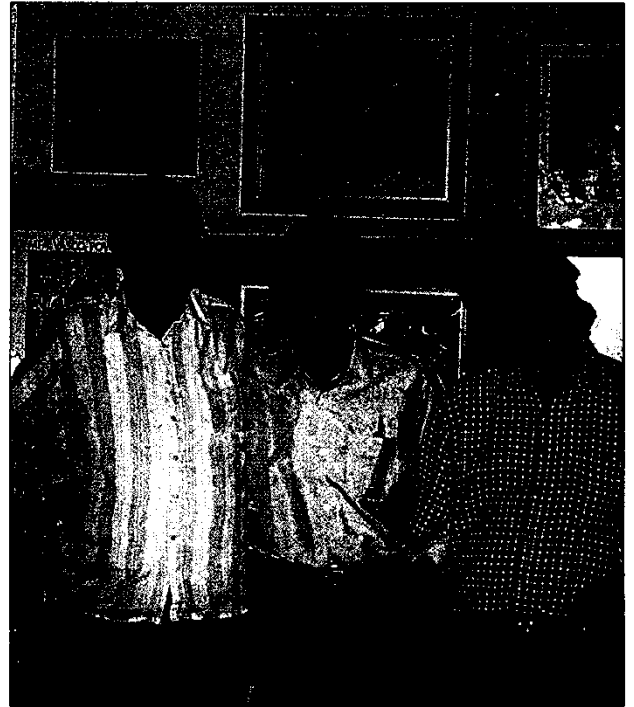
Der internationale Bereich hält viele Überraschungen bereit. Vor allem kommunistische Parteien aus Lateinamerika und die Freunde der portugiesischen Genossen aus afrikanischen Ländern offerieren ein erlesenes Volkskunstangebot. Recht kümmerlich hingegen die Stände aus Deutschland. DKP und PDS wußten in vergangenen Jahren besseren Rat. Muß man einen in die Landessprache übersetzten Gruß an portugiesische Festbesucher verteilen, der – wie bei der DKP – schon drei Jahre alt ist?

Und während allenthalben Musikgruppen aus dem Alentejo, dem Ribatejo und dem Nor-

den des Landes ihr Publikum finden, suchen wir das politische Gespräch mit Genossen, die in der Revolutionszeit Verantwortung trugen. So mit Carlos Costa, der 15 Jahre im faschistischen Kerker zubrachte, Jahrzehnte der Politischen Kommission des ZK der PCP angehörte und jetzt in der Kontrollkommission der Partei arbeitet. Wir gratulieren ihm dazu, daß sich Álvaro Cunhal und die Marxisten-Leninisten auf dem 16. Parteitag im vergangenen Dezember klar gegen die revisionistischen Erneuerer durchgesetzt haben. Noch sei die Sache nicht gänzlich ausgestanden, deutet er an. Auch bei der Begegnung mit General Vasco Gonçalves, der 1974/75

Portugals Ministerpräsident und ein entschiedener Verfechter der Revolution war, wird dieses Thema aufgeworfen. Wir sind bei der Familie Gonçalves zum Abendessen eingeladen. Stolz erzählt der Hausherr, Fidel Castro habe ihn anlässlich seines 80. Geburtstages mit dem Orden Playa Giron ausgezeichnet. Auch hier geht es dann zur Sache. Die „Erneuerer“ stünden in der Partei gegen die „Orthodoxen“, berichtet Gonçalves, aber die Opportunisten seien in der Minderheit. Ganz nebenbei verweist er auf seine enge persönliche Freundschaft zu Álvaro Cunhal. Dieser, inzwischen 88, hat erst vor kurzem zwei neue Bücher herausgebracht: Das eine behandelt die Revolution, das andere ist ein Roman von Manuel Tiago. Cunhals Pseudonym kennt inzwischen jeder.

Obwohl sich Lissabon in den letzten Jahren, nicht zuletzt im Zusammenhang mit der Weltausstellung 1998, gewaltig verändert hat – so wurde z. B. das kommunale Verkehrsnetz von S- und U-Bahn beeindruckend ausgebaut – ist es den Rechten (darunter den sozialistischen Führern) nicht gelungen, im Zuge der „Modernisierung“ die PCP auszu-schalten. Das Gegenteil ist der Fall. Noch immer regiert eine Koalition aus Sozialisten und Kommunisten die portugiesische Hauptstadt, stellt die PCP Dutzende Landräte und Bürgermeister großer Kommunen. Und bei der kommunistisch geführten Gewerkschaftszentrale CGTP-Intersindical erfahren wir, daß ihr 85 % der auf eine Million geschätzten „Organisierten“ angehören. Der Gegenzentrale UGT bleibt nur ein schmaler



Bei General Vasco Gonçalves (Mitte) Links: K. Steiniger, rechts: P. Wegner (Foto: Bruni Steiniger)

Rest. Aber auch das ist aufschlußreich: Die EU hat gewaltige Gelder in den südeuropäischen Staat gepumpt, um eine zweite Nelkenrevolution „auszuschließen“. Die Arbeitslosigkeit konnte auf 3,5 % abgesenkt werden. Heute ist Portugal sogar Einwanderungsland. Neben Hunderttausenden Bürgerkriegsflüchtlingen aus Afrika gibt es rund 200 000 „Gastarbeiter“, vor allem aus der Ukraine, Moldava und Rumänien.

Unsere kurze Reise klingt mit einem Abstecher ins Land aus. Zwei Helden des Widerstandskampfes begleiten uns nach Peniche, in dessen mittelalterlicher Festung einst führende Kommunisten gefangengehalten wurden. Im Januar 1960 flohen Álvaro Cunhal und neun weitere Führer der KP unter Begleitung eines Wachpostens auf dramatische Weise aus dem Verlies. Der frühere „Avante!“-Direktor António Dias Lourenço, zuvor selbst aus Peniche ausgebrochen und am Ende, nach nochmaliger Verhaftung, 17 Jahre Gefangener der Faschisten, organisierte als Sekretär des illegalen ZK diese Flucht. António Tereso, der jetzt auch mit dabei ist, brachte als Chauffeur des Zuchthausdirektors von Caxias mehrere führende Genossen in einer gepanzerten Limousine, die Hitler Portugals Diktator Salazar zum Geschenk gemacht hatte, in die Freiheit.

Übrigens – wir haben natürlich auch die Haie im berühmten Ozeanarium der Lissabonner Weltausstellung angeschaut und beim Blick in ihre kalten Gesichter festgestellt: Haie in Menschengestalt, die es auch in Portugal gibt, sind viel gefährlicher. Klaus Steiniger

Über Revolution und Konterrevolution in Afghanistan

Verblaßte Morgenröte

Der afghanische Autor Dr. Matin Baraki, Lehrbeauftragter für Internationale Politik an den Universitäten Marburg, Münster und Kassel, schrieb den folgenden Beitrag vor dem 11. September 2001 für unsere Zeitung.

Nach der UNO-Definition von 1971 gehörte Afghanistan zu den 25 am wenigsten entwickelten Ländern. Auf einer Fläche von 652 660 Quadratkilometern – das Zweieinhalbfache der ehemaligen BRD – lebten ca. 17 Millionen Menschen unter feudalen bzw. vorfeudalen Verhältnissen. Etwa 5 % Großgrundbesitzer verfügten über rund 50 % des Bodens, im Norden des Landes sogar 2 % über 70 %. Annähernd 85 % der Bevölkerung lebten als Bauern, Landarbeiter, Tagelöhner, Viehzüchter usw.; teilweise existierte noch Leibeigenschaft; die Großgrundbesitzer unterhielten eigene Gefängnisse. Etwa 97 % der Afghanen – bei Frauen lag die Quote noch darüber – konnten weder lesen noch schreiben. Eine Arbeiterklasse im eigentlichen Sinne gab es nicht. Erst nach der Aprilrevolution 1978 sprach man von 5 % Werktätigen in der afghanischen Industrie. Wegen der hohen Analphabetenrate und der Herkunft der Arbeiter – sie entstammten der Schicht der von Landflucht betroffenen Handwerker und Bauern, die eng mit dörflichen Traditionen und der Religion verbunden waren – kann von einem Klassenbewußtsein der Proletarier nicht ausgegangen werden.

Die Demokratische Volkspartei Afghanistans (DVPA) wurde am 1. 1. 1965 in der Illegalität gegründet und hatte vor der Revolution ca. 18 000 Mitglieder. Diese rekrutierten sich hauptsächlich aus städtischen kleinbürgerlichen Intellektuellen mit vagen Vorstellungen von marxistischer Theorie. Die der DVPA angehörenden Offiziere der Streitkräfte hatten 1973 gegen die Monarchie geputscht und dem früheren Ministerpräsidenten Daud zur Macht verholfen. Nachdem dieser aber die linken Kräfte Schritt für Schritt aus allen wichtigen Positionen entfernt hatte und im Frühjahr 1978 zur offenen Repression gegen die Spitze der DVPA überging – er ließ die gesamte Parteiführung bis auf wenige Ausnahmen verhaften, ein führender Funktionär wurde sogar auf offener Straße ermordet – stürzte das Militär am 27. April 1978 das Daud-Regime durch einen Aufstand. Die Offiziere befreiten die Parteiführung und übertrugen ihr die Leitung des Staates. Um die feudalen und halbfeudalen Strukturen aufzubrechen, begann die Revolutionsregierung sofort mit der Einleitung und Umsetzung von Maßnahmen wie der Bodenreform, der Regelung von Ehe- und Scheidungsangelegenheiten, der Alphabetisierung. Dabei sind gravierende Fehler begangen worden, weil die sozialen und ge-

sellschaftlichen Bedingungen Afghanistans unberücksichtigt blieben. So wurde eine teilweise Zwangs-Alphabetisierung angeordnet, bei der Mädchen und Frauen gemeinsam mit Männern an den Kursen teilzunehmen hatten. Bei der Umsetzung der Bodenreform waren die Bauern weder politisch noch materiell darauf vorbereitet worden; überdies hatte man die Stammesstrukturen außer Acht gelassen. Da die Großgrundbesitzer oft auch Stammesführer sind bzw. zur höheren Geistlichkeit gehören, ist es sehr problematisch, ihr Land an die Stammesmitglieder zu verteilen.

Schwerwiegende Folgen hatte die Tatsache, daß sämtliche Regierungsfunktionen an Parteimitglieder vergeben wurden, ohne Rücksicht auf deren Qualifikation. Auch strebte man – entgegen den im Parteiprogramm formulierten Grundsätzen – kein breites Bündnis der nationaldemokratischen Kräfte an. Von den Errungenschaften der Revolution haben im wesentlichen zwei Bevölkerungsgruppen profitiert: die Handelsbourgeoisie und die Frauen. Um dem ökonomischen Boykott der kapitalistischen Staaten gegen die Demokratische Republik Afghanistan zu begegnen, wurden die Händler massiv unterstützt. Durch die Neuregelung der Ehe- und Scheidungsangelegenheiten verbesserte sich die Lage der Frauen spürbar. Die Alphabetisierungskurse sowie weitere Bildungsmaßnahmen, die bis zum Auslandsstudium u. a. in der DDR reichten, können trotz der genannten Probleme als eine Revolution im Leben der afghanischen Frauen bezeichnet werden. Sie traten ins Erwerbsleben ein und eroberten als Lehrerinnen, Ärztinnen, Anwältinnen, in der Verwaltung, in Radio und Fernsehen nach und nach Positionen in einer bis dahin ganz von Männern dominierten islamischen Gesellschaft. Bis zu 80 % der Stellen in Erziehung und Bildung, bis zu 70 % im Gesundheitswesen, in den Massenmedien und in der Verwaltung hatten sie inne. Als weiteres positives Ergebnis der revolutionären Veränderungen und Ereignisse läßt sich eine nie dagewesene Politisierung der Bevölkerung konstatieren.

Aber Fehler und Fehlentwicklungen und die kurz vor der Revolution nur formal beendete Spaltung der Partei haben ohne Zweifel zur Stärkung der Konterrevolution beigetragen. Schon Ende 1979 war die Lage der Regierung so hoffnungslos, daß sowjetische Militärhilfe unumgänglich schien, um aus Afghanistan kein zweites Chile werden zu lassen. Mit dem sowjetischen Militärengagement seit dem 27. 12. 1979, basierend auf Art. 4 des afghanisch-sowjetischen Freundschaftsvertrages und Art. 51 der UN-Charta, gewann der innerafghanische Konflikt eine neue Qualität. Er wurde internationalisiert und die Konterrevolution erhielt – zunächst

verdeckt, später ganz offen – von den meisten westlichen Ländern, darunter der BRD, und deren regionalen Verbündeten Unterstützung. In seinen unlängst erschienenen Memoiren gab der ehemalige CIA-Direktor Robert Gates zu: „Die amerikanischen Geheimdienste haben den afghanischen Modjahedin sechs Monate vor der sowjetischen Intervention zu helfen begonnen.“ Am 3. Juli 1979 unterzeichnete Präsident Carter die erste Direktive über die geheime Unterstützung für die Islamisten. Von da an wurden unter der Regie der CIA und ihres pakistanischen Pendants Inter Service Intelligence (ISI) die Islamisten zu bewaffneten schlagkräftigen Organisationen umstrukturiert. Der Führer der Islamischen Partei, „Gulbuddin Hekmatjar, der für alle wichtigen Geheimdienste dieser Welt arbeitete und Tausende Menschenleben auf dem Gewissen hat“, war der Favorit von CIA/ISI unter den sieben aus Pakistan operierenden islamischen Gruppen. Ebenfalls dem „Spiegel“ zufolge sind die Islamisten in den ersten zehn Jahren des Bürgerkrieges in Afghanistan offiziell mit „mehr als zwei Milliarden US-Dollar hochgerüstet worden“. Allein „seit 1987 wurden von den USA jährlich über 65 000 Tonnen Waffen nach Afghanistan gebracht“. Der Löwenanteil dieser todbringenden Unterstützung, nämlich „60 % der jährlich bis zu 700 Millionen Dollar US-Hilfe für den afghanischen Widerstand“, ging bis Ende 1991 über den ISI an Hekmatjar.

Von der Umorientierung der sowjetischen Außenpolitik unter Gorbatschow blieb auch der Afghanistan-Konflikt nicht unberührt. Zunächst wurde B. Karmal, seit Ende Dezember 1979 Staats- und Parteichef, dessen Politik Moskau nun als Hemmnis für eine Konfliktlösung betrachtete, am 5. Mai 1986 als Generalsekretär der DVPA und am 21. November desselben Jahres von allen anderen Funktionen entbunden. An seine Stelle trat Dr. Nadjibullah, zuvor Leiter des Staatlichen Nachrichtendienstes, als Vorsitzender des Revolutionsrates und Generalsekretär der DVPA. Damit leitete man auch die Sozialdemokratisierung der DVPA entsprechend den Vorstellungen Gorbatschows ein. Ein zweiter Schritt war der Abzug der sowjetischen Armee aus Afghanistan, der am 15. 2. 1989 abgeschlossen wurde. Aufgrund der neuen Lage glaubten die Modjahedin und ihre internationalen Verbündeten, ihre Stunde wäre gekommen, die nun alleinstehende afghanische Armee zu schlagen und die ungeliebte Regierung in Kabul hinwegzujagen. Doch das war ihnen bekanntlich bis zum Frühjahr 1992 noch immer nicht gelungen. Hätten die Modjahedin zumindest ihren „Regierungssitz“ nach Afghanistan verlegen können, wären sie von den westlichen Staaten und deren regionalen Verbündeten



Afghanistan bedroht die Welt! Aus: „Solidaire“, Brüssel

international anerkannt worden – mit allen völkerrechtlichen Konsequenzen. Sogar als Präsident Nadjibullah sein Amt zur Disposition stellte, um zu einer politischen Lösung des Konflikts im Sinne des UN-Plans beizutragen, kam es zu keinerlei Fortschritten. Eine entscheidende Wende trat ein, als Teile der Partei-, der Staats- und der Armeefunktionäre seine Weisungen nicht mehr befolgten. Hier sei besonders die Parteigruppierung um Außenminister Abdul Wakil und den Milizführer Abdul Raschid Dostum hervorgehoben, der heute noch in der „Nordallianz“ eine Rolle spielt. Sie hinderten Nadjibullah an der Ausreise, so daß er in die Kabuler UN-Vertretung flüchtete. Die neue Führung der DVPA um A. Wakil und Nadjibullahs Nachfolger A. R. Hatef beschloß, die Macht an die Modjahedin zu übertragen, was im April 1992 geschah. S. Modjadedi, der Exilpräsident der Modjahedin, wurde erster Präsident des Islamischen Staates Afghanistan. Der vom Volk heißersehnte Frieden kehrte aber mit dieser Machtübertragung nicht zurück. Wegen der Priorität eigener politischer und ökonomischer Interessen erwiesen sich die Islamisten außerstande, das Land gemeinsam zu regieren. Im Gegenteil, der Krieg wurde im wahrsten Sinne des Wortes gegen das afghanische Volk und unter den Islamisten selbst mit einer nie dagewesenen Brutalität fortgesetzt. Kabul und die anderen großen Städte versanken in Schutt und Asche. Beobachter sprachen so-

gar von der Einäscherung Kabuls. Was von der Metropole Afghanistans noch übrigblieb, wurde in sechs Einflußbereiche der verschiedenen islamistischen Gruppen zerlegt. Deren Grenzen verminte man. Die Stadt wurde solange bombardiert, bis sie nur noch aus Ruinen bestand. Die fassungslose Bevölkerung konnte nicht begreifen, warum ausgerechnet die glühenden Verteidiger des zuvor angeblich so gefährdeten Islam nun einen gnadenlosen Krieg gegeneinander führten. Die Modjahedin brachten daraufhin die „Nationalitäten-Karte“ ins Spiel. Fortan wurde unter der Flagge des Stammes bzw. der Volksgruppe weitergekämpft, ohne daß die Modjahedin auch nur die geringste Perspektive besaßen, den Auftrag ihrer internationalen Schutzherrn erfüllen zu können: die völlige Kontrolle des Landes und die Öffnung der Handelswege von Pakistan nach Mittelasien sicherzustellen. Dieses historische Versagen der Islamisten stand in krassstem Widerspruch zu den politisch-ökonomischen Interessen ihrer ausländischen Auftraggeber. Sie wollten ein eng mit den USA- und Pakistan kooperierendes Regime, das dazu in der Lage war, stabile politische Verhältnisse zu schaffen, um die Vorstellungen des amerikanischen und pakistanischen Kapitals umsetzen zu können.

Das Versagen der Modjahedin war die Geburtsstunde der Taliban als organisierte Kampfseinheit auf dem Kriegsschauplatz Afghanistan. Obwohl sie erst im September

1994 öffentlich auftauchten, waren sie bereits 1985/86 von General Aslam Beg, dem ehemaligen Generalstabschef Pakistans, im Nordosten Afghanistans als Kampftruppe formiert worden. Dort hatte man sie an den „Madrasahs“ – den islamistischen Schulen – religiös-fundamentalistisch und militärisch ausgebildet. Rekrutiert wurden die meisten aus den Reihen der Waisenkinder Afghanistans, die sich in Flüchtlingslagern auf pakistanischem Boden befanden. Die Taliban wurden zunächst unter unmittelbarem Kommando der pakistanischen Armee und des ISI nach Bedarf bei verschiedenen Modjahedin-Gruppen eingesetzt. General Beg zufolge sind die Madrasahs „großzügig von den Regierungen Pakistans und Saudi-Arabiens und vielleicht der USA finanziert worden“. Die afghanische Bevölkerung, die mit jeder neuen Gruppierung die Hoffnung auf Frieden verband, ist inzwischen davon überzeugt, daß die Taliban Marionetten Pakistans sind. In Afghanistan werden viele Sprachen gesprochen, von den beiden Hauptsprachen Dari und Pashto beherrschen die Taliban-Kommandanten aber nur einen ganz bestimmten Dialekt des Pashto, und im Falle einer Besprechung mit der Bevölkerung muß ein afghanischer Dolmetscher herangezogen werden. Ohne direkte Beteiligung der pakistanischen Armee wäre die Eroberung fast ganz Afghanistans durch die Taliban niemals zustande gekommen.

Obwohl sich die Taliban und ihre Gegner aus der (heute von den USA und der NATO massiv unterstützten und ins Feuer geschickten – d. R.) „Nordallianz“ – Rabbani und der kürzlich einem Attentat zum Opfer gefallene Massud, Milizführer Dostum und die schiitische Gruppe Hezbe Wahdat – mehrfach getroffen und bereits auf die Grundprinzipien einer vereinten und repräsentativen Regierung geeinigt hatten, setzten sie die bewaffneten Auseinandersetzungen verstärkt fort.

Afghanistan hätte eine Perspektive, wenn es gelingen würde, eine zivile Regierung auf breiter Basis unter Berücksichtigung der Vielvölkerstaatlichkeit des Landes und der existierenden bewaffneten Gruppierungen zu bilden. Eine solche politische Lösung käme aber nur zustande, wenn die ausländische Einmischung, die den Afghanistan-Konflikt lenkt, ein Ende fände. Unter der Federführung der UNO oder – noch besser – der Nichtpaktgebundenen Staaten, deren Mitglied Afghanistan noch immer ist, könnten Bedingungen für einen zivilen Aufbau geschaffen werden. Die Aufgabe, Afghanistan wieder bewohnbar zu machen, wäre immens und ohne beträchtliche internationale Hilfe – z. B. bei der Räumung von 10 bis 11 Millionen Landminen – gar nicht zu bewältigen. Angesichts der Verantwortung der BRD für die indirekte Mitwirkung an der Zerstörung Afghanistans durch jahrzehntelange Unterstützung der Modjahedin ist die Bundesregierung moralisch wie politisch verpflichtet, bei einem Wiederaufbau des Landes tatkräftig mitzuwirken.

Jiang Zemin zur erweiterten Mitgliederstruktur der KP Chinas

Antwort auf Fragen

Der UZ (20. 7. 2001) stellte ich eine Kurzfassung vor allem des ersten Teils der Rede von Jiang Zemin, Generalsekretär der KP Chinas und Präsident der VRCh, zur Verfügung, die er aus Anlaß des 80. Jahrestages der Gründung der Partei der chinesischen Kommunisten am 1. Juli 2001 gehalten hat. In Anbetracht der in der DKP geführten Programmdebatte wählte ich dabei vor allem jene Passagen aus, in denen die Erfahrungen der heute 64,5 Millionen Mitglieder zählenden KP Chinas beim Kampf um die Eroberung, Ausgestaltung und Sicherung der politischen Macht sowie die hauptsächlichen Ziele für den weiteren Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in der Volksrepublik China dargelegt worden sind.

Nun wurden mir durch die „RotFuchs“-Redaktion besorgte Fragen einer Reihe von Lesern übermittelt, ob im Gefolge der sozialistischen Marktwirtschaft und durch die in Betracht gezogene Aufnahme bestimmter Personen aus den Mittelschichten in die Partei nicht die Wiederherstellung des Kapitalismus begünstigt werden könnte.

Ich will darüber nicht spekulieren. Doch wenigstens drei Tatsachen sind mir bei meinem diesmal längerwährenden Aufenthalt in Peking deutlich geworden: Erstens leben und entwickeln sich die VR China und ihr riesiges Volk in erstaunlichem Maße, wobei die KP die wichtigste politische Kraft ist. Zweitens wären die bemerkenswerten praktischen Erfolge ohne die 1978 getroffene Entscheidung für das gesellschaftspolitische Konzept Deng Xiaopings nicht erreicht worden. Die VR China und deren sozialpolitische Ordnung hätten sich 1989 der Konterrevolution möglicherweise kaum widersetzen können und das vergangene Jahrzehnt nicht überlebt. Denn die VR China ist heute de-

facto der strategische Hauptfeind der imperialistischen Kräfte mit den USA an der Spitze, auch wenn sie diese nicht als „Schurkenstaat“ bezeichnen. Drittens sollten Mittel- und Westeuropäer angesichts der völlig anderen Bedingungen, unter denen die in China lebenden 23 % der Erdbevölkerung den Alltag zu meistern haben, mit ihren „Empfehlungen“ klugerweise zurückhaltend sein. Was aber die Besorgnisse von „RotFuchs“-Lesern betrifft, mit dem Sozialismus in China könne etwas schiefgehen, so sind diese sicher – vor allem angesichts der selbstgesammelten schlechten Erfahrungen – von dem Wunsch bestimmt, daß das sozialistische China auch weiterhin gedeihen möge. Selbstverständlich gibt es keine Garantie für das Gelingen jenes großen Plans zur Errichtung der Grundlagen des Sozialismus bis zum Jahre 2050, den der 15. Parteitag der KP Chinas 1997 beschlossen hat. Die Partei tritt mit jeder weiteren Entscheidung absolutes „Neuland“. Noch nie hat eine KP vor so gigantischen Aufgaben gestanden.

Ich übermittle als „Antwort“ auf viele Fragen nachfolgend weitere Passagen aus der anfangs genannten Rede Jiang Zemins als Information.

Nach der Feststellung, im Wirtschaftssystem der VRCh spiele das Volkseigentum die „Hauptrolle“ und „viele andere Eigentumsarten“ existierten im Rahmen der sozialistischen Marktwirtschaft „für die gemeinsame wirtschaftliche Entwicklung“, erklärte der Generalsekretär und Staatschef: „Die Arbeiterklasse ist in China stets die fundamentale Kraft, die die Entwicklung der fortschrittlichen Produktivkräfte vorantreibt. Unsere Partei muß die Wesenszüge der Arbeiterklasse als Vorkämpferin konsequent beibehalten ...“. Die KP Chinas sei „ein Pro-

dukt der Verbindung des Marxismus-Leninismus mit der chinesischen Arbeiterbewegung“. Jiang Zemin sagte dann wörtlich: „Seit Beginn der Reform und Öffnung sind neue Änderungen in der Zusammensetzung der gesellschaftlichen Schichten in unserem Land eingetreten. Es gibt neue gesellschaftliche Schichten wie Gründer und Techniker von nichtstaatseigenen Unternehmen für Wissenschaft und Technik, bei Unternehmen mit ausländischem Kapital angestelltes Verwaltungspersonal und technisches Personal, Selbständige, Privatunternehmer und Angestellte bei Maklerinstituten sowie Freiberufler. Viele Menschen wechseln häufig die Arbeitsstellen in Betrieben verschiedener Eigentumsformen, in verschiedenen Branchen und Regionen. Beruf und Status ändern sich oft. Diese Änderungen werden sich noch fortsetzen. Gemäß dem Leitprinzip, den Richtlinien und der Politik der Partei haben die meisten Mitglieder der neuen gesellschaftlichen Schichten durch ihre redliche Arbeit und legale Geschäftsführung zur Entwicklung der Produktivkraft der sozialistischen Gesellschaft und anderer Unternehmungen beigetragen. Sie sind zusammen mit den Arbeitern, Bauern, Intellektuellen, Kadern, Offizieren und Soldaten der Volksbefreiungsarmee Werk tätige, die den Sozialismus chinesischer Prägung aufbauen.“

Es sei ein Hauptkriterium für die Aufnahme neuer Parteimitglieder, ob sie sich bewußt für die Richtlinien der KP und das Parteiprogramm einsetzen, ob sie den Bedingungen eines Parteimitglieds entsprächen. Die Parteimitglieder, die aus den Reihen der Arbeiter, Bauern, Intellektuellen, Armeeingehörigen und Kader kämen, bildeten die „fundamentalen Bestandteile und das Rückgrat der Partei“. Gleichzeitig sollten auch „vorzügliche Menschen aus den anderen Bereichen der Gesellschaft, die das Parteiprogramm und -statut anerkennen und sich bewußt dafür einsetzen“, in die KP aufgenommen werden, „wenn sie nach langer Erprobung den Bedingungen entsprechen“.

Es sei „kein ausreichendes Kriterium zur Beurteilung von politischer Fortschrittlichkeit oder Rückständigkeit von Menschen, ob sie Eigentum haben und wieviel sie haben“. Vielmehr solle man ihr politisches Denken und ihr wirkliches Verhalten bewerten und darauf achten, wie sie das Eigentum erworben haben, wie sie darüber verfügen und wie sie es anwenden.

Ich habe vor allem den chinesischen Parteiführer hier selbst zu Wort kommen lassen, weil ich das für den korrektesten Weg halte, sich ein Bild von der Entwicklung zu machen. Mögen jene, die ihre besorgten Fragen an den „RotFuchs“ richteten, über die Erläuterungen des Genossen Jiang Zemin selbst nachdenken.

Eike Kopf, Peking

Vor Volksabstimmung in Wolgograd?

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ berichtete, der Gouverneur des Gebiets Wolgograd, Nikolai Maksjuta, habe vorgeschlagen, der Stadt Wolgograd wieder den Namen Stalingrad zu geben, den sie zwischen 1925 (vorher: Zarizyn) und 1961 trug. Der Verwaltungschef beziehe sich auf eine Petition russischer Kriegsveteranen-Verbände. Präsident Putin habe dem Gouverneur empfohlen, die Bevölkerung des Gebiets über den Namen der Stadt abstimmen zu lassen. Aus Kreisen der KP der Russischen Föderation verlautete, die Partei spreche sich für eine Rückbenennung aus, da die Schlacht um Stalingrad einer der großen Siege in der wechselvollen Geschichte der Sowjetunion gewesen sei. Russische Zeitungen verweisen auf das Bizarre der derzeitigen Situation: Während in Westeuropa zahlreiche Straßen und sogar eine Pariser Metro-Station den Namen „Stalingrad“ trügen, verzichte man im Land der Stalingrader Schlacht auf die historische Benennung.

R. F.

Ein aufschlußreicher Beitrag der ungarischen Zeitschrift „Dialektika“

Russischer Emigrant – sowjetischer Patriot

In der April-Nummer des Jahres 1997 stellen wir unseren Lesern Alexander Sinowjew vor. Der weltweit bekannte russische Spezialist für mathematische Logik plante in seiner Jugend ein Attentat auf Stalin. Er kam dafür ins Gefängnis und wurde anschließend unter Polizeiaufsicht gestellt. Am Großen Vaterländischen Krieg nahm Sinowjew als Freiwilliger der Roten Armee teil, wurde verwundet und mehrfach ausgezeichnet. Dennoch setzte er nach dem Kriege seine sowjetfeindliche Tätigkeit fort. Deshalb wurde er 1976 aus der UdSSR ausgewiesen, nachdem ihm Moskau die sowjetische Staatsbürgerschaft entzogen hatte. Er übersiedelte mit seiner Familie in die BRD.

Sinowjew erkannte das wahre Gesicht der Emigration und machte persönliche Erfahrungen mit dem Kapitalismus. So lernte er sein einstiges Vaterland, die Sowjetordnung, den Sozialismus schätzen. Seine Meinung verheimlichte er nicht. In seinem Buch „Katastroika“ zeichnete er ein authentisches Bild von der katastrophalen „Perestroika“, vom Verrat Gorbatschows. Er wurde zwar kein Kommunist, aber er achtet und ehrt auf richtig die echten Kommunisten.

„Von den wahren Kommunisten der Vergangenheit sind nur sehr wenige übriggeblieben, die neuen haben sich noch nicht gezeigt“, schrieb er 1996. „Aber sie werden ganz gewiß als die wesentlichen Faktoren der Geschichte in Erscheinung treten.“

Kürzlich, als er Moskau besuchte, gab Sinowjew der Zeitung „Trud“ ein Interview. Hier einige Ausschnitte:

Was ist Ihre Meinung zu Reformern und Dissidenten?

Vor dem Gesetz und vor der Wahrheit sind Ihre Helden nicht einmal aus der Ferne Heilige! Sie werden vom Ausland gut bezahlt, ob in Rubel oder Dollar. Es ist kein schlechtes Geschäft, Reformen oder Dissident zu sein. Sie haben also eine andere Meinung von der Sowjetepoche als diese?

Ich betrachte die Sowjetepoche als den Gipfelpunkt der russischen Geschichte. Ich bin kein Apologet des Kommunismus. Aber ich sage, daß diese Epoche unglaubliche Ergebnisse gebracht hat. Noch manche künftige Generation wird diese Epoche mit Bewunderung erwähnen, sie wird nicht glauben, was für unvorstellbare Schwierigkeiten überwunden werden mußten, was für Anstrengungen notwendig waren, um diese Leistungen zu vollbringen, welche Sabotage und Verrat zu vereiteln suchten.

Warum wurden Sie Gegner Stalins, wie gelangten Sie ins Gefängnis?

Ich wurde 1939 verhaftet. Ich war Terrorist. Damals existierte keine solche Ordnung, mit der ich zufrieden gewesen wäre. Den Kapitalismus kannte ich nicht näher, ich besaß kei-

ne Grundlage für einen glaubwürdigen Vergleich. Jetzt sehe ich bereits, daß für jeden die gleiche Möglichkeit zur Erreichung seiner Ziele eher in der Sowjetordnung gegeben war als im Kapitalismus. Der Sozialismus ist mindestens so gut, aber unter den wichtigsten Aspekten besser als der Kapitalismus. **Womit erklären Sie, daß die Sowjetordnung ohne einen einzigen Schuß gefallen ist?**

Nicht wegen ihrer Lebensunfähigkeit brach sie zusammen, sondern wegen der Verräter, die mit einem mächtigen äußeren Feind gemeinsame Sache machten. Der Zusammenbruch ging fast ohne einen einzigen Mucks vonstatten, weil die KPdSU-Elite den systematischen Ausverkauf des Sozialismus betrieben hatte. Die Menschen haben bis zum heutigen Tage nicht begriffen, daß keineswegs nur der Kommunismus zusammenbrach, sondern auch Rußland als Staat. Dies ist der größte Schlag, den uns der Weltimperialismus und der innere Feind versetzt haben. Wenn wir nichts anderes in Betracht ziehen als das Tempo des Rückgangs der Bevölkerung, den wachsenden Rauchgiftverbrauch und den Alkoholismus ... der moralische und geistige Verfall des sowjetischen Volkes ist in vollem Gange. Er ist das Hauptziel des Imperialismus, der sich bemüht, ei-

nen potentiellen Konkurrenten zu vernichten.

Wie denken Sie über Rußlands Zukunft?

Im Augenblick sehe ich keinerlei strahlende Zukunft. Die Existenz Rußlands und des ganzen russischen Volkes stehen auf dem Spiel. Unsere Feinde sind sehr stark. Sie sind auch klug – und sie haben keinerlei Gewissen. Unsere Verluste übertrafen bereits die Verluste des Großen Vaterländischen Krieges. Die Frage lautet: Wann werden wir endlich die Wahrheit begreifen, wann beginnen wir den Kampf um die Wiederherstellung? Dennoch, was können wir erwarten?

Im Leben geschieht vieles, was nicht vorhergesehen werden kann. Im Kriege erschien die Lage etliche Male hoffnungslos, und es war kein Licht zu erblicken. Dennoch siegen wir. Letztendlich hängt alles von der Entschlossenheit des Volkes und von seinem Kampfwillen ab.

Was denken Sie, kann die Sowjetunion wiederhergestellt werden?

Ich bin ein Sowjetmensch. Die Sowjetunion ist mein Vaterland. Was könnte ich anderes sagen. Ich werde dafür kämpfen, wie ich es auch im Kriege tat.

Übersetzung aus dem Ungarischen von Eberhard Kornagel

Wie ein blühendes Land heruntergewirtschaftet wurde

Die Ukraine am Bettelstab

Die Ukraine beging unlängst den 10. Jahrestag ihrer „Selbständigkeit“. Dazu hat übrigens Herr Manfred Schünemann, den wir noch als DDR-Konsul in der Ukrainischen Sowjetrepublik erlebten, eine größere Abhandlung im ND veröffentlicht, in der er zwar mitteilte, die Bevölkerung habe damals zu 90 % für die Unabhängigkeit gestimmt (nachdem sich die Zerschlagung der UdSSR bereits vollzogen hatte), aber verschweigt, daß noch 1990 in einem Referendum 95 % aller Bürger der Sowjetunion für den Erhalt der UdSSR votiert hatten.

Ein Brief von Sergej Wlassow aus Kriwoi Rog an die Zeitung „Sowjetskaja Rossija“ verweist in komprimierter Form auf eine Reihe von erschütternden Tatsachen, aus denen sich die Entwicklung dieses 50 Millionen Einwohner zählenden Staates seit 1991 ablesen läßt. Hier ein Auszug:

„Analytiker meinen, daß von 26 Millionen Ukrainern im arbeitsfähigen Alter nur 18 Millionen, also 69 %, einen Arbeitsplatz haben, zwei Drittel davon nicht einmal mit vollem Arbeitstag ... Der Reallohn betrug im Jahre 2000 gerade einmal 16 % des Einkommens von 1990 ... Das Lebensniveau in der Ukraine ist heute mit Namibia, Simbabwe, Sierra Leone zu vergleichen ... Über 140 allgemeinbildende Schulen wurden geschlossen, mehr als 200 000 Kinder lernen überhaupt nicht ... Allein 1999 wurden 18 900 Lehrerstellen gestrichen ... Im Lande gibt es nicht einmal mehr eine ein-

fache Reproduktion der Einwohnerzahl: In den Jahren der Regierung von Präsident Kutschma verringerte sich die Bevölkerung um 2,4 Millionen...“

In Anbetracht der Tatsache, daß die Ukraine als Kornkammer Europas galt, sind folgende Zeilen besonders erschreckend: „Seit der Machtübernahme durch den heutigen Präsidenten wurden die Investitionen auf dem Lande auf 5,6 % reduziert, in der Verarbeitung von Produkten und in der sozialen Sphäre auf 14,3 % und in der eigentlichen Landwirtschaft auf unter 5 %. Auf einen Hektar berechnet waren es ganze 15 Grivnas (knapp 6 DM), was nicht einmal reicht, um einen Spaten zu kaufen ... Nach der offiziellen Statistik gibt es auf dem Dorf die höchste Sterblichkeit und fast keine Geburten mehr: 1998 wurde bei insgesamt 28 800 Dörfern der Ukraine in 12 600 kein einziges Kind geboren; jedes zehnte Dorf hat keine Kinder unter fünf Jahren ...“

Das Volk hungert. Die Kaufkraft ist seit 1990 im Schnitt auf 22,3 % (um das 4,5fache) gesunken. Unsere Menschen suchen im ganzen Land, oft auch im Ausland, ein normales menschliches Leben ... Grauenhaft sind die Taten der „Reformer“! Irgendwie fehlt der Elan zur Feier des Jubiläums der Vernichtung unserer ehemals blühenden Ukraine, dieser zehn Jahre des Verrats, der Schande und der Erniedrigung ...“

Eingesandt von Dr.-Ing. Peter Tichauer

Eine US-Autorin über das Fischen im Trüben

Der CIA-Kulturbetrieb

Unlängst ist die deutsche Ausgabe eines voluminösen Buches der US-Autorin Frances Stonor Saunders herausgekommen. Es heißt „Wer die Zeche zahlt ... Die CIA und die Kultur im Kalten Krieg“ (Siedler Verlag, Berlin 2001, 478 Seiten, Leinen, 49,90 DM). Das Werk verdient Aufmerksamkeit, nicht zuletzt das umfangreiche Register mit den Namen oft prominenter Personen und beachtenswerter Organisationen. Auf der Einladung zur Präsentation des Buches, die in der Akademie der Künste in Berlin-Tiergarten stattfand, las man den anreizenden Hinweis: „Wie der amerikanische Geheimdienst während des Kalten Krieges praktisch den gesamten europäischen Kulturbetrieb unterwanderte. Die Liste der von der CIA Geförderten liest sich wie ein Kulturlexikon der Nachkriegszeit.“

Es versteht sich, daß außer dem Kulturbereich auch alle anderen relevanten Sektoren der Gesellschaft unter Einsatz von Dollar-Milliarden durch die entsprechenden Dienste „betreut“ wurden. Doch bleiben wir beim Thema: Gigantische Summen, die Jahr für Jahr erhöht worden waren, wurden allein zur Kulturunterwanderung eingesetzt. Bereits 1950 waren als Nebenprodukt des Marshallplanes in sogenannten Gegenwertfonds „zusammengenommen etwa 200 Millionen Dollar pro Jahr ... der CIA als einer Art Kriegskasse überlassen“ worden. Die Gelder verteilte man über sogenannte Stiftungen. Erwähnt seien hier die beiden mächtigsten: die Rockefeller Foundation unter den späteren US-Außenministern John Foster Dulles und Dean Rusk sowie die Ford Foundation mit Vermögenswerten von drei Milliarden Dollar. Riesige illegale Kassen also.

Angesichts solcher Gegebenheiten drängt sich förmlich die Vermutung auf, auch die an Kohl und die CDU gezahlten Schwarzgelder könnten zumindest teilweise aus solchen Interventionsquellen stammen. Nur Furcht vor Preisgabe der politischen Einflußnahme übermächtiger ausländischer Dienste würde gewisse Aussageverweigerungen als logisch erscheinen lassen. Solche Eingriffe in bundesrepublikanische Belange hatte es schon bei der Abfassung des Grundgesetzes ge-

ben. Auf Seite 52 ihres Buches führt die Autorin das Eingeständnis des US-Geheimdienstlers Lawrence de Neufville an: „An der Vorbereitung des Grundgesetzes und der Adenauer-Regierung mitzuarbeiten war aufregend.“

Das umfangreiche Werk der Amerikanerin enthält eine Fülle aufschlußreicher Fakten, doch in einer Rezension können zwangsläufig nur wenige Themenkreise gestreift werden. F. St. Saunders hatte Zugang zu vormals internen Archiven, auch zu manchen noch geheimen Regierungsdokumenten, allerdings nicht zu den eigentlichen CIA-Ablagen. Übrigens: Nicht zufällig ist das Buch im Siedler Verlag, der zur Bertelsmann-Gruppe gehört, erschienen. Der zweitgrößte deutsche Medienkonzern verfügt über weitverzweigte Verbindungen in die USA, wo er erst vor wenigen Jahren den renommierten Verlag Random House aufkaufte, dem Querverbindungen auch zur CIA nachgesagt wurden.

Unter sämtlichen USA-Präsidenten – von Roosevelt über Truman bis zu Clinton und jetzt Bush – gab und gibt es eine Vielzahl von Geheimdiensten (OSS, CIA, NSA, FBI, IRS usw.), die zu allen Zeiten besonders auch im Intellektuellensektor ihre Agenten rekrutierten. Verwickelt waren u. a. nicht wenige Prominente, denen kaum jemand ein Tun in jenem Rahmen zugetraut hätte. Die Liste reichte von Starjournalisten wie Joseph Alsop über berühmte Schriftsteller bis zum Berliner Bürgermeister Ernst Reuter. Ein besonderes Auge warfen Washingtons Werber auf Leute, die sich zumindest zeitweilig als Linke oder gar Kommunisten verstanden. „Die CIA spielte ... mit dem Gedanken, daß wohl niemand die Kommunisten besser bekämpfen konnte ... als ehemalige Marxisten und Trotzlisten, hatten sie doch früher an dieselbe Ideologie geglaubt“, schreibt Saunders. Teils im Zusammenhang mit dem Ex-KP-Mitglied Arthur Koestler nennt die Autorin mehrmals Intellektuelle. „die einmal für (den später aus der Partei ausgeschlossenen KPD-Medienchef) Willi Münzenberg gearbeitet hatten“, so Ruth Fischer und Franz Borkenau. Sie verweist darauf, daß allein von Koestlers Roman „Sonnenfinsternis“ 50

000 Exemplare durch das US-Außenministerium angekauft und verteilt wurden.

„Als wirksamstes Bollwerk gegen den Kommunismus“ habe die USA-Seite stets den „demokratischen Sozialismus“ betrachtet Arthur M. Schlesinger zitierend heißt es: „Er wurde zu einem unterschwelligem – oder sogar geheimem – Motiv in der amerikanischen Außenpolitik jener Zeit.“ Wichtig waren in diesem Raster auch rechte Gewerkschaftsführer in der westlichen Welt. Über den Europa-Repräsentanten der amerikanischen Gewerkschaftszentrale AFL-CIO (in diesem Falle besser: CIA) Irving Brown heißt es bei Saunders: „Dessen bescheidener Titel (verschleierte) seine enorme Bedeutung im Nachkriegseuropa. Durch Brown wurden hohe Summen aus amerikanischen Steuergeldern und Gegenwertsmitteln des Marshallplanes in geheime Operationen gepumpt.“ Das Hauptinteresse Browns, der geizenweise gelbe „Arbeiterführer“ herausbrachte, habe die Förderung von Frankreichs sozialdemokratischer Gewerkschaftszentrale Force Ouvriere gegolten, die damals gegen die kommunistische Hafentarbeitergewerkschaft kämpfte, deren Mitglieder das Entladen von amerikanischen Waffentransporten blockierten.

Die aggressiv antikommunistische Ideologie Washingtons wurde teils offen, teils verdeckt durch eine ganze Legion hochsubventionierter Organisationen verbreitet. Weithin bekannt war der „Kongreß für kulturelle Freiheit“, dessen Berliner Filiale 1950 eingerichtet wurde. Printmedien und Sender wurden mit riesigem Dollaraufwand gestützt. Dazu gehörten u. a. die Druckerzeugnisse des Time-Life-Konzerns, Radio Free Europe und zahlreiche andere Rundfunkstationen, so in Westberlin der RIAS, sowie etliche Zeitschriften

(z. B. „Der Monat“, „Encounter“, „New Leader“, „Twentieth Century“, „Temps Présents“, „Perspectives“, „Preuves“, „Temps Presente“, „Nuova Italia“ u. a.)

In diesem Zusammenhang darf die 1946/47 einsetzende, vornehmlich von den USA im Beginn des Kalten Krieges inszenierte Renazifizierung Westdeutschlands nicht außer Acht gelassen werden. Saunders hierzu: Mar habe „eine Nähe zum Faschismus in den Fällen toleriert, in denen die Betroffenen gegen den Kommunismus eingesetzt werden konnten – irgendjemand mußte schließlich den Sowjets gegenüberreten ... Nun spionierten Gehlen und seine Leute im Auftrag der Amerikaner gegen die Sowjetunion“.

Zitiert wird Harry Rositzke, der erst für das OSS, dann für die CIA arbeitete: „Es war ein schmieriges Geschäft, für das jeder Schweinehund, der nur Antikommunist zu sein brauchte, eingesetzt wurde.“

Fritz Teppiel



Manneken Pis ist dabei

Am 14. Dezember werden Antimperialisten aus ganz Europa gegen den EU-Gipfel im belgischen Laeken demonstrieren

Wie ich jungen Törken Ernst Busch nahebrachte

Neuer Text für „Ami, go home!“

Im internationalen Sommerlager einer türkischen Jugendorganisation, in das ich Ende Juli eingeladen wurde, um einen Vortrag über Ernst Busch zu halten, waren jungen Menschen von 14 bis 24 Jahren versammelt. Außerdem gab es weit jüngere und entschieden ältere Teilnehmer. Ich traf auf einen vielseitig interessierten Kreis von erfreulicher politischer Wachheit. Zu den Zusammenkünften im großen Zelt gehörte es, daß eine Gruppe plötzlich die Losung „Hoch - die - internationale - Solidarität“ skandierte. Das griffen andere sofort auf. Sie antworteten mit den Worten: „Der Jugend gehört die Zukunft - die Zukunft wird sozialistisch sein!“

Aus Gesprächen vor der Veranstaltung hatte ich erfahren, daß die meisten Anwesenden Ernst Busch nicht kannten, ja, daß er von einigen sogar mit Wilhelm Busch durcheinandergebracht wurde. Ich begann meinen Vortrag - besser den von Ernst Busch - mit dem Einheitsfront-Lied. „Drum links, zwei, drei, drum links, zwei, drei ... reih dich ein in die Arbeitereinheitsfront ...“ Schon nach einer Strophe hatten sich die jungen Leute von den tanzmusikalisch-poppigen Rhythmen, die gerade noch gespielt und gesungen worden waren, gelöst und den kämpferischen Marschrhythmus aufgenommen. Sie klatschten ihn und sangen teilweise den Refrain mit. Als nächster Beitrag zum Kennenlernen von Ernst Busch sollte das So-

lidaritätslied erklingen. Und - als wäre es einstudiert - riefen einige: Hoch die internationale Solidarität! Es paßte exakt in die Pause vor diesem Lied. Dann konnte ich meine Zuhörer noch mit dem Sänger gegen den Rassenhaß und die Profitsucht des Kapitals, auch mit dem Spanienkämpfer Ernst Busch bekanntmachen.

Es ist ein Anliegen der Mitglieder des Freundeskreises „Ernst Busch“, zu dem ich gehöre, das Vermächtnis dieses kommunistischen Künstlers zu erhalten und weiterzutragen. Dabei ist es für den Erfolg unseres Vorhabens von Bedeutung, den großen proletarischen Sänger und Schauspieler jungen Menschen, die nun leider wieder oder eben immer noch unter kapitalistischen Lebensbedingungen heranwachsen, als den beispielhaft konsequenten, die anderen mitreißenden und mobilisierenden Kämpfer nahezubringen. Diesem Zweck dienen die entlarvenden Texte von Brecht und Tucholsky sowie die scharf akzentuierenden Melodien Eislers, die oft auf Initiative und unter Mitwirkung von Ernst Busch entstanden. Er hat alle Texte immer an den Herausforderungen der Aktualität seiner Zeit geprüft und sie wenn nötig ergänzt. Auch unsere Aufgabe muß es sein, die heutigen Feinde von Frieden, Fortschritt und Sozialismus zu benennen und anzugreifen. So entstanden zu Buschs bekanntem Lied „Ami, go home!“ neue Strophen, von denen eine hier eingebracht werden soll.

*Noch ist unsre Erde rund,
ist noch grün und blau und bunt,
und wir haben unsre Zukunft noch im Blick.
Alle Völker schaffen gern,
brauchen keine fremden Herrn.
Bleib zu Hause, Yankee, ziehe dich zurück!
Go home, Ami - Ami, go home!
Spiele nicht die Weltmachtpolizei.
Spar uns den Raketenschreck,
dir nimmt keiner etwas weg.
Und die Meere und die Völker seien frei.*

Leider ist es fraglich, ob Ernst Busch mit seinen entlarvenden, zum Kampf gegen Kapital und Krieg aufrufenden Liedern, zum Beispiel mit dem Radieschenlied (... außen rot und innen weiß ...) gegenwärtig auf Versammlungen der Partei des Demokratischen Sozialismus würde auftreten können. Denn ein Mann wie er hätte keinesfalls vergessen, daß der Staat immer noch - und zwar ganz demonstrativ - das Machtinstrument der herrschenden Klasse ist.

Das internationale Sommerlager, dessen aufgeschlossene Teilnehmer Ernst Busch kennenlernten und ihn neben den türkischen Dichter und Kommunisten Nazim Hikmet stellten, wurde von der DIDF-Jugend (Jugendorganisation der Demokratischen Arbeitervereine) ausgerichtet. Sie bestimmt ihren Standort, indem sie u. a. feststellt: Die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen Arm und Reich. So wie das auch Brecht und Busch im Lied vom Klassenfeind feststellen. **Roger Reinsch**

Proletarische Traditionen wachhalten

Unterhalb der Schneekoppe

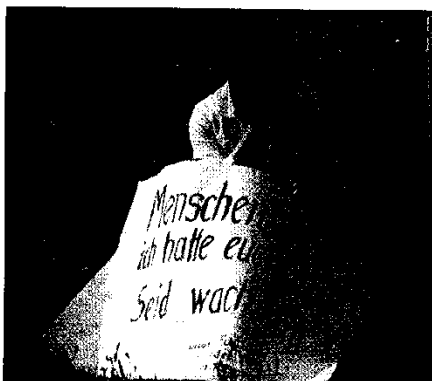
Im kommenden Jahr wird bei der Grenzbaude in Mala Upa - auf tschechischer Seite unterhalb der Schneekoppe - der 80. Jahrestag einer langen Serie proletarischer Traditionstreffen begangen, die dort seit 1922 stattgefunden haben. Ich selbst stehe noch ganz unter dem Eindruck der diesjährigen Begegnung, die Kommunisten und Sozialisten aus den drei benachbarten Ländern dort verein-

te. Meine Fahrt war vom linken Veranstalter „Alle reisen“ unter Leitung des Lichtenberger PDS-Genossen Ernst Wanitschek vorbereitet worden. Aus dem tschechischen Kreis Trutnov nahmen KSČM-Mitglieder teil, aus Polen kam der Vorsitzende des Bundes Polnischer Kommunisten „Proletariat“, Dr. Zbigniew Wiktor, aus der BRD waren Genossen

mehrerer linker Parteien und Parteilose beteiligt.

Aus der langen Kette der Riesengebirgstreffen verdient die größte dieser Veranstaltungen besondere Erwähnung. Sie fand am 26. Juli 1925 statt. Unter den 6 000 Teilnehmern befanden sich 4 000 Deutsche. Viele begrüßten den Tagesanbruch auf dem Gipfel der 1 605 m hohen Schneekoppe mit dem Gesang der Internationale. 1927 war Ernst Thälmann, unter dem Decknamen Kraft, in Mala Upa zugegen. Deutsche Teilnehmer übergaben ihren tschechoslowakischen Genossen damals eine Fahne, die Krieg und Naziokkupation in einem sicheren Versteck überdauerte. Fahnenträger ist heute der KSČM-Genosse Bruno Fišer aus Trutnov, der vielen deutschen Kampfgefährten aus DKP, PDS, KPD und RFB als standhafter Kommunist gut bekannt ist.

Ich möchte dazu aufrufen, sich an der Fahrt zum 80. Antifa-Treffen im Sommer 2002 recht zahlreich zu beteiligen. **Helga Archut**



**Fučíks Worte
bei der Begegnung
in Mala Upa**
Foto: E. Köhn

Wie ein „Stern“-Autor zwei deutsche Völker entdeckte

Mentalität von Kolonialherren

Unter der Überschrift „Wir sind zwei Völker“ veröffentlichte „Stern“-Autor Heinrich Jaenecke im Heft 33/2001 der weitverbreiteten Illustrierten einen bemerkenswerten Beitrag, aus dem wir im folgenden zitieren.

Die Mauer stand 28 Jahre. Sie hat uns dauerhaft verändert, im Osten wie im Westen. Wir lebten Rücken an Rücken und wurden uns fremd wie Cousins, die sich nur noch alle Jubeljahre einmal sehen. ...

Nur ein Prozent der Westdeutschen hielt die Wiedervereinigung 1988 noch für die wichtigste Frage der Politik. Am Fall der Mauer hatte der Westen keinen Anteil. Der Einsturz war die Folge eines gänzlich unerwarteten Szenarios: Der Implosion der Sowjetunion. ...

Was so blumig „Vereinigung“ genannt wurde, war eine Annexion, im Vertragstext höf-

lich „Beitritt“ genannt, was nichts anderes bedeutete als die bedingungslose Übernahme der politischen, ökonomischen und sozialen Normen eines fremden Systems. ...

„Wir sind ein Volk“, skandierten die Menschen im Herbst 1989 in der DDR. Heute fragen sich viele, in Ost und West, ob wir nicht zwei Völker sind. „Aus zerstoßenen Illusionen im Osten und gekränkter Eigenliebe im Westen“, so Günter Gaus, einst Ständiger Vertreter der BRD in der DDR, „ist eine Fremdheit unter den Deutschen entstanden, die nicht aus der Trennung herrührt, sondern aus der Begegnung.“ ...

Tief sitzt der Groll gegen die Arroganz der Wessis, die mit der Mentalität von Kolonialherren in die „neuen Länder“ einfielen. Der Privatisierungsfeldzug der Treuhand hinterließ schlimmere Verwüstungen als die Demontagen der Russen nach dem Zweiten

Weltkrieg: Von 1990 bis heute verlor die Ex-DDR 43 Prozent aller Industriearbeitsplätze - eine soziale Katastrophe, die mit Geld nicht auszugleichen ist.

Der Westen hat die Vereinigung mit der DDR immer nur als Anschluß betrachtet. In selbstgerechter Naivität erwartete man, daß die 16 Millionen DDR-Bürger ihre Erfahrungen, ihre Geschichte, ihre Identität beim Eintritt in die Bundesrepublik an der Garderobe abgeben und sich in glückliche Wessis verwandeln würden. Nun ist die Enttäuschung über den Undank der Brüder und Schwestern groß. Der Osten ist dabei, sich selbst wieder zu finden und die Demuthaltung abzulegen. ...

„Wer sind wir eigentlich?“ Diese Frage ruht in den Köpfen. Die Antwort wird nicht zur Freude der Wessis ausfallen.

Eingesandt von **Henrik Fuchs, Wurz**

Wie Helmut Kohl einen Buchhändler verblüffte

Das Schnäppchen

Es war ein Abend wie jeder andere. Das Geschäft läpperte sich so dahin. Aber da geschah es - das Einmalige und völlig Unerwartete. Mitten im Laden stand Helmut Kohl. Wer konnte auch nur einen Augenblick daran zweifeln, daß wir nun von dem so oft vom

Kanzler selbst beschworenen Mantel der Geschichte gestreift wurden. Wann wird je wieder ein amtierender Bundeskanzler unsere Buchhandlung betreten? Jetzt stand er da, und wir waren überhaupt nicht auf den Besuch eines so hohen Kunden vorbereitet.

Zum Glück hatten wir hinten im Antiquariat noch eine Kohl-Biographie. Schon ein wenig abgegriffen, aber das war nicht so schlimm. Ganz im Gegenteil! Der Kanzler könnte ja beim Anblick dieses zerlesenen Exemplars vermuten, daß wir jetzt seine Lebensgeschichte ebenso gründlich durcharbeiten wie einst die Biographien von Marx und Engels. Er war auch sehr erfreut über diese Aufmerksamkeit und hat uns eine bemerkenswerte Widmung in das Buch geschrieben. Wir waren selbst erstaunt darüber, daß ausgerechnet er unserer Buchhandlung viel Erfolg wünschte.

Von den Büchern, die sich der Doktor Kohl in unserer Buchhandlung ansah, schien ihn das auszugsweise Protokoll des Nürnberger Prozesses besonders zu interessieren. Mag sein, daß ihm dieses Buch im Bundeskanzleramt bisher vorenthalten wurde, was aber wenig wahrscheinlich ist. Es wird sicher der niedrige Preis von nur 16 Mark und 40 Pfennigen gewesen sein, der den Schnäppchenjäger in der Seele dieses überzeugten Marktwirtschaftlers geweckt hatte. Eine solche Gelegenheit konnte sich der Kanzler einfach nicht entgehen lassen.

Mit dem „Nürnberger Prozeß“ in der Hand steuerte er auf die Kasse zu, wo ihn die Kassiererin bereits ängstlich erwartete. Die zaghaft gestellte Frage, ob er eine Quittung wolle, verneinte Doktor Kohl mit einem leutseligen Lächeln. Er griff in seine rechte Gesäßtasche, brachte ein schon reichlich abgenutztes Portemonnaie zum Vorschein und legte korrekt abgezählt 16 Mark und 40 Pfennige auf den Tisch. Wie jeder andere Kunde nahm er seine Tüte mit dem „Nürnberger Prozeß“, sagte „Auf Wiedersehen“ und ging zur Tür hinaus.

Der Staatsbesuch war ebenso schnell zu Ende wie er begonnen hatte. Und da alles so wunderbar klappte, warten wir schon ungeduldig darauf, wann uns auch Kanzler Schröder besuchen wird. Ganz gespannt sind wir, für welches Buch er sich dann entscheidet. Der „Nürnberger Prozeß“ ist leider seit dem Angriff auf Jugoslawien vergriffen. Aber vielleicht ließe sich ja das Werk noch irgendwie beschaffen, sollte Interesse für historische Analogien bestehen.

E. K.

Über Illusionen von einer „heilen Welt“

Übliches und weniger Übliches

Im letzten Mai unternahmen wir eine Reise ins wunderschöne Weserbergland. Wir wurden herzlich aufgenommen und rührend umsorgt. Nicht nur von der eigenen Verwandtschaft, sondern auch von deren Freunden und Bekannten im flächenmäßig größten Dorf Deutschlands. So lernten wir, meine Frau und ich, viele nette Menschen kennen. Sie übten die verschiedensten Berufe aus: Kindergärtnerin, Schlosser, Kfz-Mechaniker, Kraftfahrer, Zimmerleute, eine Heißmangelbetreiberin. Dazu die jeweiligen Partnerinnen und Partner. Durchweg nach 1945 geboren, also einer anderen Generation zugehörig als wir.

Wie ergab sich diese Begegnung mit so vielen Beteiligten? Ganz einfach: Es wurde ein Richtfest gefeiert. Nein, es ging um kein Gebäude, sondern nur um die Aufstellung einer Überdachung für einen alten Brunnen. „Das ist hier so üblich“, sagte der Grundstücksbesitzer.

Aufschlußreich waren die Gesprächsthemen: Schützenfest, Feuerwehrball, Stickabende, Pfingsten und - natürlich - der eigentliche Anlaß: das Richtfest. Nicht zu vergessen - die guten und die weniger guten Nachbarn. Mehrfach hieß es - für uns gedacht: „Das ist hier so üblich“.

Durch Erwähnung eines Todesfalles und der dazugehörigen Rituale kamen wir kurz auf die Kir-

che zu sprechen. Doch sofort wurde eingewendet: „Über Kirche und Politik wollen wir nicht reden. Wir halten uns aus allem raus, aber machen natürlich alles mit, was hier so üblich ist.“

Da werden die Fahrpreise erhöht und die Tarife für Gas, Energie, Benzin, die Versicherungssätze steigen ... Die Arbeiter, die wir treffen und deren Gehälter nicht mitwachsen, merken das zwar. Doch niemand ist deshalb besorgt oder gar verzweifelt. Das seelische Gleichgewicht scheint unbeeinträchtigt zu sein. Freude am Leben. So nutzt man jede noch so kleine Gelegenheit, um dieses oder jenes, die Kindstaufe, Geburtstage, ein Begräbnis, die Krönung eines Schützenkönigs oder andere Ereignisse ganz groß zu begehen.

Voller Stolz zeigt uns der Hausherr schließlich noch eine in seinem Wintergarten hängende Trophäe: eine echte DDR-Fahne. „Damit ein paar heimatische Gefühle aufkommen“, sagt er mild.

Liebe Freunde im Weserbergland: Wir wünschen Euch ein langes Leben in Frieden, bei guter Laune und Gesundheit. Ehrlich! Mögen Euch Eure Oberen, die gerade in neue Kriege ziehen wollen, vor drohendem Ungemach bewahren. Wir hätten gern mit Euch auch über derlei Dinge gesprochen. Aber: Das ist ja bei Euch „nicht üblich“.

Günter Buschow

Am Rande bemerkt

■ Am 25. Oktober feiern wir den 120. Geburtstag eines der bedeutendsten fortschrittlichen Maler des vergangenen Jahrhunderts, des Friedenskämpfers, Kommunisten und Künstlers **Pablo Picasso**. Herbert Sandberg schrieb 1958: „Der jetzt 78jährige hat ein halbes Jahrhundert die kunstinteressierte Welt in Atem gehalten. Mit der Gewalt eines spanischen Stiers hat er mit jeder neuen Periode dem Beschauer einen Schock versetzt. Die blaue, die rosa, die kubistische, die klassizistische, ja, selbst seine realistische Malweise hat mehr Für und Wider, mehr Kunstliteratur und -produktion in unser Jahrhundert geschleudert als die Werke irgendeines anderen Malers vor oder neben ihm. Sein Strich hat die akrobatische Beweglichkeit eines Clowns, seine Farbe die Ausdruckskraft eines Magiers. Trotz seines formalen Erfindungsgeistes, seiner experimentellen Unruhe sind die Höhepunkte seines Schaffens Themen politischer Bekenntnisse: Guernica, Korea, Krieg und Frieden, zu dem er u. a. folgendes sagte: ‚Wenn der Frieden in der Welt den Sieg davonträgt, dann gehört der Krieg, den ich gemalt habe, der Vergangenheit an, und alles übrige wird Gegenwart und Zukunft sein.‘ „

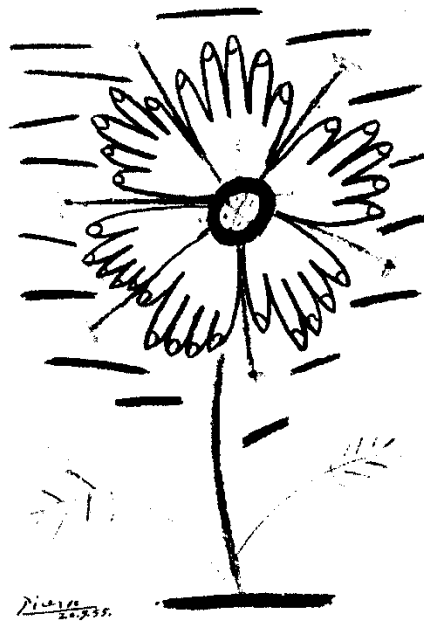
Und F. C. Weiskopf überlieferte uns die folgende unvergeßliche Anekdote:

„Der Maler Picasso wurde nach dem Einmarsch der Deutschen in Paris zu seiner eigenen und zur Überraschung seiner Freunde von den Eroberern völlig unbehelligt gelassen, wohl weil das Reichspropagandaministerium aus dieser Tatsache im Ausland Kapital zu schlagen hoffte.

Offiziere und Soldaten der Wehrmacht waren in der Folgezeit häufige Besucher von Picassos Atelier. Ein jeder dieser ungebetenen Gäste wurde stumm empfangen, stumm herumgeführt und erhielt beim Abschied eine Reproduktion des berühmten Gemäldes, das die Zerstörung der baskischen Stadt Guernica durch Naziflieger darstellt. Erst dann sprach Picasso ein Wort und immer nur das eine: ‚Souvenir!‘ Eines Tages stellte sich bei ihm ein Beamter der Geheimen Staatspolizei ein, wies eine solche Reproduktion vor und fragte: ‚Haben Sie das gemacht?‘

„Nein“, entgegnete der Meister, indem er den Kopf schüttelte, ‚das haben Sie gemacht.‘

Ob der Agent diese Antwort nicht oder nur allzu gut verstand, ob er von ihrer Kühnheit überwältigt wurde oder sie als Äußerung eines Wahnsinnigen auffaßte, bleibe dahingestellt; er ging, und Picasso hörte nie wieder von ihm. Dieses hat sich im Jahre 1944 zugezogen, und so etwas ist, wie es in Johann Peter Hebels ‚Schatzkästlein des Rheinischen Hausfreundes‘ heißt, des Lebens zweimal wert.“



Pablo Picasso: Umschlagzeichnung zu dem Buch „Lied der Ströme“, Berlin 1957

■ Vor 60 Jahren, am 26. Oktober 1941, fiel bei Lepljawa der sowjetische Autor und Kinderbuchschritsteller **Arkadi Petrowitsch Gaidar**. Gaidar wurde am 22. Januar 1904 in Lgow (Gouvernement Kursk) geboren; mit 14 Jahren kämpfte er in der Roten Armee, mit 16 Jahren war er Regimentskommandeur. Im Großen Vaterländischen Krieg war er Frontkorrespondent der „Komsomolskaja Prawda“; freiwillig blieb er als Maschinengewehrschütze bei den Partisanen und opferte sein Leben, um Kameraden zu retten. An seinem Grab in Kanew (Ukraine) am Ufer des Dnepr wurde ihm ein Denkmal errichtet. In dem teilweise autobiographischen Prosawerk „Schule des Lebens“ (1930) gestaltete er das harte Leben und die Prüfungen, die die Kinder in den Revolutionsjahren zu bestehen hatten. Gaidar bearbeitete mit viel Erfolg gerade schwierige Themen und Genres. Den größten Erfolg erzielte er mit seiner Erzählung „Timur und sein Trupp“ (1940), die auch, wie noch andere Werke des Autors, erfolgreich für Bühne und Film bearbeitet wurde. Der junge Held Timur organisiert darin mit seinen Freunden die unauffällige Hilfe für die Familien der Frontsoldaten. Gaidar gelang es, in seinen Werken tief in die Vorstellungswelt der Kinder einzudringen und sie für das von ihm dargestellte Leben zu begeistern. Er hatte starken Einfluß auf die Entwicklung der gesamten sowjetischen Kinderliteratur.

Seine Bücher, u. a. noch „R.K.R.“ (1926), „Ferne Länder“ (1932), „Tschuk und Gek“ (1939) und „Das Schicksal des Trommlers“ (1939), erschienen in der DDR in zahlreichen, hohen Auflagen.

■ Am 31. Oktober hätte der Schriftsteller **Max Walter Schulz** seinen 80. Geburtstag feiern können (seines 10. Todestags gedenken wir am 15. November).

Von 1939 bis 1945 ist Schulz Soldat; 1945/46 Hilfsarbeiter und Neulehrer; 1946 bis 1949 studiert er Pädagogik in Leipzig; Eintritt in die SED; 1950 bis 1957 Lehrer; 1957 bis 1959 Studium am Institut für Literatur „Johannes R. Becher“ Leipzig; 1962/63 Sekretär des Deutschen Schriftstellerverbands. 1962 erscheint sein erster, vielgelesener Roman „Wir sind nicht Staub im Wind“. 1964 bis 1983 ist er Direktor des Instituts für Literatur „Johannes R. Becher“; 1964 erhält er den Nationalpreis; 1967 bis 1969 ist er Kandidat, 1969 bis 1971 Mitglied der Bezirksleitung der SED in Leipzig; 1969 Mitglied der Akademie der Künste; 1969 bis 1990 Vizepräsident des Schriftstellerverbands, 1983 bis 1990 Chefredakteur der Zeitschrift „Sinn und Form“; 1978 erhält er den Vaterländischen Verdienstorden; 1980 seinen zweiten Nationalpreis.

Veröffentlichungen nach dem „Roman einer unverlorenen Generation“ (so der Untertitel von „Wir sind nicht Staub im Wind“): „Stegreif und Sattel. Anmerkungen zur Literatur und zum Tage“ (1967), „Triptychon mit sieben Brücken“ (1974), „Das kleine Mädchen und der fliegende Fisch“, „Pinocchio und kein Ende. Notizen zur Literatur“, „Der Soldat und die Frau“ (alle 1978), „Die Fliegerin oder Aufhebung einer stummen Legende (1981), „Auf Liebe stand Tod“ (1989).

Eberhard Günther vom Mitteldeutschen Verlag in Halle schrieb 1981 an Schulz: „Lieber Max! Wie könnte ich als Dein Genosse und Verleger die Gelegenheit, Dich anläßlich Deines 60. Geburtstages öffentlich zu loben, auslassen lassen! Wie aber damit beginnen, ohne nicht sogleich in Zweifel zu geraten, ob man Dir auf diese Weise auch wirklich ‚rundum‘ gerecht zu werden vermag.

In unserem Land und über dessen Grenzen hinaus schätzen und lieben Dich Tausende Leser als einen unserer führenden Schriftsteller. Künstlerische Phantasie und Gedankentiefe, der ‚freischweifende‘ Geist des Dichters und die denkerische Disziplin des Philosophen - sie verbinden sich nicht nur in Deinem Werk zu einer seltenen, für viele unserer großen Künstler so typischen Einheit, sondern sie prädestinieren Dich geradezu für das Amt, das Du nun schon viele Jahre mit Erfolg ausübst: des Direktors unseres Instituts ‚Johannes R. Becher‘.

Ich kenne wenige Menschen, die in ihrer Person so viele unterschiedliche Veranlagungen und Funktionen miteinander verknüpfen - des Künstlers, des Literaturwissenschaftlers, Lehrers, Kulturpolitikers und Leiters - und die bei alledem noch Zeit finden, den Kollegen ein Kollege, den Freunden ein Freund, den Mitmenschen ein Mensch zu sein.“

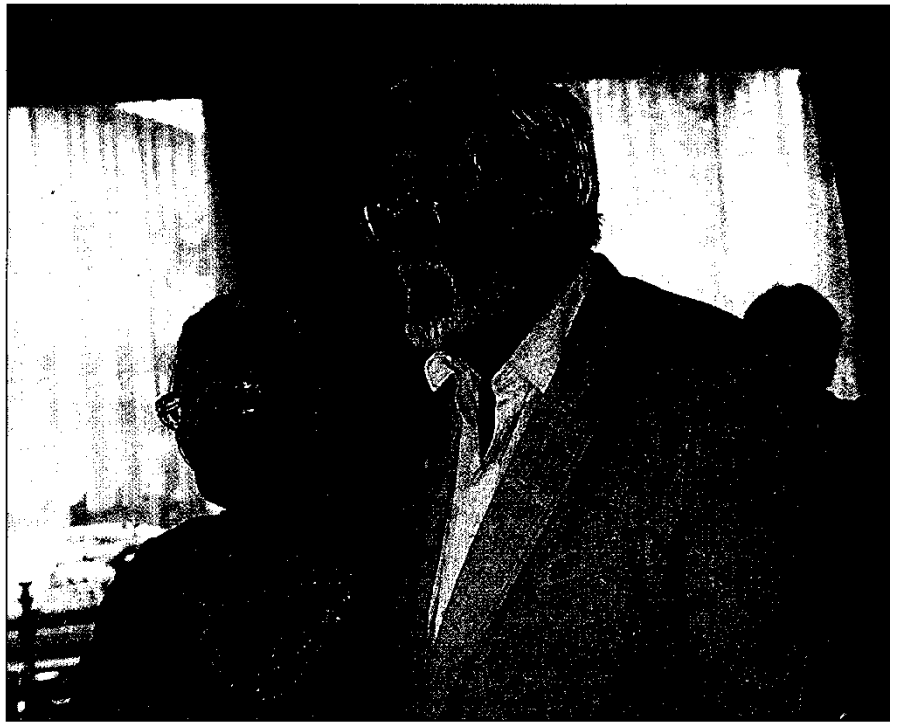
W. M.

Der „RotFuchs“ nimmt Abschied von Kled

Goldene Feder

Kled, lieber Genosse und Freund, lange Zeit haben wir Seite an Seite gegen den Feind gestritten. Besonders aber in den letzten Jahren. Du gehörtest zu denen, die unserer kleinen und zugleich großen, von den einen geliebten, von den anderen gehaßten kommunistischen Zeitung Leben einhauchten, Profil gaben und die Krallen schärften. Dein Anteil an der gemeinsamen Arbeit, Deine journalistische Verlässlichkeit, Deine geschliffene Klinge, Dein treffsicheres Wort werden uns fehlen. Und auch die DKP - Deine Partei, in der Du manchen Verdruß über Kleinkariertes verlachend bis zum letzten Tag Deines Lebens tapfer gekämpft hast - spürt nun die schmerzliche Lücke. Am meisten weiß Marta darum, wie groß der Verlust ist. Ihr gehört unsere ganze Solidarität. Auf dem Schränkchen im Zeuthener Wohnzimmer steht die Goldene Feder des Journalistenverbandes der Deutschen Demokratischen Republik. Dafür, daß Du sie allzeit so wacker geführt hast, hab unseren Dank.

Dein Klaus Steiniger



Gütesiegel: Haß des Gegners

„In Zeiten endlich, wo der Klassenkampf sich der Entscheidung nähert, geht ein Teil der Bourgeoisie zum Proletariat über, und namentlich ein Teil der Bourgeois-Ideologen, welche zum theoretischen Verständnis der ganzen geschichtlichen Bewegung sich hinangearbeitet haben.“

Mit diesen Worten schilderten Marx und Engels im Kommunistischen Manifest ihren eigenen „klassenverräterischen“ Weg des Bruches mit der Klasse, aus der sie hervorgegangen waren.

Ihnen sind nicht wenige der besten Köpfe aus deren Lager nachgefolgt. In den Jahren der Weimarer Republik wurde zum wohl bekanntesten solcher „Klassenverräter“ Ludwig Renn, der vorher Vieth von Golzenau hieß. Den gleichen Schritt vollzog in den 30er Jahren auch Karl-Eduard von Schnitzler, Sohn des königlich-preußischen Geheimen Legationsrates Julius-Eduard von Schnitzler. Ihm war durch die Verwandtschaft mit Spitzenrepräsentanten der rheinischen Großbourgeoisie ein gesicherter und steiler Aufstieg in deren Mitte gewissermaßen in die Wiege gelegt worden. Statt dessen folgte er dem Beispiel seines Bruders Hans, der ihm Vorbild und politischer Mentor war, und

schloß sich wie dieser der kommunistischen Bewegung an.

Karl-Eduard - Kled, wie ihn seine Freunde nannten - blieb auch im illegalen Kampf gegen den deutschen Faschismus und nach dessen Zerschlagung trotz verlockendster Karriere-Angebote als Spitzenmanager im westdeutschen Medienbetrieb der Klasse und der Sache treu, für die er sich entscheiden hatte. Das führte folgerichtig zu seiner Ausstoßung. Fortan stellte er seine Kenntnisse und Fähigkeiten dem demokratischen Deutschland zur Verfügung.

Entlarvte Albert Norden meisterhaft die Durchsetzung des Bonner Staatsapparates mit Nazi-Aktivistern, so erwies sich Karl-Eduard als der treffsicherste Aufklärer, der die Methoden der Verdummung und Irreführung der eigenen Bürger und der Bevölkerung der DDR durch die BRD-Medien transparent machte. Vor seiner Analyse hatten die Scheinobjektivität und die Halbwahrheiten der Lügenhetze gegen die Deutsche Demokratische Republik keinen Bestand. Das haben ihm seine einstigen Klassenbrüder und deren Medienbeflissene nie vergeben. Noch weniger können sie ihm verzeihen, daß er auch nach dem Triumph ihrer Konterrevolution weder Reue noch Bereitschaft zur Un-

terwerfung zeigte. Als Rufer eines „Roten Kanals“ machte er seinen Genossen in Ost und West mit den Worten Mut: „Ein neuer Anlauf zum Sozialismus auf deutschem Boden wird kommen und zum dauerhaften Sieg führen!“

Er war nicht nur der bekannteste, sondern auch der vom Feind am meisten gehaßte Journalist der DDR. Ein „zynischer und bösartiger Mann“ sei er gewesen, schrieb die FAZ am 22. September in ihrem „Nachruf“. Kled, an derartige Wutausbrüche und Beschimpfungen gewöhnt, nahm sie nicht nur gelassen hin, sondern betrachtete sie auch als Auszeichnung vom Gegner, als Gütesiegel für erhaltene Hiebe.

Kurz vor seinem Tode wurde ihm noch die Freude zuteil, alle Sendungen seines „Schwarzen Kanals“ - über 1 500 an der Zahl - im Internet zu finden. Wer immer sie sich anschaut, wird erleben, daß Karl-Eduard von Schnitzler zwar scharf und schonungslos, ironisch und sarkastisch, zornig, aber nicht zynisch die Bösartigkeit und den Zynismus der Bonner Imperialisten und ihrer Journalle attackierte. Und - sofern er auf unserer Seite steht - wird auch er empfinden, welchen Verlust wir mit Kleds Fortgang erlitten haben.

Kurt Gossweller



Herzliche Grüße aus Polen vom Bund Polnischer Kommunisten „Proletariat“ und der Redaktion „BRZASK“. Vielen Dank für die regelmäßige Zusendung des „RotFuchs“. Durch Eure verantwortliche und kompetente Arbeit bekam die deutsche Linke ein marxistisch-leninistisches Journal, das seit Jahren einen festen Platz in der fortschrittlichen Öffentlichkeit – nicht nur der deutschen – einnimmt. Wir in Polen bewerten die redaktionelle und politisch-ideologische Arbeit des RF sehr hoch – seine Artikel, Kommentare, Gutachten, Informationen usw. Es gibt viele kompetente Autoren, Historiker, Journalisten, die sehr interessantes Material veröffentlichen. Deshalb wünschen wir Euch weitere Erfolge im Kampf gegen den Kapitalismus und für die sozialistische Revolution nicht nur in Deutschland.

Dr. Zbigniew Wiktor, Vorsitzender des Bundes Polnischer Kommunisten „Proletariat“

Die Attentate in New York und Washington, die ohne Komplizen in den USA-Geheimdiensten nicht denkbar gewesen wären, vor allem aber die darauf folgende Reaktion der rabiaten Kräfte um Bush, haben viele Menschen in Angst und Unruhe versetzt, die sich sonst kaum mit Politik beschäftigen. Die Stellung der Kommunisten ist eindeutig: Wir lehnen den individuellen Terror grundsätzlich ab. Er führt nicht zu einer gerechten, zur sozialistischen Gesellschaft.

Doch die Anschläge müssen auch aus einer anderen Perspektive betrachtet werden. In vielen Ländern der „Dritten Welt“ bekundeten Menschen ihre Genugtuung darüber, daß die USA zum ersten Mal im eigenen Land empfindlich getroffen wurden. Diese Reaktion ist verständlich. Die Unterdrückten sehen in den Vereinigten Staaten den eigentlichen „Schurkenstaat“.

Die Attentate vom 11. September sind zu verurteilen, da sie viele Unschuldige in den Tod rissen. Aber hat nicht der USA-Imperialismus – der internationale Staatsterrorist Nr. 1 – selbst noch ganz andere Verbrechen begangen? Bereitet er nicht neue furchtbare Untaten vor?

Die politische, ökonomische, ideologische und militärische Aggression der USA, die die Rolle des Weltgendarmen übernommen haben und jetzt offen die Weltherrschaft anstreben, ist die alleinige Ursache für den Haß der Völker gegen das offizielle Amerika, das mit dem Anderen Amerika nicht verwechselt werden darf.

Herbert Thomas, Berlin

(...) Für den Abend des 11. September war bei uns eine Parteikundgebung geplant, die auch stattfand, obwohl es sehr starken Druck gab, sie abzusagen. Unser Protestmeeting war ein Riesenerfolg. Der Aristoteles-Platz im Zentrum der Stadt war überfüllt. So und durch einen Zufall nahm unsere Partei als erste des Landes offiziell und öffentlich zu den Ereignissen in den USA Stellung. Die Rede der Generalsekretärin des ZK der KKE, Aléka Papatrígá, begann mit den Worten: „Und selbst wenn wir diese Veranstaltung nicht geplant hätten, müßten wir sie einberufen, um die Bevölkerung vor den Gefahren zu warnen, die solche Aktionen mit sich bringen.“ Nachdem wir unser Mitgefühl für die Opfer des Anschlags und die betroffenen Familien zum Ausdruck gebracht hatten, wiesen wir jegliche von den USA und der NATO angekündigten Vergeltungsmaßnahmen gegen andere Völker und Staaten entschieden zurück. Gleichzeitig stellten wir auf der Kundgebung ein paar einfache Fragen. Warum hat das Warnsystem der USA und besonders das des Pentagon nicht funktioniert? Wie konnte man so leicht nicht nur ein oder zwei, sondern gleich vier Flugzeuge entführen, ohne daß die Geheim- und Sicherheitsdienste des Landes etwas bemerkten? (Angeblich sind doch die US-Flughäfen die bestbewachten der Welt.) Wie konnte man

so schnell und ohne Beweise Osama Bin Laden als den Haupt- und Alleinschuldigen präsentieren? Warum sind die Völker von Afghanistan, Irak, Iran usw. schuldig, sollen sich die Gegenschläge der USA und der NATO auf sie richten? Kann Terrorismus etwa mit Staatsterrorismus bekämpft werden oder nur durch die Beseitigung von Ungleichheit, Armut und Ausbeutung?

Solange die USA und ihre Vasallen in der NATO keine Antwort auf diese Fragen wissen wollen, dürfen wir unsere Zweifel an den Vorgängen des 11. September beibehalten. (...)

Sokrates Papadopoulos, Thessaloniki

(...) Nur zu gut wissen wir, wie oft Gefühle der Menschen bewußt mißbraucht werden. Eines solchen Eindrucks kann ich mich auch dieser Tage nicht erwehren, wenn ich die Reaktionen und Meldungen aus Politik und Medien vernehme. Der Grundtenor ist der Ruf nach Krieg, Vergeltung, Militärschlägen, Feldzügen usw. (...) Es scheinen alle bisher noch vorhandenen Hemmschwellen aufgehoben zu sein. Es ergießt sich eine militante Hysterie in die Köpfe der Menschen. Die wenigen von Vernunft und Verantwortung getragenen Stimmen werden kaum wahrgenommen. (...) Die USA, die NATO und Deutschland haben sich in erstaunlicher Eile gewissermaßen den Freibrief erteilt, Kriege zu führen, wann, wo, wie und von welcher Dauer sie es für notwendig erachten. Die UNO, das Völkerrecht – all das ist kein Thema mehr. Der gelegentliche Verweis auf die Zustimmungsnötigkeit des Bundestages klingt ohnehin wenig überzeugend. Die Ideen und Gedanken der Kriegstreiber gehen bereits weit darüber hinaus. Demokratie und Grundgesetz scheinen gleichsam stark gefährdet. (...) Man möchte beinahe die Frage stellen: Wem hat dieser Anschlag am meisten genützt? **Roland Winkler, Remseck-Aldingen**

Im Nachwort meines kürzlich erschienenen Buches „Weisheiten eines Unweisen. Notizen zum Tage, zur Liebe und Partnerschaft und zur Natur und Landschaft in den letzten Jahren der DDR von 1976 bis 1989“ habe ich vor den tragischen Ereignissen in den USA geschrieben:

„Würde die BRD einen neuen großen Krieg überleben? Ich höre sagen, es werde keinen geben. Von dieser Zuversicht bin ich nicht so überzeugt. Damit es tatsächlich keinen geben wird, müßten u. a. die USA und die BRD einen Wandel ihres Systems herbeiführen. Wer aber soll einen solchen Wandel vollziehen? Ist der Kapitalismus überhaupt noch lernfähig?“

Jetzt, Ende September 2001, nach den tragischen Ereignissen in den USA, schreibe ich: Das kapitalistische System ist nicht mehr lernfähig. Muß die Menschheit deshalb untergehen? Warum? Werden die USA, die BRD und der Kapitalismus das einzige sein, was uns Menschen die endlose Glückseligkeit verschafft und das Paradies? Mein Gott, das wollen wir doch gar nicht.

Im besagten Nachwort heißt es noch: „Was wir aus der DDR seit 1989 in der BRD erleben, ramponierte die Zuversicht, daß der Kapitalismus eine Zukunft haben könnte, stark.“

Gut, wir fast 70jährigen haben unser Leben gelebt. Aber diesem System werde ich meine Nachkommen nicht kampflös überlassen. Das würde sie eh nur verheizen. **Klaus E. Schneider, Schöneiche**

(...) Nachdem die aggressivsten, militaristischsten Kreise des USA-Imperialismus in den 70er Jahren durch den heldenhaften Kampf des vietnamesischen Volkes und eine mächtige weltweite Friedensbewegung – darunter die in den Vereinigten Staaten selbst – eine Niederlage erlitten hatten, schien die verhängnisvolle Entwicklung (zu noch stärkerer Repression – d. R.) zumindest aufgehalten zu sein. Aber nach der Niederlage des Sozialismus in Europa setzte ein neuer Aufschwung der Aggression nach außen und des Abbaus demokratischer Errungenschaften ein. (...) Wenn nun nach dem 11. September wieder die Verteidigung der „Freiheit“ und – neu!! – der „Zivilisation“ zum Banner für Unterdrückung nach innen und außen wird, so stellt das eine Herausforderung für Demokraten und Friedenskräfte dar, erneut „die Geheimnisse aufzudecken, in denen Kriege geboren werden“. Während des amerikanischen Krieges gegen Vietnam standen Schröder, Fischer, Schily, Scharping und andere, die heute meinen, „auf der richtigen

Seite zu stehen“, wenn sie Deutschland in unberechenbare Abenteuer verwickeln, noch auf der Seite der Aggressionsgegner. (...) Bei der Verdrängung der Vergangenheit haben ja auch andere große Meisterschaft entwickelt. Aber vielleicht sollten doch möglichst viele Wähler „unsere Regierenden“ nach den Widersprüchen in ihren eigenen Biographien befragen oder zumindest deutlich machen, daß durchaus nicht „alle Deutschen“ die heutige Politik der Bundesregierung in puncto NATO-Bündnistreue unterstützen, wie das Schröder und andere ständig behaupten.

Dr. sc. Fritz Welsch, Berlin

Natürlich habe auch ich die Anschläge in den USA betroffen zur Kenntnis genommen. Mein Mitgefühl gilt den Opfern und ihren Angehörigen. Dennoch darf man gerade in dieser Zeit die lange Blutspur des USA-Imperialismus nicht vergessen. Deshalb gibt es keinen Grund für Solidarität mit den Vereinigten Staaten. Die größte Terroristenzentrale – neben der CIA – ist mit Sicherheit das Pentagon. Es hat die Bombardierung Jugoslawiens befohlen und läßt den Irak immer wieder attackieren. Wenn Schröder heute von einem „Anschlag auf die zivilisierte Welt“ spricht, frage ich mich, wie diese „zivilisierte Welt“ denn dank der NATO aussieht.

Wer heute „begrenzte militärische Schläge“ für „zulässig“ erklärt, leistet den Kriegstreibern Vorschub und ist für mich als Mitglied der PDS nicht mehr wählbar. **Andreas Krämer, Gersdorf**

Terrorismus ist eine Erscheinung der kapitalistischen Klassengesellschaft. Das, was in Amerika geschah, war ein antimperialistischer Terroranschlag. Aber Gewalt gegen Gewalt bringt keine Lösung. (...)

Es wird Euch sicher freuen, was kürzlich ein Genosse aus der früheren DDR an uns schrieb. „Für Eure Bemühungen, mir den tollen ‚RotFuchs‘ regelmäßig zu schicken, möchte ich mich besonders herzlich bedanken. Er ist ja eine hervorragende Informationsquelle! Den Genossen, die sich da so redlich abmühen, ihre Mitkämpfer vielfältig zu informieren, gilt meine besondere Hochachtung. Ich habe mich deshalb entschlossen, den in der letzten Ausgabe beigefügten Aufnahmeantrag zur Vereinsmitgliedschaft auszufüllen und Mitglied dieses Fördervereins zu werden.“

Den beiliegenden Scheck könnt Ihr als Dank und Anerkennung unsererseits ansehen.

Wilhelm und Anna-Maria Fitzner, Wichsenstein

Zur Denkaufgabe für Nicht-Gewendete: Ich möchte mich an Eurer Umfrage beteiligen, für den Witschi-Waschi-Begriff „Wende“ ein zutreffendes und umgangssprachlich brauchbares Wort zu finden. In unserer Familie ist seit längerer Zeit dafür der Begriff „Unterwerfung“ im Schwange. Als christliche Familie können wir als das Synonym für den Beginn unserer Zeitrechnung, v. oder n. u. Z. auch die Wendung „vor oder nach Christi Geburt“ akzeptieren. Aber wenn wir uns über ein Ereignis aus unserem persönlichen Erleben unterhalten, dann heißt es immer: Dies oder das war „vor oder nach der Unterwerfung“. Gemeint ist das Ergebnis der Volkskammerwahl von 1990 und die darauf folgende Entwicklung. Der Begriff „Unterwerfung“ hat den Vorzug, daß er sowohl eine aktive wie eine passive Wortbedeutung beinhaltet. Und so ist wohl diese „Wende“ von 1990 auch zu verstehen: Wir wären nicht vom westdeutschen Kapital unterworfen worden, wenn sich nicht eine große Zahl von DDR-Bürgern vorher ihrerseits den Verlockungen der DM unterworfen hätte. Daß wir diesen Verlockungen nicht ganz erlegen sind, möchte ich mit meinem Antrag zum Beitritt in den Förderverein des „RotFuchs“ unterstreichen, den ich hiermit belege.

Peter Franz, evang.-luth. Theologe, Weimar

Betreffend Ihre feinsinnige Umfrage: Ich habe mein Wort für diese Sache, Al Nakba, und wenn es ein Fremdwort ist, dann ein besonders gut sitzendes. Aber Sie haben übersehen, daß die Nation längst ihren umgangssprachlichen Begriff besitzt und benutzt: Der Anschluß. Es ist sicher nicht falsch, ihn zu popularisieren und offiziell in Umlauf zu setzen.

Wissenschaftlich wieder wird in den meisten Zusammenhängen von Die Abtretung zu reden sein.

Die Sprache ist ein wichtiges Schlachtfeld im Klassenkampf. Stets und herzlich Ihr

Dr. Peter Hacks, Groß Machnow

Zur „Denkaufgabe für unsere Leser“ (RF 44): Eine der von meiner Frau und mir gestalteten 7 Tafeln im Brandenburg-Zelt des Dortmunder DKP-Präsefesestes trug den Titel „10 Jahre Rückentwicklung in den Kapitalismus“. Diese Tafel fand auch wegen des Titels bei vielen Besuchern große Zustimmung. Vielleicht ist das darin enthaltene Wort „Rückentwicklung“ – ähnlich dem von Prof. Kamnitz gebrauchten Begriff „Rückwende“ – überlebenswert. (...)

Harri Below, Schwedt/Oder

In Eurer August-Ausgabe gedenkt Ihr auf Seite 19 des 100. Geburtstages von Liselotte Welskopf-Henrich. Selbstverständlich freue ich mich über jede Würdigung meiner Mutter. Eine Ergänzung und eine Richtigstellung sind mir jedoch wichtig:

Die Romane über heutige Indianer umfassen nicht drei, sondern fünf Bände und zwar: 1. „Nacht über der Prärie“, 2. „Licht über weißen Felsen“, 3. „Stein mit Hörnern“, 4. „Der siebenstufige Berg“, 5. „Das helle Gesicht“. Sie erscheinen im Beltz-Verlag und sind alle lieferbar (Paperback a 18,80 DM).

Daß ihr Werk „aus sozialistischer Haltung“ entstanden sei, ist nun allerdings völliger Blödsinn. Das ist schon leicht daran zu erkennen, daß ein großer Teil ihrer Werke bereits entstanden war, als sie vom Sozialismus noch nichts ahnte. Richtig ist, daß ihr Werk aus einer humanistischen Haltung heraus entstand. Das ist ja gerade das Besondere an ihr und an ihrem Schaffen, daß sie, aus dem bürgerlichen Milieu stammend, über den Widerstand zur kommunistischen Bewegung kam und erst in der DDR die Möglichkeiten fand, sich als Wissenschaftlerin und Schriftstellerin zu entfalten.

Dr. Rudolf Welskopf, Berlin

Der Rotfuchs ist von Natur aus seinem Standort treu. Obwohl ein Allesfresser, ist er wählerisch und schluckt nicht unüberlegt jeden Bissen. Deshalb bin ich sicher, daß uns der RF auch unter veränderten Bedingungen erhalten bleibt. Ich werde auch weiterhin mein Scherflein zum Futternapf beitragen.

Es ist schmerzlich, daß wir miterleben mußten, mit welcher Einfalt führende Genossen des PV der DKP die Arbeit des RF torpedierten. (...) Dies ist um so bedauerlicher, als das Kapital gegenwärtig zu einer nie dagewesenen Kräftesammlung mit verstärkter militaristischen Zügen trommelt, wobei es kaum auf ernstzunehmenden Widerstand stößt. Gerade darum schätze ich die zunehmende Verbreitung des RF sowie seinen hohen Informationsgehalt sehr.

Auch der von Euch eingeschlagene Weg mit den 11 Forderungen sollte so weitergegangen werden. Ich kann die Meinung Eures Lesers Peter Wolter aus Münster (RF 43) nicht teilen. Die 11 Forderungen lassen sich sehr wohl in der politischen Auseinandersetzung nutzen. Betrachten wir nur die Forderung Nr. 11 nach ersatzloser Auflösung der Gauck-Behörde. Über 10 Jahre brauchte es, um sichtbar werden zu lassen, daß diese Institution das Gesetz über den Umgang mit MfS-Akten nicht richtig auslegt und nur zur Diffamierung der Ostdeutschen einsetzt. (...) Selbstverständlich ist am Wahrheitsgehalt der Vermerke über Ostdeutsche aus BRD-Sicht nicht zu zweifeln. Nur kein Mitleid mit den „Tätern“! Ganz anders aber verhält es sich mit Aufzeichnungen über Helmut Kohl oder die erstaunlicherweise immer mehr zunehmende Zahl von „Widerständlern“ gegen das „DDR-Regime“. Hier sollen die Feststellungen des sonst als wahrheitsgetreu und akribisch geltenden MfS plötzlich unkorrekt gewesen sein.

Tausende von Ostdeutschen haben aufgrund von Eintragungen in die „Stasi-Akten“ ihren Beruf verloren – oftmals ohne Gerichtsurteil. Nach dem jetzigen Stand der Dinge müßte Pfarrer Gauck das Gesetz zehn Jahre lang zum Nachteil der Ostdeutschen ausgelegt haben. Wer zieht ihn dafür zur Verantwortung?

Henrik Fuchs, Wurzen

Euch grüßen die in zweistelliger Zahl organisierten Leipziger Mitglieder des RF-Fördervereins! (...) Am Weltfriedenstag haben die Genossen der Leipziger DKP-Gruppe mit einer Kranzniederlegung und der Ehrung der Wehrmachtsdeserteure sowie mit Aktivitäten bei der Antikriegsgebäude

auf dem Karl-Marx-Platz (Augustusplatz geht mir nach wie vor schwer über die Lippen) einen aktiven Beitrag gegen Neonazis und ihre vom Oberverwaltungsgericht begünstigte (weil genehmigte) Demonstration geleistet. Zugleich machten sie Hunderte Leipziger auf DKP und SDAJ aufmerksam.

Doch für meine Genossen aus Berlin Nordost noch eine spezielle Information: Die vom „RotFuchs“ abgedruckten 11 Forderungen Eurer Gruppe (wir hatten über 100 Kopien an unserem Stand) gingen weg wie warme Semmeln. Ist das nicht ermutigend? Gibt uns das nicht Kraft für den weiteren Kampf? Wir, liebe „Füchse“, sind auf dem richtigen Weg.

**Karl-Heinz Reinhardt
Vorsitzender der DKP-Gruppe Leipzig**

Nachdem der August-„RotFuchs“ für mein Gefühl etwas von der Resignation und Umorientierung spüren ließ, ist die September-Ausgabe ganz große Klasse und besser. Mein Dank besonders an die Autoren Clausner, Heinz, Itzerott und Hoppe sowie für die interessanten Informationen aus aller Welt. Zur kolonialen Frage denke ich, daß insbesondere bei der Nationalismusproblematik noch vieles im Dunkeln liegt.

Ich möchte Euch meine tiefe Bestürzung zum Ableben Karl-Eduards übermitteln. Wir hatten doch sehr auf Besserung gehofft.

Ingeborg Böttcher, Altlandsberg

Die Ausgabe 43 war wieder von der ersten bis zur letzten Seite lehrreich, anregend, erregend, aber auch freudig stimmend. Der Artikel zum neuen „Bau“ für den „RotFuchs“ hat mich erfreut und zugleich erzürnt. Erfreut deshalb, weil die sinnlose Hetzjagd auf den RF nun an seinem gut fundierten Bau beendet sein dürfte; erzürnt, weil die von unserer Parteigruppe Berlin Nordost ins Leben gerufene Zeitung nun keine bewußtseinsbildende Monatsschrift der gesamten DKP mehr ist. Aber sicher werden die zahlreichen Beitrittsklärungen zum „RotFuchs“-Förderverein, dem ich mich natürlich auch anschließe, ein gültiger Beweis dafür sein, daß in dieser Angelegenheit nicht einige unqualifizierte Funktionäre im Parteivorstand das letzte Wort haben. Es gehört der Mehrzahl der überzeugten Kommunisten, denn sie vor allem sind die Partei.

Dieter Pfannenber, Schildow

Offensichtlich fühlt sich der RF in seinem „neuen Bau“ ganz wohl. Die Leser bestätigen es immer wieder. Als Mitglieder des Fördervereins befinden wir uns ja in einer illustren Gesellschaft. Das zeigt nur, wie wichtig der RF ist. Er weist sich als unentbehrlicher Ratgeber und Wegweiser für deutsche Kommunisten in und außerhalb der DKP. Ja, selbst zahlreiche ausländische Genossen gehören zu seinen Lesern. Für wichtig und richtig halte ich es, daß der RF seine „Herkunft“, seine Gründung und sein jahrelanges Erscheinen als Zeitung der DKP-Gruppe Berlin Nordost weiterhin zum Ausdruck bringt (s. Spitze des Impressum – d.R.). Daß sein Inhalt der Politik einer kommunistischen, einer marxistisch-leninistischen Partei entspricht, ist ganz selbstverständlich. Das zeigt im RF 44 unsere Forderung nach Aufhebung des KPD-Verbots, aber auch unsere Zustimmung, daß die DKP zu den Berliner Wahlen antritt. Den Genossinnen und Genossen, die die dazu erforderlichen Unterschriften gesammelt haben, gilt unsere Hochachtung. Der PV sollte beschließen, daß sich die DKP mit einer eigenen Liste an den Bundestagswahlen 2002 beteiligt. Daß auf dieser Liste auch Parteiloose, Gewerkschafter u. a. kandidieren könnten, ist selbstverständlich.

Was die Ereignisse in den USA betrifft, stimme ich den Einschätzungen von S. R. im RF 44 und von W. M. Tetekin in der UZ vom 28. September zu.

Gerhard Müller, Neubrandenburg

Liebe Genossen, habt Dank für den „RotFuchs“. Kämpft weiter so unbeirrt! Anbei ein Scheck.

Edith Brandt, Halle

Der „RotFuchs“ zieht uns immer wieder durch den hochaktuellen und interessanten Inhalt in seinen Bann. Wir übermitteln Euch eine Spende von 20 DM.

Erika und Wolfram Lebede, Weimar

Wer Klaus Steiniger („31. Kongreß soll Französische KP liquidieren/Leninisten sagen Wi-

derstand an“, RF 44) belegt sehen will, kaufe sich „Z“/Zeitschrift für marxistische Erneuerung, Septemberheft 2001. Dort ist ein Auszug aus der Rede von Robert Hue abgedruckt, die er am 19. 5. 2001 im Nationalrat der FKP gehalten hat. Ihr Titel: „Die Aktualität des Kommunismus“. Sie gipfelt letztlich in der These, das „Neue“ (am Kommunismus oder an den Kommunisten), was sich angeblich Bahn bricht, bezöge sich nicht unbedingt auf die kommunistische Partei und auf den Kommunismus als eine theoriegeleitete Bewegung gesellschaftsverändernden Handelns. Die neue Bewegung benötige den Bezug zur Vergangenheit schlicht nicht mehr ... Da dieser neue Kommunismus gegenwärtig schon greifbar und aktiv sei und bereits eine eigenständige, die Dinge verändernde Gestalt annehme, die nicht auf äußere Anstöße warte, stelle sich somit „die Frage nach dem Nutzen einer kommunistischen Partei“.

Es hat den Anschein, Robert Hue gebe die Partei des Kommunismus zugunsten eines parteilosen Kommunismus auf – er gebe nicht den Kommunismus auf, sondern nur die Partei, nicht die Zukunft, sondern nur die Vergangenheit, nicht die Menschen, nur die Parteimitglieder. Aber wir wissen natürlich: Die eigentliche Liquidierung einer kommunistischen Partei besteht immer darin, daß man sie in den Dienst der bürgerlichen Klasse, des bürgerlichen Staates stellt. Ihre Umwandlung in eine (mitregierende) Staatspartei der Bourgeoisie wäre ihre Aufhebung als kommunistische Partei.

Hermann Jacobs, Berlin

Trotz alledem – weiter so! Mit Mut und Profil der Sache dienen

Hans Joachim Pantke, Tollwitz

Anbei meinen Aufnahmeantrag für den Förderverein. Ich halte seine Gründung für den richtigen und notwendigen Schritt, um diese wertvolle Publikation nach den Auseinandersetzungen mit dem PV zu erhalten. Ich glaube, daß sich um den „RotFuchs“ Kommunisten und Sozialisten scharen werden, egal, ob sie in einer Partei organisiert sind oder nicht – und das ist so sehr wichtig.

Übrigens habe ich meine Mitgliedschaft in der DKP beendet. Dieser Schritt ist mir nicht leichtgefallen. Aber letztlich habe ich mir überlegt, ob ich mit dieser Partei als führender Kraft in den Sozialismus gehen möchte, ob ich dort die Kraft schöpfen könnte, an der notwendigen Umgestaltung der Gesellschaft mitzuwirken. Und das mußte ich verneinen. Nun ja, sonst bin ich natürlich der Gleiche geblieben.

Auf meine Tochter Tanja bin ich sehr stolz. Beim Weltausscheid der Russisch-Olympiade hat sie in Moskau eine Bronze-Medaille errungen. (...)

Axel Kohlsmann, Barth

Die im „RotFuchs“ (Nr. 44/Leserbriefe) von P. Tichauer und K. Steiniger zum Ausdruck gebrachten Gedanken veranlassen mich zu folgenden Überlegungen:

Wenn im Zusammenhang mit der Erörterung von Geschichte keine Personendiskussionen geführt werden sollen, wie kann sie dann erforscht, dargestellt, gewertet, und wie kann aus ihr gelernt werden? Kann Geschichte überhaupt losgelöst von Personen, die in ihr eine besondere Rolle spielten, begriffen werden?

Meiner Ansicht nach löst man mit der Methode, auf Personendiskussionen zu verzichten, kein Problem. Erforderlich ist m. E., daß dann, wenn solche Diskussionen notwendig sind, diese sachlich, unter Anlegung wissenschaftlicher, marxistisch-leninistischer Kriterien geführt werden. Es bedarf wohl keiner näheren Erläuterung, worauf es dabei ankommt. Ich glaube, daß eine kommunistische Publikation wie der „RotFuchs“ ihrer Aufgabe dauerhaft kaum gerecht werden könnte, wenn versucht würde (aus welchen Gründen auch immer), Diskussionen über Persönlichkeiten und ihr Wirken in der Geschichte „konsequent“ (P. Tichauer) zu vermeiden. In diesem Sinne teile ich die dazu von K. Steiniger geäußerte Auffassung.

Anton Kaute, Strausberg

Eure Tätigkeit ist nicht mit Gold aufzuwiegen. Deshalb darf der „RotFuchs“ nicht von der Bildfläche verschwinden. Für uns Leser ist es schwer, Euch durch verwertbare Beiträge zu helfen. Unsere langjährigen Kampferfahrungen, die besonders der Jugend die Wahrheit über die Leistungen ihrer Eltern

jährigen Kampferfahrungen, die besonders der Jugend die Wahrheit über die Leistungen ihrer Eltern und Großeltern aufzuzeigen und den berechtigten Stolz darauf erwecken könnten, sind in einem kurzen Beitrag nur lückenhaft darzulegen. Bei der vorherrschenden Massenverdummung über alle Medien können die Menschen in den alten Bundesländern, besonders aber die Jugendlichen, nur Haß und Abscheu gegenüber uns früheren DDR-Bürgern empfinden. Man stempelt die Bevölkerung der neuen Bundesländer zu Helfern einer kriminellen Bande.

Uns alte Menschen bedrückt die Sorge um die Zukunft unserer Kinder und Enkel. Wersagt ihnen einmal die Wahrheit über die Arbeitsleistungen, die in einem Staat vollbracht wurden, der der heutigen Gesellschaft in Ethik und Moral um eine ganze Menschheitsepoche voraus war? Diese Selbstbedienungs- und Ellenbogengesellschaft kann und darf nicht von Dauer sein. Anbei ein kleiner Beitrag zum Porto.

Manfred Wulf, Glauchau

Die letzten „RotFüchse“ waren wieder – wie immer – ein Lichtblick im grauen bzw. braunen Eierlei der gleichgeschalteten Medien. Nachdem schon der 40. Jahrestag der Grenzsicherungsmaßnahmen der DDR für einen maßlosen Medienrummel mißbraucht wurde, haben jetzt die Ereignisse in den USA zum Verlust aller Maßstäbe einer vernünftigen und objektiven Berichterstattung geführt. Leider machen dabei auch einige sich links nennende Blätter kaum eine Ausnahme. Um so wichtiger ist die Existenz des „RotFuchs“. Eine auf konsequent marxistisch-leninistischer Grundlage arbeitende Zeitung ist heute notwendiger denn je. Sie muß unbedingt erhalten bleiben.

Besonders wichtig und interessant sind für mich die Leserbriefe, zeigen sie doch, daß ich nicht der einzige „unbelehrbare Betonkopf“ bin, bzw. nicht als einziger zu den „beklagenswerten und gemeingefährlichen Überzeugungstätern“ (ND v. 14./15.7.01) gehöre.

Zur finanziellen Absicherung Eurer Arbeit überweise ich vorerst 30 DM auf das Sonderkonto. Da ich natürlich ebenfalls an der Mitgliedschaft im Förderverein interessiert bin, bitte ich um die Übersendung der Satzung.

Klaus Neuber, Bad Dürrenberg

Wir wollen uns für die regelmäßige Zusendung des RF bedanken. Die Ausgaben der Zeitung sind interessant und informativ. Nicht immer teilen wir alle Meinungen, aber die Beiträge bewegen schon einiges. Auch meine Schwester/Schwägerin Margot Honecker ist eifrige Leserin. Anbei eine Fütterung.

Manfred und Edith Feist, Berlin

Es ist immer eine Freude, die Beiträge im „RotFuchs“ zu lesen, was mich aber traurig macht, ist die Tatsache, daß innerhalb der linken Bewegung Deutschlands zu viele Querelen herrschen, deren Nutznießer nur unsere Gegner sind. Uns eint doch eigentlich der Kampf gegen die imperialistische Globalisierung und für eine menschliche Gesellschaft, in der jeder seinen notwendigen und anerkannten Platz einnimmt und am gesellschaftlichen Reichtum teilhat, der gegenwärtig nicht den Schaffenden zugute kommt.

Noch eine Information aus meinem „Herkunftsland“ Mecklenburg-Vorpommern: Im Jahr 2000 sind von dort 13 000 Menschen ausgewandert; dennoch beträgt die Arbeitslosigkeit in Ost-MV über 21 %! Welch ein Verdienst der mit Kerzen erworbenen „Freiheit“!

Beiliegend etwas grünes Futter.
Günther Trost, Bad Oldesloe

Euer Blatt ist große Klasse. „Die Rote Fahne“ und der „RotFuchs“ sind die einzigen lesbaren Zeitungen in diesem Land. Ihre Zusammenarbeit wäre wünschenswert. Viel Erfolg!

Wolfgang Hilbert, Kahla

Lieber „RotFuchs“, ein mir befreundetes Mitglied der PDS hat mich auf Dich und Dein Eintreten für unsere Sache aufmerksam, ja geradezu neugierig gemacht. Nunmehr liegen mir die ersten beiden Exemplare (August und September) vor. Mit großer Freude und Anteilnahme habe ich die Beiträge der Autoren und vor allem auch die Leserbriefe an Dich zur Kenntnis genommen. Ich danke Dir, daß Du Dich streitbar für unsere Herzenssache – den

Marxismus-Leninismus -, für die DDR und ihre historischen Leistungen im Kampf um eine menschliche Gesellschaft, gegen Imperialismus, Neokolonialismus und Kriegsgefahr einsetzt; daß Du allen entgegentrittst, die es zeitgemäß finden, unsere Idee totzusagen, zu entstellen und zu verleumdern.

Ich werde mich genau wie alle, die Dir nahe stehen, niemals dafür entschuldigen, dem Sozialismus gedient zu haben und aktiv für ihn eingetreten zu sein. Das soll allein den Leuten in der PDS-Führung sowie Figuren wie Schabowski vorbehalten bleiben. Eine erste kleine Spende habe ich Anfang September auf den Weg gebracht. Weitere sollen folgen.

Siegfried Schott, Altkalen

Nachdem ich einige Ausgaben des „RotFuchs“ erhalten und mit Interesse gelesen habe, anliegend ein Scheck über 50 DM zur Unterstützung Eurer Arbeit. Auch wenn ich nicht beabsichtige, noch Mitglied des Fördervereins zu werden, mich auch nicht mit allen veröffentlichten Beiträgen identifizieren kann, betrachtet mich auch künftig als Sympathisanten für das Anliegen des RF.

Ich gehe auf die 80 zu, bin und bleibe der Idee von Frieden und sozialer Gerechtigkeit aus langer Lebenserfahrung konsequent verbunden, bin ehemaliger „Gedienter in fremden Streitkräften“, Strafrentner.

Helmut Grosse, Straußberg

In manchen Medien mag man gar nicht die Gegenwart, als menschliche Zukunft vorgeführt, betrachten. Der „RotFuchs“ ist zutiefst menschlich und zukunftsorientiert. (...)

Wenn Ihr mir das Statut des Fördervereins zusenden würdet, wäre ich Euch dankbar. Beiliegend eine Briefmarkenspende.

Günter Bergmann, Königs Wusterhausen

Der destruktive – marktwirtschaftlich ausgedrückt – „Verdrängungswettbewerb“ gegen den „RotFuchs“ hat bei mir zu erheblichen Sympathieverlusten für die DKP geführt. Aber wenigstens herrscht nun Klarheit. Wenn man einen „von oben“ anerkannten Platz im Politbetrieb und Parteienszirkus in dieser z. Z. gängigen Gesellschaftsordnung bevorzugt, ist Anpassung geradezu eine Notwendigkeit. Das heißt aber auch Preisgabe tatsächlich zukunftsweisender Positionen und Scheu vor der Wahrheit des wirklich erlebten Sozialismus in all seinen Facetten. So hat Kleinkariertheit vorerst gesiegt, aber den „RotFuchs“ nicht besiegen können. „Qualität setzt sich durch“, heißt die Parole. Na also. Und deshalb in der Anlage wieder meinen Obolus für den „RotFuchs“, dem ich Wachsen und Gedeihen in seiner neuen Position wünsche.

Joachim Loeb, Berlin

Anläßlich des RF-Artikels in Nr. 44, S. 16, hoffe ich, daß bezüglich der politischen Einschätzung aller Vorgänge in der Volksrepublik China sowie in Kuba, Vietnam und der KDVR im „RotFuchs“ immer höchstmögliche marxistisch-leninistische kritische Objektivität gilt (vor jeder „bruderparteilichen Gläubigkeit“)! **Hansjörg Schupp, Appethofen**

Der Inhalt der Ausgaben 42 und 43 hat mich sehr erfreut, aber auch tief bewegt. Man kann kaum glauben, daß in einer kommunistischen Partei so viel Zoff um eine gute Zeitung gemacht wird. Man sollte sich doch freuen, daß sich viele Menschen für den „RotFuchs“ interessieren und auf diesem Wege auch etwas von der Politik der DKP und zur Lage in der internationalen Arbeiterbewegung erfahren. Wie wollen wir im gemeinsamen Kampf gegen den Imperialismus bestehen, wenn wir uns an einigen Einschätzungen der Geschichte aufreiben?

Ich habe 40 Jahre in der DDR gelebt, gearbeitet, die Menschen von der guten Sache überzeugt, zugleich aber auch über Fehler und Mißstände geschimpft. Trotz allem waren wir ein Staat, der der Reaktion und den Ausbeuterklassen das Handwerk gelegt hatte. Leider gab es auch bittere Enttäuschungen, was dazu beitrug, daß es schließlich zur Konterrevolution und zur Niederlage kam. Die gegnerische Propaganda sowie die auch durch Totrüstung herbeigeführten Engpässe in unserer Wirtschaft hatten zur Folge, daß die Mehrheit der Menschen dem Imperialismus auf den Leim ging. Allerdings wollten viele einen „besseren Sozialismus“ – ein Kampf, der nicht zu gewinnen war.

Es ist sehr schade, daß wir 1989 nicht die Kraft hatten, eine einheitliche kommunistische Partei zu schaffen. So gibt es die DKP, die KPD und eine Reihe anderer Gruppierungen, die sich zwar alle auf den Marxismus-Leninismus berufen, aber nur wenige Personen beeinflussen. Und nicht zu vergessen: Die sogenannten Reformkräfte um die PDS-Führungsmannschaft, die nur auf ein gutes Wahlergebnis spekulieren.

Bitte sendet mir einen Aufnahmeantrag für den Förderverein.
Günter Bauch, Fraureuth

Fidel Castro hat den Imperialisten die Rechnung präsentiert, als er den Vereinigten Staaten Hilfe für die Opfer der Attentate anbot. Denn er ließ es sich auch nicht nehmen, auf die Opfer Cubas hinzuweisen, die die „Nichtterroristen“ – die herrschende Klasse der USA – seinem Land seit Jahren zugefügt haben. Castro verwies darauf, daß die gegenwärtigen Probleme der Welt nicht mit Gewalt zu lösen seien. Der Terrorismus existiere neben Umweltvernichtung, AIDS, Hunger und Krankheiten, die nie geheilt werden könnten, weil den Armen die Medikamente vorenthalten würden. Vor allem die wachsende Macht der transnationalen Konzerne sei eine der gefährlichsten Plagen unserer Tage. Seit 42 Jahren ist Cuba die Zielscheibe konterrevolutionärer Terroristen, deren Banden mit finanzieller Unterstützung Washingtons und vorwiegend vom Territorium der USA aus operieren. 3 478 Menschen sind ihnen zum Opfer gefallen, 2 099 wurden verstümmelt, die materiellen Schäden sind immens.

Von all dem hört oder sieht man selten etwas in den manipulierten und manipulierenden Medien. Die Völker sollen solche Geschehnisse als selbstverständlich betrachten. Nicht wenige neigen auch dazu, denn „die Menschheit ist durch Jahrtausende Klassengesellschaft bis ins Mark verdorben“ (Dr. Gerhard Branstner). Das ist sie wohl auch, sonst würden die Kälber im Brechtschen Sinne nicht immer wieder bei Wahlen auf die gleichen Metzger hereinfallen.

Joachim Kaschig, Berlin-Reinickendorf

**Kommunistisches Urgestein,
Widerstandskämpfer gegen
den Faschismus, Angehöriger
der Internationalen Brigaden
in Spanien, in der DDR an
vielen Fronten in vorderster
Linie, Prorektor der Humboldt-
Universität, Regierungsberater
in Kuba**

Genosse

Prof. Dr. Dr. Fred Müller

ist am 11. Oktober 2001 im
89. Lebensjahr verstorben.

Wir trauern mit seiner Familie
um einen allzeit standhaften
Revolutionär.

**DKP-Gruppe Berlin-Nordost
RF-Redaktion**

Die Beisetzung findet im engsten Kreis statt.

Diese Zeitung wird aus Beiträgen der Vereinsmitglieder und Spenden der Leser finanziert.

Einzahlungen bitte auf:

**W. Metzger/Sonderkonto „RotFuchs“,
Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 00),
Kto.-Nr.: 220 160 759**

Bei Überweisungen bitte immer den Zweck (Spende bzw. Beitrag und den Zeitraum, z.B. 10/701-12/01) angeben! Bei Daueraufträgen bitte ab 1.1.2002 auf die Eurobeträge umstellen.

Aufnahmeanträge bitte ausfüllen und an Vereinsanschrift (s. Impressum) senden.

Am 27. Oktober 2001 begeht Genossin Gerda Klabuhn ihren 75. Geburtstag

Sie hat eine herausragende Arbeit in der Justiz der DDR – zuletzt als Vorsitzende des 1. Strafsenats des Berliner Stadtgerichts – geleistet.

Nach der Konterrevolution wurde sie durch die BRD-Klassenjustiz verfolgt und zu einer Freiheitsstrafe verurteilt, die sie z. T. verbüßen mußte.

In allen Prüfungen ist die standhafte Kommunistin ihren Überzeugungen treu geblieben.

Sie gehört zu den Gründungsmitgliedern unseres Vereins.

Herzlichen Glückwunsch,
liebe Gerda!

RF-Redaktion und
Vorstand des Fördervereins

Glückwunsch zur Wiederwahl

Wie wir von den RF-Lesern Lisel und Heinz Deymann erfahren und auch aus der Zeitung „Die Rote Spindel“ entnehmen, hat die DKP in Nordhorn kürzlich ihr Stadtratsmandat verteidigen können. Es handelt sich um das einzige, das die Partei in einer Stadt Niedersachsens innehat. Seit 1976 sitzen Kommunisten im Nordhorer Rat.

Herzlichen Glückwunsch!

MITTEILUNG

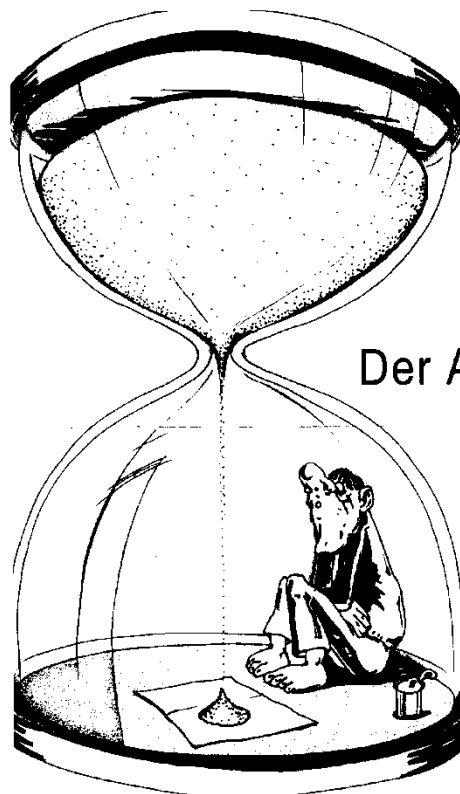
Der Vorstand des „RotFuchs“-Fördervereins (i. G.) hat alle bisher eingereichten Anträge auf Mitgliedschaft bestätigt.

Am 12. November 2001 vollendet unser Vorstandsmitglied

Genosse Dieter Itzerott sein 70. Lebensjahr

Ob als junger Buna-Arbeiter, als langjähriger FDJ-Funktionär – er war 1. Bezirkssekretär in Halle und später 2. Sekretär des Zentralrats –, ob in verantwortlichen Parteifunktionen, zuletzt als 1. Sekretär der SED-Kreisleitung Torgau, oder heute als Mitglied der DKP-Gruppe Leipzig und geschätzter „RotFuchs“-Autor – stets hat sich Dieter für die Sache des Sozialismus und der revolutionären Arbeiterbewegung geschlagen. Wir gratulieren diesem treuen Kommunisten in fester Verbundenheit.

RF-REDAKTION UND VORSTAND DES FÖRDERVEREINS



Der Abwartende

Grafik: SHAHAR

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 8. Oktober 2001
der folgenden Ausgabe: 8. November 2001

Wurzeln und Krone Ab Nummer 45 erscheint der „RotFuchs“ mit einer neuen Unterzeile auf seiner Titelseite. Um Mißverständnissen vorzubeugen: Unsere nordöstliche Herkunft bleibt im Impressum bewahrt. Der Vorstand des Fördervereins hat beschlossen, daß wir – ohne auch nur einen Deut von unseren marxistisch-leninistischen Prinzipien abzugehen – fortan eine Tribüne für Kommunisten und Sozialisten sein wollen, die in Deutschland leben oder sich für unsere Probleme interessieren. Wir bleiben also eine Zeitung, die weiterhin der Losung folgt: Proletarier aller Länder, vereinigt Euch! Und wir möchten wie ein guter Baum sein: Mit einer breiten Krone, unter der möglichst viele Kampfgefährten Platz finden, und mit tiefen Wurzeln, die aus unserer seit 1998 gewachsenen Tradition kommen. Wer aber abwegige und schädliche Betrachtungen über einen vermeintlichen „Wandel“ beim RF anstellt, dem sagen wir: Keine Sorge, Genossen, es geht uns bestens. Wir wachsen und gedeihen trotz mancher Unkenrufe – auch und gerade seit dem Juli.

Die Redaktion

Am 4. November 2001 beginnt um 11.00 Uhr im Blauen Salon des Hauses Franz-Mehring-Platz 1 (altes ND-Gebäude) die 1. Mitgliederversammlung des Fördervereins RotFuchs e. V. (i. G.)

TAGESORDNUNG:

1. Eröffnung: Dr. sc. Gerhard Feldbauer, Vorsitzender
2. Hauptreferat: Zu den jüngsten Entwicklungen in der Welt • Es spricht ein prominenter Überraschungsredner
3. Unser Verein entwickelt sich
Bericht: Wolfgang Metzger/Frank Mühlefeldt
4. Wie weiter mit den „11 Forderungen“?
Beitrag: Dr. Hartwig Strohschein
5. Wahl der Revisionskommission

Zu den einzelnen Tagungsordnungspunkten ist eine Diskussion vorgesehen.

Die Veranstaltung soll bis 15.00 Uhr abgeschlossen werden. Ein kleiner Imbiß kann eingenommen werden. Alle Mitglieder des Vereins sind herzlich eingeladen.

DER VORSTAND

Gegründet im Februar 1998
als Zeitung der Gruppe Berlin-Nordost
der Deutschen Kommunistischen Partei

Herausgeber:
RotFuchs-Förderverein e. V. (i. G.)

Chefredakteur: Dr. Klaus Steiniger,
Teterower Ring 37,
12619 Berlin, Tel. 030/561 3404
(Redaktionsadresse, an die bitte auch alle
Post zu richten ist)

Layout: Egon Schanser

Autorenkreis:

Rolf Berthold
Isolda Böhler (Valencia)
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Dr. sc. Gerhard Feldbauer
Walter Florath
Peter Franz
Dr. sc. Kurt Gosswiler
Ernst Heinz
Werner Hoppe

IMPRESSUM

Prof. Dr. Ulrich Huar
Dieter Itzerott
Gerda Klabuhn
Prof. Dr. Eike Kopf (Peking)
Wolfgang Metzger
Dr. Annemarie Mühlefeldt
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Dr. Norbert Paulig
Rainer Rupp
Karl-Eduard v. Schnitzler †
Dr. Hartwig Strohschein

Dr.-Ing. Peter Tichauer
Herbert Thomas
Rolf Vellay

Künstlerische Mitarbeit:
Arno Fleischer
Heinz Herresbach
SHAHAR

Versand und Vertrieb:
Armin Neumann
Sonja Brendel, Monika Kauf
Bernd Koletzki

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen